



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

12. Sitzung

Hannover, den 21. Juni 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 42:

Mitteilungen des Präsidenten	977
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	977

Tagesordnungspunkt 43:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/245.....	977
--	-----

Frage 1:

Aktenzeichen "Süd-niedersachsenplan" - immer noch ungelöst?	977
Jörg Bode (FDP).....	977, 988, 998
Stephan Weil , Ministerpräsident	978 bis 1001
Detlef Tanke (SPD).....	986
Gabriela König (FDP).....	987, 996
Christian Grascha (FDP).....	987, 999
Dirk Toepffer (CDU).....	988, 995
Karl Heinz Hausmann (SPD)	989
Reinhold Hilbers (CDU)	989
Mustafa Erkan (SPD).....	990
Horst Kortlang (FDP)	991
Dr. Alexander Saipa (SPD)	992
Jörg Hillmer (CDU).....	992
Gudrun Pieper (CDU).....	993
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	993, 995
Karin Bertholdes-Sandrock (CDU).....	994
Dr. Max Matthiesen (CDU)	994
Hermann Grupe (FDP)	996, 999
Björn Försterling (FDP)	997, 1000
Almuth von Below-Neufeldt (FDP).....	997, 1000
Gerald Heere (GRÜNE)	998
Dr. Marco Genthe (FDP).....	999

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 55 sowie 57 bis 60, die nicht in der 12. Sitzung des Landtages am 21.06.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/345 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 44:

Erste Beratung:

Planungssicherheit statt Stillstand bei Kommunalreformen "von unten" - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/271	1001
Bernd-Carsten Hiebing (CDU).....	1001
Jürgen Krogmann (SPD)	1003, 1010
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	1005, 1009
Belit Onay (GRÜNE).....	1006
Boris Pistorius , Minister für Inneres und Sport	1007, 1008, 1011
Jörg Hillmer (CDU).....	1008
Angelika Jahns (CDU)	1009
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	1010
<i>Ausschussüberweisung</i>	1012

Tagesordnungspunkt 46:

Erste Beratung:

Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/274.....	1012
Gabriela König (FDP).....	1012, 1021
Gerd Ludwig Will (SPD).....	1013, 1014
Ernst-Ingolf Angermann (CDU).....	1015
Susanne Menge (GRÜNE)	1019, 1022
Axel Miesner (CDU).....	1021
<i>Ausschussüberweisung</i>	1022

Zur Geschäftsordnung:

Jörg Bode (FDP).....	1016, 1019
Grant Hendrik Tonne (SPD)	1017
Helge Limburg (GRÜNE)	1017
Jens Nacke (CDU).....	1018

Tagesordnungspunkt 47:

Erste Beratung:

Die Energiewende nicht ausbremsen - Strompreisanstieg wirksam dämpfen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/276.....	1022
Volker Bajus (GRÜNE).....	1022, 1028
Axel Miesner (CDU).....	1024
Karsten Becker (SPD).....	1025
Dr. Gero Hocker (FDP).....	1026, 1028
Jörg Bode (FDP).....	1027
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz.....	1028
<i>Ausschussüberweisung</i>	1030

Tagesordnungspunkt 36:

Abschließende Beratung:

Das Standortauswahlgesetz ist gut und notwendig für Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/177 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/258 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/347 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/348.....	1030
Marcus Bosse (SPD).....	1030
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	1032, 1038
Martin Bäumer (CDU).....	1033
Miriam Staudte (GRÜNE).....	1036, 1039
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz.....	1040
<i>Beschluss</i>	1041
(Erste Beratung: 8. Sitzung am 30.05.2013)	

Nächste Sitzung 1041

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretär Peter Bräth,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-
cherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Udo Paschedag,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-
cherschutz

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Staatssekretärin Almut Kottwitz,
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Namens des Präsidiums darf ich Ihnen allen zunächst einen guten Morgen wünschen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

Ich hoffe, Sie sind nach der Regen- und Sturmnacht weitgehend von Wasserschäden verschont geblieben. Bei mir zu Hause war das leider nicht der Fall. - Aber ich bin ja hier.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 12. Sitzung im 5. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 42:

Mitteilungen des Präsidenten

Im Einvernehmen mit den Schriftführerinnen, denke ich, dürfen wir bereits jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 43, den Mündlichen Anfragen. Anschließend behandeln wir die Tagesordnungspunkte 44, 46 und 47 sowie den gestern zurückgestellten Tagesordnungspunkt 36.

Die heutige Sitzung soll gegen 13 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Frau Twesten als Schriftführerin mit. Bitte sehr!

Schriftführerin Elke Twesten:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entschuldigt haben sich von der Fraktion der CDU Frau Ross-Luttmann und Herr Ahlers und von der FDP-Fraktion Herr Dürr.

Vielen Dank.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 43:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/245

(Unruhe)

- Ich darf bitten, die Geräuschkulisse zurückzufahren und die Unterhaltungen einzustellen; sonst wird das nichts mit 13 Uhr.

Ich darf Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, dass die Anfrage 56 von den Fragestellern zurückgezogen wurde.

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus. Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich stelle fest, dass es jetzt 9.07 Uhr ist.

Ich rufe auf

Frage 1:

Aktenzeichen „Südniedersachsenplan“ - immer noch ungelöst?

Wer möchte vortragen?

(Jörg Bode [FDP]: Ich habe schon eine Wortmeldung abgegeben, Herr Präsident! Zentral auf Ihrem Platz!

- Herr Kollege Bode, die Wortmeldung lag sozusagen auf dem falschen Haufen.

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Heute Morgen gibt es noch keinen Haufen!)

- Doch, das sind Relikte von gestern.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Bode, Sie haben das Wort zur Frage 1.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktenzeichen „Südniedersachsenplan“ - immer noch ungelöst?

Im *Ratsbrief* Nr. 02/2013 vom 11. März 2013 des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes wurde gemutmaßt, dass es „ein nicht näher beschriebenes Südniedersachsenprogramm“ der Landesregierung geben soll. Andererseits haben zahlreiche Medien - in der Drucksache sind hier der Internetlink der Onlineausgabe der WAZ im Bereich Gifhorn mit „Nordkreis-SPD-plant-ein-Entwicklungsprogramm“ und der Internetlink Leinetal24.de - Lokales mit „stellt-Plan-Südniedersachsen“ hinterlegt - sowie Wahlkämpfer der SPD über das Südniedersachsenprogramm Anfang Januar

berichtet und dies zum Wahlkampfthema gemacht. So konnte Frau Doris Glahn sich bereits am 16. Januar über „Einzelheiten“ zum Südniedersachsenplan bei Frau Honé informieren. Das ist auf der Internetseite von Frau Doris Glahn zu sehen. Herr Klaus Schneck konnte sogar ein „Entwicklungsprogramm für Gifhorner Nordkreis“ am 10. Januar verkünden; dies ist auf der Internetseite von Herrn Klaus Schneck zu sehen.

Diese Darstellungen und Ausführungen der Landesregierung, zum einen von Frau Staatssekretärin Birgit Honé im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung am 16. Mai 2013 und zum anderen von Herrn Ministerpräsidenten Stephan Weil im April- und im Mai-Plenum, passen einfach nicht zusammen. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es bereits ein Südniedersachsenprogramm, welches in Einzelheiten klar benannt werden kann und auch das zitierte „Entwicklungsprogramm für den Gifhorner Nordkreis“ enthält?
2. Beschränken sich demografische Probleme nur auf „Südniedersachsen“ oder auch auf andere Landkreise z. B. in West-, Nord- oder Ostniedersachsen? Wenn ja, bitte benennen.
3. Gibt es inzwischen eine abschließend gültige Auffassung der Landesregierung, insbesondere zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und der zuständigen Frau Staatssekretärin, über die Gebietskulisse „Südniedersachsen“? Wenn ja, bitte kurz darstellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Bode. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie in den Vorbemerkungen der Mündlichen Anfrage richtig ausgeführt, hat die Landesregierung mehrfach und erst kürzlich über den derzeitigen Stand und den Prozess zur Neuausrichtung der EU-Förderpolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 unterrichtet. Dass bereits dieser Satz Anlass für die erste Nachfrage gibt, Herr Kollege Bode, überrascht.

(Jörg Bode [FDP]: Nicht mich!)

Dies geschah am 18. April im Rahmen der 6. Sitzung, nachzulesen auf den Seiten 392 bis 401 des Protokolls. In der 8. Sitzung des Landtags am 30. Mai habe ich erneut zum Südniedersachsenprogramm gesprochen; nachzulesen auf den Seiten 564 bis 574 des Protokolls. Außerdem hat Frau Staatssekretärin Honé die Fraktionen in der 4. Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung am 16. Mai 2013 speziell in dieser Hinsicht informiert.

Ich bedaure es sehr, dass diese Unterrichtung in Umfang und Tiefe trotz aller Ausführlichkeit nicht hinreichend zur Kenntnis genommen worden ist

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und Ihrerseits immer noch Informationsbedarf geltend gemacht wird.

Mir ist es durchaus wichtig, dass Sie die Handlungserfordernisse und die daraus abgeleiteten Festlegungen der Landesregierung zugunsten einer stärker auf die regionalen Bedürfnisse abgeleiteten EU-Förderpolitik in Gänze nachvollziehen können. Dazu erläutere ich die Zielsetzungen und die weiteren Verfahrensschritte bezüglich der Neuprogrammierung der EU-Förderung im Allgemeinen und zum Südniedersachsenprogramm im Speziellen gerne erneut und ausführlich.

Bevor ich dazu komme, lassen Sie mich bitte noch einmal in der notwendigen Kürze die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Entwicklung unseres Landes Niedersachsen, seiner Regionen und Kommunen darstellen.

Auf der Grundlage des Regionalmonitorings Niedersachsen „Regionalreport 2012“ des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsförderung ergibt sich folgendes Bild: Die Bevölkerungsentwicklung in den niedersächsischen Regionen weist bereits seit Langem ein relativ stabiles räumliches Grundmuster auf, das durch ein Gefälle von den großstädtischen Regionen zu den peripheren ländlichen Räumen geprägt ist.

Die großstädtischen Regionen haben sich in den letzten Jahren in Niedersachsen zunehmend günstiger entwickelt als die ländlichen Räume. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in den Wanderungsgewinnen von großen Städten. Dies betrifft nicht nur Hamburg, sondern auch Hannover, Braunschweig, Wolfsburg, Oldenburg und Osnabrück.

Die größten Bevölkerungsverluste in Niedersachsen verzeichnen die ländlichen Räume des südlichen Niedersachsens. Die stärksten Einwohnerverluste haben die Pendlerverflechtungsbereiche Holzminden, Goslar, Alfeld, Osterode-Herzberg und Einbeck.

Zwischen den Regionen des Landes gibt es beträchtliche Unterschiede in der Altersstruktur, die sich einerseits am Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie am Anteil der Bevölkerung im Rentenalter festmachen lassen. Darüber hinaus schwanken auch die Anteile der Jugendlichen im Ausbildungs- und Studien- bzw. Berufseinstiegsalter, der jüngeren Erwerbsfähigen sowie der älteren Erwerbsfähigen.

Die geringsten Anteile an Kindern und Jugendlichen haben die südniedersächsischen Räume Holzminden, Osterode, Einbeck, Alfeld und Goslar sowie Rinteln-Bückeburg und Hameln. Den geringsten Besatz mit Jugendlichen im Ausbildungs- und Hochschulbildungsalter haben das Weserbergland und der Südharz sowie die Region Lüchow-Dannenberg und die Küstenregionen von Unterweser und Unterelbe.

Der Anteil der jüngeren Erwerbsfähigen zwischen 25 und 45 Jahren ist hoch in den entwicklungsstarken ländlichen Räumen des westlichen Niedersachsens. Im Vordergrund stehen insbesondere Bereiche wie Vechta, Lohne, Cloppenburg und Friesoythe. Den geringsten Anteil der Erwerbsfähigen zwischen 25 und 45 Jahren haben die Räume Wilhelmshaven, Varel, Nordenham und Norden im Küstenraum, Hameln, Holzminden und Einbeck im Leine-Weser-Bergland, Osterode-Herzberg im Harz sowie Lüchow-Dannenberg im Nordosten.

Laut Bevölkerungsprognose des LSKN wird die Bevölkerung in Niedersachsen vom Basisjahr 2011 bis 2030 um ca. 470 000 Menschen abnehmen. Diese Berechnung beruht auf statistischen Bezirken, die den früheren Regierungsbezirken entsprechen. Danach hat die statistische Region Braunschweig mit ca. 220 000 Einwohnern den größten Verlust zu verzeichnen. Hier nimmt die Gruppe der unter 20-Jährigen um 25 % ab. In den Regionen Lüneburg und Weser-Ems steigt der Anteil der 65-Jährigen und älteren um 33 bzw. 41 %. Bei Bedarf wäre ich auch in der Lage, eine längere Tabelle vorzutragen.

(Christian Grascha [FDP]: Es reicht schriftlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich sind hiervon auch die Landes- und Regionalentwicklungen und insbesondere die Entwicklung der Kommunen betroffen. Denn die Folgen sind und werden überall vor Ort zu spüren sein. In ländlichen strukturschwachen Regionen ist eine Tendenz der zunehmenden Schrumpfung und Ausdünnung zu verzeichnen. Dies gilt vor allem für Städte und Gemeinden abseits der größeren Zentren und Verkehrsachsen. Davor dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Wir wollen insbesondere dem Phänomen einer Abwärtsspirale begegnen: Attraktivitätsverlust von Regionen, Städten und Gemeinden verursacht eine verstärkte Abwanderung und eine geringere Zuwanderung, insbesondere junger Menschen und Familien. Das führt zu einer weiteren Schwächung in Bezug auf Lebensqualität und Wirtschaftskraft und daraus resultierender Abwanderung. Die Folge hieraus ist wiederum eine weitere Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Deswegen werden unter solchen Bedingungen regionale und kommunale Entwicklungskraft und Eigendynamik zunehmend gefährdet.

Ich glaube, es ist angesichts der sehr unterschiedlichen demografischen Betroffenheit der einzelnen Regionen sehr klar: Je nach Ausgangslage und Entwicklungspotenzial sind passgenaue Strategien notwendig zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Stärkung der Wirtschaftskraft.

Daher - daran führt kein Weg vorbei - müssen wir mit einem ganzheitlichen Konzept gemeinsam mit den Akteuren vor Ort regionsspezifisch die notwendigen Maßnahmen entwickeln und umsetzen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen und müssen uns insgesamt der Größe dieser Herausforderung bewusst sein und gemeinsam - das ist meine feste Überzeugung - diese zentrale Herausforderung der Landesentwicklung annehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist zu tun? - Wir brauchen wieder eine aktive Landesentwicklungspolitik, insbesondere eine, die den Blick auf die unterschiedlichen Situationen in unterschiedlichen Regionen eröffnet. Außerdem müssen wir insbesondere zu einer Stärkung der Handlungsfähigkeit vor Ort beitragen. Dafür brauchen wir nicht nur eine Förderung von investiven Maßnahmen, sondern vor allen Dingen auch eine

Unterstützung von Aktivierung und Managementprozessen.

Die meisten von Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen es: Der Niedersächsische Landtag hat im Jahr 2007 nach intensiver Vorarbeit einen sehr umfassenden Bericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ entgegengenommen. Dieser Bericht geht ausführlich auf die Ursachen und Herausforderungen ein und gibt erste Antworten auf sechs herausgehobene Handlungsfelder: die Kinderfreundlichkeit erhöhen, das Humanvermögen optimal nutzen, die Integration fördern, die Themen gesundes Altern und Selbstständigkeit im Alter. Es geht um die Entwicklungsmöglichkeit in den Kommunen und deren Förderung und schließlich um Wirtschaftsförderung als Zukunftsvorsorge.

Diese Handlungsfelder laufen, so die Autoren des Berichts der Enquetekommission, in den Knotenpunkten Bildung, Gesundheit und Mitwirkung zusammen.

Wie gesagt, das war der Bericht der Enquete-Kommission im Jahre 2007. Wir müssen leider konstatieren, dass die frühere Landesregierung auf diesen Bericht der Enquete-Kommission weitestgehend mit Untätigkeit reagiert hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Wie bitte?)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hilbers zu?

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Nein, ich glaube, wir haben nachher die Gelegenheit dazu, Zusatzfragen zu beantworten.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist aber schwach! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Ronald Schminke [SPD] - Zuruf: ... Schweinestall ...! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Von wem war das?

(Anhaltende Unruhe)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das mit großen Unterbrechungspausen entstandene und im Jahr 2012 vorgelegte Handlungskonzept „Demografischer Wandel“ weist 78 Seiten auf und enthält eine Aufzählung nebeneinander stehender Einzelmaßnahmen. Es ist aber kein ressortübergreifendes Handlungskonzept, sondern eine ressortbezogene Aufzählung von Einzelmaßnahmen. Dabei ist augenfällig und meines Erachtens nicht nachzuvollziehen, dass jeder regionale Strategieansatz in dieser Hinsicht fehlt. Das hätte meines Erachtens in Anbetracht der Situation, die ich geschildert habe, mehr als nahelegen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich hat sich aufgrund der zu geringen Gegensteuerung in diesen zehn Jahren auch die Problematik in den betroffenen Bereichen durchaus verschärft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat sich vorgenommen, unter diesen Voraussetzungen die Regionalpolitik neu zu starten.

Wir wollen erstens regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten. Das soll dialogorientiert geschehen, d. h. alle wichtigen Akteure, Landkreise, Städte, Gemeinden, Wirtschaft und Wissenschaft und Verbände, müssen in einen solchen Dialog vor Ort einbezogen werden.

Zweitens. Wir werden nach der Sommerpause Gutachten vorlegen, die eine genaue Analyse von fünf Teilräumen Niedersachsens zum Inhalt haben. Diese Räume entsprechen den vier ehemaligen Regierungsbezirken und dem Gebiet Südniedersachsen, das im Kern aus den fünf Landkreisen Holzminden, Göttingen, Northeim, Osterode und Goslar besteht.

Drittens. Diese Gutachten werden eine regionalisierte Stärken-Schwächen-Analyse, eine SWOT-Analyse enthalten, als Diskussionsgrundlage für -viertens - Regionalkonferenzen, die wir zum Auftakt des Dialoges in diesem Herbst durchführen wollen. Dabei werden wir die regionspezifischen Daten präsentieren und mit den Teilnehmern die regionalisierte Stärken-Schwächen-Analyse diskutieren.

Ziel ist es, die Erkenntnisse und Schwächen der regionalen Akteure in diese Analyse einzubeziehen und daraus die notwendigen Maßnahmen und Instrumente abzuleiten.

Deshalb - fünftens - werden wir im weiteren Verlauf regionale Entwicklungs- und Handlungskonzepte erarbeiten, die von den vier Landesbeauftragten koordiniert werden, die wir bekanntlich etablieren werden. Regionale Entwicklungskonzepte sollen in der Regel aus einem Leitbild, einem Orientierungsrahmen und einem Handlungsrahmen mit konkreten Projekten bestehen. Sie haben tatsächlich Vorläufer in den 90er-Jahren, als es z. B. darum ging, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Bremen und Hamburg in den jeweiligen Metropolregionen zu konzipieren. Wir werden dieses Instrument, das leider ein wenig in Vergessenheit geraten ist, jetzt erneut einsetzen, um regional definierte, inhaltliche Impulse für unsere EU-Förderung und weitere Förderprogramme des Landes zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Anbetracht der Ausgangslage, die ich geschildert habe und die am Ende auch allen Mitgliedern des Hauses bewusst ist, werden wir uns insbesondere auch um Südniedersachsen kümmern müssen. Unter Berücksichtigung sämtlicher Kennzahlen ist das derjenige Bereich, der tatsächlich den größten Handlungsbedarf auslöst. Aber selbstverständlich gilt der genannte Ansatz auch für alle anderen Landesteile; denn mehr oder weniger stellen sich unterschiedliche Herausforderungen des demografischen Wandels überall in Niedersachsen.

Um nur ein Beispiel zu sagen: Ich setze mich dafür ein, dass im Westen entlang der Grenze zu den Niederlanden die EU-Fördermittel aus dem INTERREG-Programm weiter fließen und so eingesetzt werden können, dass sie beispielsweise auch für Hochschulkooperationen zwischen Groningen und Oldenburg genutzt werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Und was ist mit den 100 Millionen Euro?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Bemerkungen zu der dafür notwendigen Organisation machen.

(Jens Nacke [CDU]: Die 100 Millionen Euro sind vom Tisch, Herr Ministerpräsident?)

Voraussetzung für die Neuausrichtung der regionalen Landesentwicklung mit einer daraus abgeleiteten Regionalisierung der EU-Förderung war die Verlagerung von Verwaltungseinheiten aus den

fondsverwaltenden Ressorts MW und ML sowie aus dem MI in die Staatskanzlei. Das hat die Landesregierung in ihrer Sitzung am 30. April 2013 beschlossen.

Diese Planungs- und Koordinierungsbereiche sind nun in einer neu geschaffenen Abteilung 4 der Staatskanzlei zusammengefasst worden. Die bisher auf die Staatskanzlei, das MW und das ML verteilte Bearbeitung der INTERREG-Programme sowie die inhaltliche Zuständigkeit für die niedersächsischen Metropolregionen werden dort ebenfalls gebündelt. Dasselbe gilt für die Referatsgruppe „Regierungsvertretungen“.

Das Kabinett bündelt durch diesen Organisationsbeschluss bislang über das Land verstreute Kompetenzen und etabliert damit gleichzeitig die regionale Entwicklung als eine Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung.

Dadurch werden auch die Grundlagen für eine integrierte regionale Landesentwicklung und eine Neuausrichtung der EU-Förderung in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 gelegt. Diese Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Aussagen ist damit bereits nach kurzer Zeit angegangen worden und befindet sich auf einem sehr guten Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen aber über die Organisation des Landesbereichs hinaus Formen ebenenübergreifender regionaler und kommunaler Kooperation. Die Landesregierung wird mit den Landesbeauftragten für regionale Entwicklung die Rahmenbedingungen hierfür schaffen. Die vier zukünftigen Landesbeauftragten haben die Aufgabe, den Prozess zur Entwicklung der regionalen Schwerpunkte zu moderieren, zu steuern und dabei Landkreise, Städte, Gemeinden ebenso einzubeziehen wie Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und örtliche Akteure.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Finanzierung dieses neuen Politikansatzes machen.

Wir müssen uns in Deutschland insgesamt, aber auch in Niedersachsen darauf einstellen, dass es erstmals in der Geschichte der EU keinen Zuwachs für die kommende EU-Förderperiode geben wird, sondern - ganz im Gegenteil - einen deutlichen Mittelrückgang. Der vor wenigen Wochen vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschef vereinbarte Mehrjährige Finanzrahmen

sieht insbesondere für die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten wie Deutschland deutliche Einschnitte vor. Da wir in Niedersachsen zu den Bundesländern gehören, die am stärksten von der EU-Förderung profitiert haben, wirkt sich auch die zu erwartende Kürzung in unserem Land überproportional stark aus.

Nach ersten Modellrechnungen könnten auf das Land im Hinblick auf EFRE und ESF insgesamt Verluste von bis zu 50 % zukommen, im Lüneburger Raum sogar bis zu 70 %. Lediglich für den Bereich des ELER scheint der Rückgang nicht ganz so drastisch auszufallen. Hier wird aktuell „nur“ über einen Rückgang um zwischen 9 und 30 % diskutiert. Aber auch dies hätte bereits erhebliche Einbußen zur Folge.

Darüber hinaus zeichnet sich dann parallel zur Kürzung der EU-Mittel auf der nationalen, also der innerdeutschen Ebene eine Umverteilung von strukturschwachen zu strukturstarken Bundesländern ab. Von diesem Mechanismus würden vor allen Dingen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen profitieren.

Ich habe mich vor diesem Hintergrund mit Schreiben vom 6. April dieses Jahres an die Frau Bundeskanzlerin gewandt und bei der innerdeutschen Mittelverteilung insbesondere um einen Ausgleich für die Region Lüneburg gebeten, und ich denke, das sollte die Unterstützung des ganzen Hauses haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Was ist mit den 100 Millionen Euro, Herr Ministerpräsident?)

Insgesamt droht der zu erwartende Mittelverlust für das Land Niedersachsen, sofern die Februarbeschlüsse zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU umgesetzt werden sollten, dramatische Ausmaße anzunehmen. Danach kämen auf das Land Mittelverluste von mindestens 1 Milliarde Euro zu, davon mindestens 600 Millionen Euro im EFRE und 200 Millionen Euro im ESF. Selbst diese Summen stellen aber leider noch nicht den Worst Case dar.

Die niedersächsischen Modellrechnungen gehen unter diesen Bedingungen derzeit von folgenden Summen für die Förderperiode 2014 bis 2020 aus: EFRE 600 Millionen Euro, ESF 240 Millionen Euro, ELER 800 Millionen Euro. Das klingt gut, ist aber - wie gesagt - wesentlich weniger als in der vorangegangenen Förderperiode und wird uns auch zu einer Konzentration zwingen.

(Jens Nacke [CDU]: Das wusste man doch vorher! - Weiterer Zuruf von der CDU)

Zu einer solchen Konzentration werden wir uns auch unter Berücksichtigung der Veränderungen bei den inhaltlichen Vorgaben der EU einstellen müssen. Diese fallen für die einzelnen Fonds sehr unterschiedlich aus. Der ESF wird von inhaltlichen Veränderungen weitgehend ausgenommen. Über die inhaltliche Ausgestaltung des ELER wird in Brüssel derzeit noch intensiv verhandelt, sodass es für eine verlässliche Prognose zu früh wäre. Beim EFRE steht dagegen bereits nahezu fest,

(Jens Nacke [CDU]: Wie konnten Sie dann 100 Millionen Euro versprechen, Herr Ministerpräsident?)

dass es zu einer deutlichen Neuorientierung der Förderpolitik kommen wird.

(Jens Nacke [CDU]: Sie sammeln Ihre Wahlversprechen ein! Das muss man sich mal vorstellen! - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU] - Gegenruf von der SPD: Hören Sie doch mal zu!)

Diese lässt sich wie folgt umreißen - - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. - Herr Kollege Hilbers, Herr Kollege Nacke, Frau Kollegin! - Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Diese EU-Mittel sind künftig für die drei Bereiche Innovation, Wettbewerbsfähigkeit von KMU und CO₂-Minimierung zu verwenden. Die klassischen EFRE-Themen wie wirtschaftsnahe Infrastruktur, Tourismus, Kultur, Städtebau und Verkehr werden offenbar weitgehend aus der Förderung herausfallen. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird ihren Charakter stark verändern müssen. Es bedarf einer besonderen Neuausrichtung auf Innovations- und Nachhaltigkeitsaspekte. Insgesamt werden die Ziele Innovationsförderung und CO₂-Reduzierung deutlich aufgewertet und erhalten über ihren originären Bereich hinaus auch eine Querschnittsfunktion. - Um ein Beispiel zu geben: Die „normale“ Städtebauförderung wird zukünftig nicht mehr möglich sein, sondern lediglich noch in Gestalt von CO₂-Reduzierungsmaßnahmen im Wohnungsbau.

Mit diesen inhaltlichen Vorgaben der EU steht die Landesregierung in weitgehender Übereinstimmung mit den Kernelementen der Koalitionsvereinbarung, und sie werden daher auch die Eckpunkte der zukünftigen EU-Programme des Landes bilden.

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 28. Mai 2013 die Schwerpunktssetzung für die Förderperiode 2014 bis 2020 beschlossen. Die Regionalentwicklung bildet hierbei einen von vier fondsübergreifenden Schwerpunkten, nämlich Innovation, CO₂-Reduzierung, Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Regionalentwicklung. Dieser Regionalentwicklung kommt sowohl im ELER als auch im EFRE, als auch im ESF eine herausgehobene Bedeutung zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ist ein ganz gutes Beispiel für die fondsübergreifende regionalisierte EU-Förderung an dieser Stelle insbesondere der Breitbandausbau. Wir wissen ja miteinander, dass es hier immer noch empfindliche Lücken gibt, insbesondere in den ländlichen Räumen, und dass das auch eine zentrale Wachstumsbremse für die regionale Wirtschaft in diesen Räumen ist. Die Landesregierung sieht hier einen Förderschwerpunkt vor, der mit einem Mittelvolumen von ca. 60 Millionen Euro auszustatten ist.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Bereitstellung dieses Mittelansatzes erfolgt insgesamt im Rahmen der drei EU-Fonds - EFRE, ESF, ELER - und unter Berücksichtigung der jeweiligen inhaltlichen und finanziellen Fördermöglichkeiten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Südniedersachsenprogramm ist Ausdruck dieses Strategiewechsels zu einer Landesentwicklungspolitik, den die Landesregierung bei der Aufstellung der Programme für die künftige EU-Förderperiode vollzieht und der von den südniedersächsischen kommunalen Partnern sehr begrüßt wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen insbesondere diejenigen Regionen in den Blick nehmen, die aufgrund der zuvor aufgezeigten wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Probleme eine erhebliche Unterstützung benötigen. Wir wollen es nicht zulassen, dass das Land in Teilräume mit großen Entwicklungsunterschieden zerfällt. Wir wollen dazu beitragen, dass

wir überall im Land gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen wird das Land auch zwingend Südniedersachsen, das besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen ist, darin unterstützen, Anschluss an die Gesamtentwicklung des Landes zu halten. Neueste Studien wie der Regionalreport 2012 des NIW oder die am 31. Mai 2013 veröffentlichten Zahlen des Zensus 2011 zeigen, dass es hier erhebliche, beträchtliche demografiebedingte Herausforderungen gibt. Ich will nur einige Beispiele geben:

Bis auf Göttingen hatten im Zeitraum 2006 bis 2012 flächendeckend alle Städte und Gemeinden südlich von Hannover einen - teilweise deutlichen - Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

Bis 2030 wird in derselben Region die Bevölkerung in einigen Landkreisen nach den Prognosen weiter - um bis zu 20 % - zurückgehen.

Damit geht insbesondere eine Verschiebung zwischen den Generationen einher. Gerade in diesen Gebieten müssen wir konstatieren, dass die Überalterung zunimmt und der Wirtschaft junge, qualifizierte Nachwuchskräfte nur in geringer Zahl zur Verfügung stehen. Gleichzeitig beginnen in diesen Regionen immer weniger junge Menschen eine Ausbildung.

Die Zahl der Betriebe verringert sich, und es werden weniger neue Unternehmen als in anderen Teilen des Landes gegründet.

Die Gewerbesteuererinnahmen in den betroffenen Landkreisen liegen regelmäßig unter dem Landesdurchschnitt.

Die Leerstandsquote bei den Wohnungen im südlichen Niedersachsen liegt weit über dem Landesdurchschnitt.

Alle diese Probleme sind in den Grundzügen schon seit dem Bericht der Enquetekommission aus dem Jahr 2007 bekannt. Es geht nun darum, endlich Konsequenzen zu ziehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Südniedersachsenprogramm, wie es in der Koalitionsvereinbarung bezeichnet wird, soll deswegen einen Teil der Mittel aus den EU-Fonds bündeln. Diese Mittel, die das Land aus Brüssel erhält, sind von jeher für strukturpolitische Zwecke

gedacht, dort aber in den letzten zehn Jahren nur unzureichend angekommen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wie kommen Sie denn zu dieser Schlussfolgerung?)

Das wollen wir ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In den künftigen EU-Programmen des Landes sollen einschließlich der dafür notwendigen nationalen Kofinanzierung Projekte in einem Gesamtvolumen von rund 100 Millionen Euro für Südniedersachsen vorgesehen werden.

(Clemens Große Macke [CDU]: Das hätten Sie aber besser wissen können!)

Angesichts des insgesamt - wie ich sagte - dramatischen Mittelrückgangs in der nächsten Förderperiode ist dieses Vorhaben durchaus ein Kraftakt. Denn aufgrund der Finanzschwäche gerade der südniedersächsischen Kommunen wird auch die Kofinanzierung - je nach Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaft - zu einem nicht unerheblichen Teil mithilfe des Landes erfolgen müssen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Ich bedaure sehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich mich zur ersten Frage selbst zitieren muss. Das mache ich ungern.

(Zuruf von Dirk Toepffer [CDU])

- Na, wirklich! Es passiert mir eigentlich selten, dass ich mich selber zitiere.

Da es aber exakt dieselbe Frage ist, die ich bereits am 30. Mai beantwortet habe, bitte ich insoweit um Ihre Nachsicht.

Am 30. Mai habe ich ausweislich des Plenarprotokolls - Seite 564 - hierzu gesagt:

„Das ‚Südniedersachsenprogramm‘, wie es in der Koalitionsvereinbarung bezeichnet ist, wird deswegen einen Teil der Mittel aus den EU-Fonds bündeln. Diese Mittel, die das Land aus Brüssel erhält, sind seit jeher für strukturpolitische Zwecke gedacht, sind aber in diesem Raum in den letzten zehn Jahren nur unzureichend angekommen. Das wollen wir ändern. In den künftigen EU-Programmen des Landes sollen einschließlich der

dafür notwendigen nationalen Kofinanzierung Projekte in einem Gesamtvolumen von rund 100 Millionen Euro vorgesehen werden.“

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das nehmen Sie anderen Regionen weg! - Jens Nacke [CDU]: Das ist lächerlich, Herr Ministerpräsident! Ganz ehrlich! Was Sie jetzt machen, ist lächerlich! - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist doch unter Ihren Möglichkeiten, was Sie hier machen!)

Das Verfahren zur Ausarbeitung des Südniedersachsenprogramms ist zuletzt im Plenum des Landtags am 30. Mai durch die Landesregierung erläutert worden. Damals hat die Landesregierung dargelegt - diese Situation besteht wegen fehlender Entscheidungen auf europäischer Ebene fort; wir haben jetzt gerade wieder gelesen, dass der EU-Haushaltsstreit unverändert weitergeht -

(Clemens Große Macke [CDU]: Aber 100 Millionen Euro versprechen!)

dass

„die konkreten Mittelansätze der EU-Fonds, die Niedersachsen in der nächsten Förderperiode, also von 2014 bis 2020, zu erwarten hat,“

- leider noch immer -

„nicht abschließend geklärt (sind).

Um aber keine Zeit zu verlieren, hat die Landesregierung in ihrer Sitzung am 28. Mai auf der Grundlage der vorliegenden Planzahlen“

(Reinhold Hilbers [CDU]: Schon einmal 100 Millionen Euro versprochen!)

„in einem ersten Schritt die künftigen inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkte der EU-Förderung aus EFRE und ESF festgelegt und erste Aussagen zur künftigen ELER-Förderung getroffen.

Auf dieser Grundlage soll die Festlegung der künftigen regionalen Schwerpunkte mit den Regionen erfolgen.“

Ich hatte bereits über die regionalen Zukunftskonferenzen berichtet, die wir im Herbst durchführen wollen und in deren Vollzug die künftigen Landesbeauftragten eine wichtige Rolle spielen sollen.

(Jens Nacke [CDU]: Posten für Genossen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bezogen auf den Nordkreis Gifhorn, wird eher davon auszugehen sein, dass er nicht Teil eines Entwicklungsprogramms unter der Überschrift „Südniedersachsen“ sein wird. Ich hatte hierzu - ebenfalls in den vorangegangenen Plenarsitzungen - bereits ausgeführt, welche Bereiche dort im Fokus stehen. Gleichzeitig darf ich aber daran erinnern, dass wir auch für die anderen Regionen entsprechende Entwicklungskonzepte erarbeiten. Es ist augenfällig, dass insbesondere der Osten Niedersachsens von den Auswirkungen des demografischen Wandels leicht - aber eben nur leicht - weniger betroffen ist, als ich für Südniedersachsen ausgeführt hatte.

(Clemens Große Macke [CDU]: Sie haben aber nur noch 40 Millionen Euro Regionalisierungsmittel!)

Deswegen wird auch der Osten unseres Landes an dieser Stelle in ein besonderes Augenmerk zu rücken sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Also war das Wahlbetrug! - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Herr Bode! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zur zweiten Frage: Grundsätzlich haben unter unterschiedlichen Gesichtspunkten alle Teile des Landes Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel zu bewältigen - das ist gar keine Frage -, allerdings Teilräume unterschiedlich. Ich habe dazu bereits Ausführungen gemacht. Es gilt insbesondere hervorzuheben, dass bestimmte Gebiete im südlichen Weser-Ems-Raum und im unmittelbaren Einzugsbereich der Großstädte durch vergleichsweise hohe Geburtenzahlen, aber auch durch Zuwanderung stabile Bevölkerungszahlen aufweisen dürften.

(Clemens Große Macke [CDU]: Wachsende, nicht stabile!)

- Teils, teils, auch wachsende. Sie haben völlig recht.

Im Gegensatz dazu droht die Bevölkerung in den Landkreisen Goslar, Osterode, Göttingen, Northeim und Holzminden - auch das habe ich gesagt - bis 2030 um 20 % und mehr zurückgehen. Ähnlich ist die Situation in den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel, Hameln-Pyrmont, dem Südkreis Hildesheim, dem Nordkreis Gifhorn und der Stadt Salzgitter. Auch hier ist von teilweise gravierenden Bevölkerungsschrumpfungs- und -alterungsprozessen auszugehen. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung in Süd- und Südostniedersachsen seit dem Jahr 1999 kontinuierlich abnimmt und die Arbeitslosigkeit teilweise deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt.

Zu den weiteren niedersächsischen Teilräumen mit starken demografischen Problemen gehören auch die Landkreise Uelzen und Lüchow-Dannenberg im Nordosten sowie Teile des Küstenraums, insbesondere die Stadt Wilhelmshaven und die Landkreise Wesermarsch und Cuxhaven sowie der nördliche Teil des Landkreises Stade. Auch für diese Landesteile werden wir EU-Fördermittel bedarfsorientiert, zielgenau und koordiniert einsetzen, um möglichst gute Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Damit bin ich bei der dritten Frage. Auch insoweit erlaube ich mir noch einmal, mich selbst zu zitieren, nämlich aus der Plenardebatte am 30. Mai. Da ist nachzulesen auf Seite 565:

„Die als ‚Südniedersachsen‘ bezeichnete Region ist weder historisch noch geografisch abschließend bestimmt. Aus der Sicht der Landesregierung gehören im Kern die kommunalen Gebietskörperschaften der Landkreise Holzminden, Northeim, Göttingen, Osterode und Goslar zu Südniedersachsen. Inwieweit aufgrund gleicher oder ähnlicher demografischer und wirtschaftlicher Entwicklungen darüber hinaus die im Süden und im Südosten gelegenen Landkreise Hameln-Pyrmont, Wolfenbüttel und Helmstedt sowie jeweils Teile angrenzender Landkreise und der kreisfreien Stadt Salzgitter in die Kulisse eines solchen Programms einbezogen werden oder in die Regionalkonzepte anderer Räume einbezogen werden, muss der weiteren Diskussion mit den Betroffenen vorbehalten bleiben. Da geht es nämlich insbesondere um die wirtschaftsräumliche Verflechtung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die muss in der Tat vor allen Dingen mit den Verantwortlichen vor Ort besprochen werden.“

Dem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist drei Wochen später nichts hinzuzufügen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren, wir sind in der Fragestunde. Es haben sich bis jetzt 14 Kolleginnen und Kollegen gemeldet, um eine Zusatzfrage zu stellen. Es macht den Auftakt Herr Kollege Tanke. Bitte sehr!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Gibt der jetzt auch eine Regierungserklärung ab? - Jens Nacke [CDU]: Herr Pistorius hat die Wahrheit gesagt!)

Detlef Tanke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Insbesondere vor dem Hintergrund Ihrer Antworten auf die Fragen 1 und 3 frage ich die Landesregierung, ob sie sich erklären kann, warum die Oppositionsfractionen die Antworten der Landesregierung zum Südniedersachsenplan und zur regionalisierten EU-Förderung nicht zur Kenntnis nehmen und immer wieder nachfragen,

(Christian Grascha [FDP]: Das ist ein Indiz dafür, dass die Antworten unzureichend sind!)

und ob sie sich erklären kann, warum die Oppositionsfractionen dieses für das Land so wichtige Thema mit Polemik überziehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Das hat nur etwas mit den Antworten zu tun!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Nein, lieber Herr Kollege Tanke, ich kann es mir in der Tat nicht erklären. Ich weiß nicht, wer eigentlich davon profitiert, dass in jeder Plenarsitzung auf dieselben Fragen dieselben Antworten gegeben werden. Ich glaube, wir könnten unsere Zeit miteinander an dieser Stelle noch produktiver für das Land einsetzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]:

Mensch, sind Sie angefressen, Herr Ministerpräsident!)

Zu der Frage, wie es uns eigentlich gelingen kann, dass alle Regionen Niedersachsens wieder eine gute Perspektive haben - es gibt größere Teile des Landes, die derzeit keine gute Perspektive haben -, will ich gerne hinzufügen,

(Clemens Große Macke [CDU]: Ehrlich sollte man mit ihnen umgehen!)

dass wir uns an dieser Stelle maximal bemühen, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und nach Möglichkeit auch zu schauen, dass wir auf einen Nenner kommen. Denn das Thema, das wir hier behandeln, wird diesen Landtag weit über eine Legislaturperiode hinaus beschäftigen. Machen wir uns doch nichts vor! Das ist wirklich die zentrale Frage der Landesentwicklung.

Und deswegen glaube ich - abgesehen davon, dass mir nicht ganz klar ist, an welcher Stelle eine überflüssige Polemik in dieser Frage derzeit irgendjemandem nutzt -:

(Jens Nacke [CDU]: Herr Ministerpräsident, das war ein gigantischer Wahlbetrug, den Sie betrieben haben!)

Es ist von der Sache her völlig falsch, weil es die betroffenen Menschen in diesen Teilen unseres Landes, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind, nicht haben wollen, dass man hier oberflächlich irgendwelche Streitereien pflegt. Sie wollen vielmehr, dass das Land ihnen in der Sache entgegenkommt und sie in der Sache unterstützt. Das ist unsere Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin König.

(Jens Nacke [CDU]: Sie haben Geld versprochen ohne Substanz! Dafür müssen Sie sich hier verantworten! Das ist doch wohl selbstverständlich! Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Herr Nacke, Sie haben es immer noch nicht verstanden! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU])

- Herr Nacke!

(Detlef Tanke [SPD]: Die Antwort war wirklich gut! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Das war ja lächerlich! - Petra Tiemann [SPD] - zu Jens Nacke [CDU] -: Wie oft soll er Ihnen das denn noch so ausführlich erklären? - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Wir fragen immer wieder nach! - Weitere Zurufe von der SPD und von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. Ich bitte allen Ernstes darum, diese Zwischendialoge zu unterlassen. Wir befinden uns in der Fragestunde. Es besteht die fast unbegrenzte Möglichkeit, Fragen zu stellen. Zurzeit liegen ungefähr 20 Wortmeldungen zu Zusatzfragen vor. Es wird sich alles klären lassen, dazu brauchen wir keine Zwischendialoge, wie ich es einmal nennen will.

Die nächste Zusatzfrage stellt jetzt Frau Kollegin König. Sie haben das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass im Südniedersachsenplan der SPD auf Seite 3 steht, dass - ich muss das mal ablesen - der „naturverträgliche, qualitativ hochwertige und familienfreundliche Tourismus in Harz und Weserbergland“ gefördert werden soll - und ich freue mich natürlich, dass Sie auch Lüneburg und Umgebung dazuzählen; das ist was ganz Neues -, möchte ich fragen, welche weiteren Urlaubsregionen gefördert werden sollen und - das ist mir ganz besonders wichtig - welche Regionen nicht mehr gefördert werden und warum sie nicht mehr gefördert werden. Denn sie werden das Geld benötigen, das die anderen möglicherweise zahlen müssen. Es würde mich schon interessieren, wie Sie das jetzt aufteilen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD: Wer zahlt denn was?)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, abgesehen davon, dass mir nicht ganz klar ist, aus welchem Schriftstück Sie gerade zitiert haben,

(Gabriela König [FDP]: Südniedersachsenplan Seite 3!)

darf ich darauf aufmerksam machen, dass wir eben erst am Ende dieses Dialogprozesses mit den einzelnen Regionen einerseits positiv sagen können, was geschehen soll, und daraus dann in umgekehrter Richtung auch abgeleitet werden kann, was künftig möglicherweise nicht gefördert werden kann. Dabei werden wir insbesondere auch die Vorgaben aus Brüssel quantitativ wie qualitativ zu berücksichtigen haben. Auch das ist aus den geschilderten Gründen derzeit noch nicht möglich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir haben noch einige Fragen und Antworten vor uns. Die Geräuschkulisse - da sind wir uns hier oben einig - ist aber einfach zu hoch. Wir können die Sitzung auch unterbrechen, bis alle zur Ruhe gekommen sind. Aber wir können auch weitermachen, wenn Sie meine Auffassung teilen, dass Ruhe dazu dienlich ist.

Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Kollegen Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass die Oppositionsfraktionen in dieser Fragestunde ihr Verfassungsrecht wahrnehmen, und vor dem Hintergrund, dass sich das Hohe Haus wünschen würde, dass auch die zuständige Staatssekretärin an dieser Fragestunde teilnimmt,

(Zustimmung bei der FDP)

frage ich die Landesregierung zum Begriff der Daseinsvorsorge, der sowohl im Südniedersachsenplan als auch im Koalitionsvertrag das eine oder andere Mal auftaucht: Wie definiert die Landesregierung Daseinsvorsorge?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Daseinsvorsorge, lieber Herr Kollege, beschreibt klassischerweise die staatliche Aufgabe der Bereitstellung der für die Existenz als notwendig erachteten Infrastrukturleistungen wie insbesondere

Stadtentwässerung, Entwässerung, Müllabfuhr usw. Natürlich gehört auch eine hinreichende verkehrliche Anbindung dazu. Gleichzeitig ist Daseinsvorsorge heute, wie man sieht, unter mancherlei Bedingungen durchaus erweitert zu diskutieren. Ich habe vorhin gesagt, dass man an dem Beispiel Breitbandausbau sieht, wie sich durch die technische Entwicklung auch die Anforderungen an die Infrastruktur weiterentwickeln. Deswegen wird ein moderner Begriff von Daseinsvorsorge sicherlich beispielsweise die Netzqualität mit einbeziehen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist aber doch eher eine Oberbürgermeistersicht! Stadtentwässerung, ich glaube es nicht!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Bode.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mich interessiert im Moment nicht so sehr ein Detail des Südniedersachsenplans, sondern die Frage, ob der Ministerpräsident im April im Parlament und davor im Wahlkampf die Wahrheit oder die Unwahrheit gesagt hat. Das ist der Kernpunkt meiner Frage.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD: Oh! - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist der Kern!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Weil hat am 18. April im Plenum zu Tagesordnungspunkt 13 c - „Der Südniedersachsenplan - eine gigantische Wählertäuschung?“ - Folgendes ausgeführt hat - jetzt zitiere ich den Ministerpräsidenten aus dem Protokoll -:

„Das, was ich Ihnen vorgetragen habe, ist 1 : 1 das, was Gegenstand der politischen Diskussion im Wahlkampf gewesen ist. ... gehen Sie davon aus, dass wir das so machen werden, wie wir es im Wahlkampf zugesagt haben.“

Jetzt stellt sich die Frage, ob das, was Sie gerade dargestellt haben, 1 : 1 das ist, was im Südniedersachsenplan der SPD steht. Denn darin sind in einer abschließenden Aufzählung die Landkreise Goslar, Osterode, Göttingen, Northeim, Holzmin-

den, Helmstedt, Wolfenbüttel, Hameln-Pyrmont, der Südkreis Hildesheim, der Nordkreis Gifhorn, sowie die Stadt Salzgitter als Förderkulisse genannt. Herr Ministerpräsident Weil hat im Wahlkampf in Gifhorn - dazu gibt es sogar ein Foto - ein entsprechendes Förderprogramm zugesagt; hier hat er aber heute den Landkreis Gifhorn aus dem Südniedersachsenplan gestrichen.

Jetzt stellt sich die Frage: Was ist die Wahrheit: das, was Sie im Wahlkampf gesagt haben, oder das, was Sie heute gesagt haben, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Bode, meine heutigen Ausführungen stehen in Übereinstimmung mit meinen Ausführungen in der Aprilsitzung des Plenums, aber auch mit meinen Ausführungen am 30. Mai. Daran hat sich überhaupt nichts geändert. Sie stehen auch in Übereinstimmung mit dem, was meinerseits im Wahlkampf gesagt wurde. Sie haben auf eine Homepage abgestellt. Wenn Sie sich die genau angucken, dann werden Sie feststellen, dass Sie dort mitnichten eine Aussage von mir finden, in der ich die an dieser Stelle von Ihnen implizierte Feststellung getroffen hätte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Toepffer.

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass man den Menschen auch in Wahlkampfzeiten immer die Wahrheit sagen sollte, und angesichts der Tatsache, dass Sie hier über eine halbe Stunde lang dargestellt haben, dass niemand in Niedersachsen weiß, welche Mittel wir konkret in der nächsten Förderperiode der EU überhaupt erhalten werden, frage ich Sie: Wie konnten Sie den Menschen in Südniedersachsen konkret versprechen, dass sie den Betrag von 100 Millionen Euro erhalten?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Wiard Siebels [SPD]: Das ist auch
wieder falsch!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Toepffer, aus den wirklich in aller
Ausführlichkeit dargestellten Gründen

(Petra Tiemann [SPD]: Das hat er ei-
ne halbe Stunde lang dargestellt!)

muss doch, glaube ich, parteiübergreifend darin
Konsens bestehen, dass wir gerade im südlichen
Teil unseres Bundeslandes einen gesteigerten
Handlungsbedarf haben. Wir dürfen doch wirklich
nicht zulassen, dass dieser Bereich schlichtweg
total abgehängt wird.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Kei-
nen Cent mehr, das hat Ihr Innenmi-
nister gesagt! - Reinhold Hilbers
[CDU]: Was stimmt denn jetzt?)

Ob wir heute schon abschließend sagen können,
welche Fördersumme aus welchem Programm uns
in der nächsten Förderperiode genau zur Verfü-
gung steht, ist davon völlig unbeeinträchtigt. Die
Landesregierung hat sich - das sage ich jetzt in der
dritten Plenarsitzung hintereinander - zu diesem
Thema festgelegt. Ich bin gerne bereit, das auch
ein viertes, fünftes und sechstes Mal zu bestätigen.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der
Abgeordnete Hausmann.

Karl Heinz Hausmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet -
Norbert Böhlke [CDU]: Abgehängt!)

- Abgehängt? - Jetzt geht es.

Wirtschaftlich, sozial und auch demografisch ent-
wickeln sich die Regionen in Niedersachsen in den
letzten Jahren auseinander. Vor diesem Hinter-
grund frage ich die Landesregierung: Gab es bei
der CDU/FDP-Vorgängerregierung Konzepte, die
diesem Trend entgegenwirken sollten?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Herr Kollege Hausmann, für die
EU-Förderperiode 2006 bis 2013 existieren auf der
Basis der Beschlüsse der vorangegangenen Lan-
desregierung 65 Förderrichtlinien, auf denen etwa
100 Förderprogramme beruhen. Dieses Vorgehen
führt zwangsläufig zu einer ressortbezogenen und
kleinteiligen Förderung, ohne auf spezifische und
übergreifende regionale Bedarfe eingehen zu kön-
nen. Deswegen sind - erst auf massiven Druck der
kommunalen Spitzenverbände - im Herbst 2012 im
Bereich der Profildförderung bei den LGLN neun
Koordinationsausschüsse eingerichtet worden, die
aber natürlich im Laufe der dann noch verbleiben-
den kurzen Zeit relativ wenig bewegen konnten.

Ich glaube, das ist an der Stelle auch tatsächlich
ein Wechsel der Vorzeichen in der Bearbeitung.
Wir haben uns einerseits vorgenommen, dass
Regionalentwicklung ein Querschnittsthema der
Landesregierung sein soll, und zweitens, dass wir
mit den Regionen gemeinsam dort passende Ent-
wicklungskonzepte vereinbaren wollen, die wir
dann so gut als irgend möglich über die zur Verfü-
gung stehenden EU-Fördermittel finanzieren wol-
len.

Es ist also in der Tat exakt die umgekehrte Ar-
beitsweise, die wir uns an dieser Stelle für die
nächsten Jahre vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt
vom Abgeordneten Hilbers.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass
Sie auf diese Fragestunde mit einer Regierungser-
klärung reagiert haben, vor dem Hintergrund, dass
das, was Sie aus Brüssel erläutert haben, alles
nicht neu ist,

(Zurufe von den GRÜNEN: Frage!)

vor dem Hintergrund, dass es nicht neu ist, dass
es weniger Geld geben wird, und vor dem Hinter-
grund, dass es nicht neu ist, dass es einen erheb-
lichen Widerspruch gibt zwischen dem, was Ihr

Innenminister dort verkündet hat - das es nämlich kein zusätzliches Geld gibt -, und dem, was Sie mit 100 Millionen Euro versuchen darzustellen und was Sie im Wahlkampf angekündigt haben, frage ich noch einmal dezidiert - und die Frage werden wir so lange wiederholen, bis wir darauf eine Antwort bekommen -: Wann sagen Sie den Menschen in Südniedersachsen, dass Sie das Wahlversprechen einsammeln und nicht einhalten können, und wann sagen Sie es den Menschen im Westen, dass Sie es denen wegnehmen werden? - Sie können das Geld doch nicht irgendwo generieren. Bekennen Sie doch endlich Farbe! Wann wollen Sie das tun?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Das waren drei Fragen!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass ich mich jetzt in der Tat über drei Landtagssitzungen hinweg immer wieder wiederholen musste,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das geht so weiter, bis Sie Farbe bekennen!)

was auch kein Wunder ist, wenn man immer wieder dieselben Fragen präsentiert bekommt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Wenn Sie keine Antworten geben!)

Nun kritisieren Sie einerseits die Breite meiner Ausführungen,

(Reinhold Hilbers [CDU] spricht mit Jens Nacke [CDU])

- ich wollte nicht stören -

(Heiterkeit bei der SPD)

aber andererseits haben Sie immer noch nicht den wesentlichen Inhalt verstanden. Was soll ich denn noch machen, um Gottes willen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kurz und gut: Es bleibt bei der dargestellten Regionalstrategie, und es bleibt insbesondere auch bei

dem in drei Sitzungen nacheinander dargestellten Vorgehen bezogen auf Südniedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abgeordneter Mustafa Erkan.

Mustafa Erkan (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Opposition hier im Landtag ist gegen das Südniedersachsenprogramm. Daher frage ich die Landesregierung: Wie beurteilen die südniedersächsischen kommunalen Partner das Südniedersachsenprogramm?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, an der Stelle kann man konstatieren, dass es sehr, sehr große Zustimmung gibt.

(Gabriela König [FDP]: Logisch!)

Gerade in diesem großen Teil des Landes hat sich über die Jahre der Eindruck verfestigt, man würde sich in Hannover nicht um sie kümmern, man hätte das gewissermaßen nicht im Blick.

(Editha Lorberg [CDU]: Das verbreiten Sie!)

Ich kann schon erkennen, dass an dieser Stelle der neue Antritt einer Landesentwicklungspolitik auch mit Dankbarkeit - das kann man schon sagen - aufgenommen worden ist.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun ist es möglicherweise nicht so überraschend, dass in dem betroffenen Bereich eine solche Reaktion da ist. Aber vielleicht darf man auch hinzufügen, dass diese ausdrücklich regional orientierte Vorgehensweise überall im Land, bei den kommunalen Spitzenverbänden und bei der Wirtschaft, auf große Zustimmung stößt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind nämlich diejenigen Bereiche, die durchaus sehen, dass es natürlich tatsächlich zusammen gesehen werden muss, wie regionale Entwicklung sich darstellt. Das gilt insbesondere auch für den Bereich der Wirtschaft, wenn ich z. B. an Kontakte mit den Industrie- und Handelskammern denke.

Ich kann nur noch einmal sagen: Das ist gedacht als ein Ansatz, der nicht nur landesbezogen, sondern auch regionalbezogen ist, und es ist auch gedacht als ein Ansatz, der nicht parteibezogen ist, sondern der übergreifend ist. Ich lade Sie ebenfalls herzlich ein, meine sehr verehrten Damen und Herren, sich an dieser Stelle konstruktiv einzubringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Horst Kortlang. Bitte sehr!

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Meine Damen, meine Herren! Herr Ministerpräsident, uns in der Debatte um den Südniedersachsenplan Polemik vorzuwerfen, ist schon ein hartes Stück. Es wäre ja schon eine - - -

(Zurufe von der SPD: Frage!)

- Fragen? - Moment! Dazu muss ich noch einmal etwas sagen!

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Nein, Herr Kollege. Den Hintergrund können Sie beschreiben. Aber dann müssen Sie fragen.

Horst Kortlang (FDP):

Gut. - Dann frage ich ganz klar: Soll die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse der Verwirklichung unterschiedlicher pluraler Lebensstile dienen oder eine Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, gemessen an sozialen Indikatoren, bewerkstelligen, und mit welchen sozialen Indikatoren soll die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse festgestellt werden?

(Lachen bei der SPD)

- Tja, ich hätte gerne noch etwas anderes gesagt.

Danke.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Mir wird hier in der dritten Landtagssitzung nacheinander vorgehalten, ich würde ein Wahlversprechen brechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Genau!)

Wenn das keine Polemik ist, dann weiß ich es auch nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Sie sind doch kein Stadtrat hier!)

- Entschuldigen Sie bitte! Wollen Sie?

(Jens Nacke [CDU]: Gerne! Sie missbrauchen die Fragestunde für eine Regierungserklärung!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, bitte bewahren Sie Ruhe! Der Ministerpräsident antwortet gerade.

(Detlef Tanke [SPD]: Wer fragt, kriegt eine Antwort, und zwar eine passende! - Thomas Adasch [CDU]: Wir wollen mal etwas Konkretes hören! - Gegenrufe von der SPD: Dann müsst ihr mal zuhören!)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Im Übrigen teile ich die in Ihrer Frage zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber einer Einheitlichkeit von Lebensbedingungen, und ich würde mir das auch nicht zu Eigen machen. Der Verfassungsauftrag spricht von der Gleichwertigkeit. Das Leben auf dem Land und das Leben in der Großstadt werden immer unterschiedlich sein. Es kommt darauf an, dass wir in beiden Bereichen - im ländlichen Raum und in den Großstädten - Voraussetzungen schaffen, die so attraktiv sind, dass Menschen dort gerne leben und für sich auch eine Zukunft sehen. Was mir Sorgen bereitet, ist die deutlich sichtbare Entwicklung, dass dies zunehmend weniger der Fall ist. Das muss uns in der Tat zu großen Anstrengungen Anlass geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich hatte zu Beginn der Fragestunde auf die Regularien hingewiesen und unterstellt, dass alle die Bestimmungen zur Fragestunde kennen. Ich darf einen Satz aus § 47 unserer Geschäftsordnung noch einmal in Erinnerung rufen. Es geht dabei um Absatz 5 Satz 2, der schlicht und ergreifend heißt: „Zusatzfragen dürfen nicht verlesen werden.“ - Ich bitte, dass man sich daran hält.

Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Dr. Saipa.

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die EU wollte seit jeher mit den Strukturförderprogrammen die Ziele Wachstum und Beschäftigung in strukturschwachen Regionen fördern. Vor dem Hintergrund, dass ich z. B. auch den Harz-Raum sehr gut kenne, frage ich Sie: Hat die vorherige CDU/FDP-Landesregierung diese Ziele verfolgt und erreicht?

(Zurufe von der SPD: Nein! - Zurufe von der CDU und von der FDP: Ja!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erreicht sicherlich nicht; denn wir haben tatsächlich eine sehr unterschiedliche Entwicklung - anhand objektiver Maßstäbe - bei den einzelnen niedersächsischen Regionen. Das darf man feststellen. Darüber kann es eigentlich keinen Streit geben.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Das ist bis jetzt eigentlich nur eine, wie ich glaube, relativ sachliche Feststellung gewesen. Das sollte nicht zur Erregung Anlass geben.

Es gibt unterschiedliche Mutmaßungen, warum z. B. die EU-Förderung durchaus unterschiedlich in Anspruch genommen worden ist. Ich glaube, ein wesentlicher Gesichtspunkt könnte und wird darin bestehen, dass wir es z. B. im südniedersächsischen Raum typischerweise mit sehr finanzschwachen Kommunen zu tun haben, die ohnedies erhebliche Probleme haben, aus eigenen Möglichkeiten heraus eine notwendige Kofinanzierung mit darzustellen.

Da typischerweise gerade diese Bereiche aber auch versucht haben, über den Zukunftsvertrag einen Teil ihrer Probleme zu lindern, und wiederum im Rahmen des Zukunftsvertrags an dieser Stelle freiwilliges Engagement von Kommunen seitens des Landes sehr kritisch begleitet wurde, haben wir an dieser Stelle, glaube ich, zu verzeichnen, dass entsprechende Anstrengungen nicht gefördert, sondern eher gehindert worden sind, möglicherweise auch durch unterschiedliche Ressortinteressen, die an dieser Stelle jeweils zum Ausdruck gekommen sind

Deswegen glaube ich, dass diese Frage ein gutes Beispiel dafür ist, warum wir in der Landespolitik regionale Entwicklungen als eine Querschnittsaufgabe ansehen müssen. Es muss möglich sein, dass auch strukturschwache Räume in die Lage versetzt werden, für sich wieder Perspektiven zu erarbeiten. Dabei muss das Land sie unterstützen; es darf sie dabei nicht behindern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Hillmer.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Ministerpräsident hier auch umfangreiche Aussagen zur kommenden EU-Förderung gemacht hat, frage ich die Landesregierung: Werden Sie das Verhältnis zu den kommunalen Körperschaften weiter belasten und den Landkreisen das gleichwohl erfolgreiche wie auch kommunalfreundliche Instrument der regionalen Teilbudgets wegnehmen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Zunächst einmal bestätige ich gerne, dass die regionalen Teilbudgets in der jetzt ablaufenden Förderperiode in vielen Fällen ausgesprochen sinnvolle Wirkungen gezeitigt haben.

Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass es in der nächsten EU-Förderperiode an dieser Stelle wiederum zu Veränderungen der Förderbe-

dingungen der EU kommen dürfte, die eine 1:1-Fortsetzung von regionalen Teilbudgets schon unter diesen Europa-Gesichtspunkten nicht möglich machen werden. Wir müssen mit den Kommunen, mit den Landkreisen darüber sprechen, wie wir unter den neuen Bedingungen an dieser Stelle nach wie vor sicherstellen, dass das geschieht, was vor Ort als sinnvoll und notwendig angesehen wird. Auch das deckt sich mit dem jetzt wirklich in einiger Breite geschilderten Politikansatz.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Pieper.

Gudrun Pieper (CDU):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Sie in epischer Breite auch über die Regionalentwicklung des Landes Niedersachsen gesprochen haben, dabei aber - obwohl Sie angekündigt haben, alle Landkreise gleich behandeln zu wollen - den Heidekreis gänzlich vergessen haben -

Präsident Bernd Busemann:

Wie ist die Frage?

Gudrun Pieper (CDU):

- frage ich Sie: Was gedenken Sie vor dem Hintergrund des Briten-Abzugs und der Tatsache zu tun, dass 10 000 Menschen diese Region verlassen werden? Was gedenken Sie ganz konkret zu tun, um den Kommunen Bergen und Bad Fallingbostal beim Ausgleich der zu erwartenden Mindereinnahmen und der ebenfalls zu erwartenden Strukturschwächung zu helfen?

(Johanne Modder [SPD]: Haben Sie schon gewusst, dass das Bundesanliegen ist?)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin Pieper! Herr Ministerpräsident! Ich darf noch einmal auf § 47 Abs. 5 Satz 3 hinweisen, der da lautet: „Sie“ - gemeint sind die Fragen - „müssen zur Sache gehören und dürfen die ursprüngliche Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen.“ Wenn andere Regionen bzw. Standorte angesprochen werden, wird es grenzwertig.

Aber ich glaube, der Ministerpräsident will antworten. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich glaube, es wäre nicht fair, wenn ich bei der Frage kneifen würde.

Sie haben erstens völlig recht, dass Teile des Heidekreises - ich denke da insbesondere an Bergen und Fallingbostal - durch den Abzug der Briten hart betroffen sind.

(Zuruf von der CDU)

- Landkreis Celle, das ist schon klar.

Deswegen werden im Rahmen der regionalen Entwicklungskonzepte für diesen Teil Niedersachsens - ich nenne ihn mal den mittleren Teil - diese Bereiche besonders mit zu bedenken sein. Dafür gilt aber auch das, was für alle anderen Bereiche - einschließlich Südniedersachsen - gilt und was ich versucht habe darzustellen. Wir sind jetzt am Anfang dieses Dialogprozesses, der - das darf ich vielleicht noch hinzufügen, auch um künftigen Nachfragen vorfristig vorzubeugen - ganz sicher noch das ganze Jahr 2014 in Anspruch nehmen wird; denn an dieser Stelle geht es ja durchaus um sehr grundlegende Fragestellungen.

(Jens Nacke [CDU]: Jedem alles versprechen!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Oetjen.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund Ihrer eben getätigten Aussage zu den regionalisierten Teilbudgets - dass man die möglicherweise nicht so fortsetzen könne, wie das in der alten Förderperiode der Fall gewesen ist - würde ich gerne von Ihnen wissen, ob Sie den bereits zwischen der alten Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden hergestellten Konsens bezüglich einer Modifikation, aber trotzdem Fortführung der regionalisierten Teilbudgets aufrechterhalten wollen und damit die regionalisierten Teilbudgets auch in der neuen Förderperiode den Kommunen weiterhin zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich bitte vielmals um Verständnis. Aber da, wie ich geschildert habe, der strategische Ansatz sich verändern wird, müssen wir jetzt auch die Diskussion mit den Kommunen darüber führen, an welchen Stellen bzw. in welchen Bereichen und in welchem Umfang sie unmittelbar oder mittelbar an der Entscheidung zu beteiligen sind. Diese Diskussion läuft derzeit, und ich möchte ihr ungern vorgeifen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Bertholdes-Sandrock. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da Sie, Herr Ministerpräsident, den Südniedersachsenplan mit der konkreten Summe von 100 Millionen Euro unterlegt haben - obwohl die Höhe der Mittel, die zu erwarten sind, ja noch unklar ist - und in Anbetracht der Tatsache, dass Sie auch ganz bestimmte Kriterien für die Förderungswürdigkeit dieser Region genannt haben - vor allem: Rückgang der Bevölkerung aufgrund des demografischen Wandels um 20 %, Wirtschaftsschwäche, mangelnde Möglichkeiten, Programme kofinanzieren; oder Ins-Hintertreffen-Geraten beim Zukunftsvertrag -, möchte ich Sie fragen: Warum stellen Sie vergleichbar schwache Regionen in Niedersachsen eigentlich nicht gleich? - Der Landkreis Lüchow-Dannenberg z. B. übererfüllt die Kriterien, die Sie in Bezug auf die Förderungsfähigkeit Südniedersachsens zu Recht genannt haben. Hier gibt es einen bis 2030 zu erwartenden Bevölkerungsrückgang von sogar 30 %, Finanzschwäche sowie mangelnde Kofinanzierungsfähigkeit. Warum stellen Sie die wirklich schwachen Regionen nicht gleich, sondern setzen sich dem Verdacht aus, schwache Regionen untereinander und die starken gegen die schwachen Regionen auszuspielen?

Präsident Bernd Busemann:

Ich glaube, die Frage ist gestellt.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Das ist ein Konflikt.

(Zustimmung bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Sie haben die ganze Thematik überhaupt nicht verstanden!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich hoffe, dass Sie diese Karte erkennen können. Das ist die Ihnen bekannte Landkarte der Demografie in Niedersachsen auf der Basis des LSKN bis 2030.

(Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

- Genau, ja, ja. Die Farben sind die gleichen. Sie sehen aber, dass die Umgebung unterschiedlich ist.

Im Bereich des südlichen Niedersachsen haben wir es mit einem großen zusammenhängenden Wirtschaftsraum zu tun, der außerordentlich schwierige Prognosen hat. Sie haben völlig recht mit Ihrer Feststellung: In Bezug auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg ist das durchaus vergleichbar. Nicht vergleichbar aber ist der Wirtschaftsraum; denn schon die Nachbarräume weisen wiederum durchaus prosperierende Kennzahlen aus, was, so vermute ich, insbesondere mit der Nähe zur boomenden Metropole Hamburg zusammenhängt. Deswegen wird man das Regionalkonzept für diesen Bereich westlich an der Elbe, sage ich jetzt einmal, unter anderen Vorzeichen zu diskutieren haben. Man wird zu anderen Schwerpunkten gelangen. Deshalb ergibt sich daraus, dass wir an dieser Stelle auch einen anderen Maßstab bei einer Vorabdraufsicht haben.

(Zustimmung bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Ich denke, wegen dieser Region haben Sie der Kanzlerin geschrieben!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Dr. Matthiesen.

Dr. Max Matthiesen (CDU):

Herr Ministerpräsident! Es geht um die Herausforderungen im Wohnungsbau. Wir haben gestern vom Kollegen Brunotte gehört, dass die Landesregierung mit viel Kraft in Südniedersachsen auch in

die Wohnraumförderung investieren möchte. Sie haben gerade ausgeführt,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Frage!)

dass in Südniedersachsen weit überdurchschnittlich viele Leerstände zu verzeichnen sind und dass der Bevölkerungsrückgang um 20 % enorm ist. Wie passt das beides zusammen? Wollen Sie in Südniedersachsen angesichts der großen Probleme bei der Wohnraumversorgung in den Ballungsräumen stark investieren? Wie wollen Sie aus dieser Widersprüchlichkeit herausfinden?

(Johanne Modder [SPD]: Drei Fragen!

- Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:

Den ganzen Sachverhalt nicht verstanden, Herr Dr. Matthiesen!)

Präsident Bernd Busemann:

Bitte sehr, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wohnungsmarkt ist widersprüchlich, wie Sie wissen, Herr Matthiesen. Auf der einen Seite haben wir in den Ballungsräumen eher Verknappungstendenzen mit der Folge steigender Mieten, und wir haben auf der anderen Seite in den schrumpfenden Bereichen Leerstände mit der Folge, dass dadurch das gesamte Ortsbild und die Leistungsfähigkeit von Kommunen insgesamt beeinträchtigt werden. Deswegen kann ich an dieser Stelle nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir in der Tat einen regional bezogenen Ansatz wählen müssen, weil die Dinge im Flächenland Niedersachsen nun einmal nicht über einen Kamm zu scheren sind. Das gilt auch und gerade für den Bereich des Wohnungsbaus. Auch an dieser Stelle kann und will ich den zu führenden Diskussionen mit den regionalen Partnern nicht vorgreifen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage - das ist dann seine zweite - stellt jetzt der Kollege Toepffer.

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe Sie am 30. Mai 2013 von dieser Stelle aus gefragt, welche Mittel aus dem Konjunkturpaket II in den von Ihnen skizzierten Raum Südniedersachsen und nach Westnie-

dersachsen jeweils geflossen sind. Sie haben darauf wie folgt geantwortet - ich zitiere -:

„Auch die Verteilung der KP-II-Mittel, sehr geehrter Herr Toepffer, reichen wir den Fraktionen selbstverständlich sehr gerne nach.“

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass wir diese Zahlen bis heute nicht erhalten haben, frage ich Sie: Sollen uns diese Zahlen nun vorenthalten werden, oder ist es Ihnen bislang nicht gelungen, die Staatskanzlei so zu organisieren, dass diese Ankündigungen auch umgesetzt werden? - Sie können hier doch nicht beklagen, dass Ihnen ständig dieselben Fragen gestellt werden, wenn Sie die Antworten nicht liefern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Herr Toepffer, unter dem 5. Juni - also sechs Tage nach der Plenarsitzung - hat Frau Staatssekretärin Honé die Fraktionen angeschrieben mit der Bitte, mitzuteilen, zu welchen Förderteilen von den einzelnen Fraktionen mit Blick auf die von mir in der Plenarsitzung angekündigte Gesamtaufstellung Auskünfte erbeten werden, damit wir auf dieser Grundlage zu einer umfassenden, aussagekräftigen und regional differenzierten Gesamtaussage kommen. Wir werden uns bemühen - sobald wir die Antworten von den Fraktionen haben -, Ihnen das insgesamt sehr schnell zu liefern.

(Jens Nacke [CDU]: Das haben Sie doch zugesagt! Sie kommen Ihrer Mitteilungspflicht nicht nach!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Zu seiner zweiten Zusatzfrage hat sich der Abgeordnete Oetjen gemeldet. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass der Südniedersachsenplan eine gewisse Raumwirksamkeit für die gesamte Region entfalten soll, hätte ich von Ihnen gern gewusst, ob er neben den Fragen der EU-Förderung auch konkrete Ziele für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur beinhaltet.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Wir wissen ja, dass die Verkehrsinfrastruktur für die Entwicklung von Regionen von besonderer Bedeutung ist. Also: Enthält der Südniedersachsenplan zur Verbesserung der Region auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Oetjen, ich kann und will nicht ausschließen, dass das das Ergebnis dieser Diskussionen, die noch zu führen sein werden, sein wird. Ich erinnere mich z. B. daran, dass der Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg auf meine Frage danach, was zur regionalen Entwicklung am dringendsten notwendig wäre, geantwortet hat: Eine verbesserte Schienenanbindung Richtung Hamburg. - Das erscheint mir durchaus plausibel. An dieser Stelle kann es also durchaus sein, dass die Diskussionen auch in diese Richtung gehen werden. Das wird man dann aber nicht aus EU-Fördermitteln bewerkstelligen können. Ansonsten gibt es aber sehr sinnvolle Hinweise darauf, wo man ansonsten initiativ werden sollte.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Grupe von der FDP.

Hermann Grupe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass im Südniedersachsenplan von integrierten Verkehrskonzepten die Rede ist, frage ich Sie, Herr Ministerpräsident: Welche Bedeutung hat der Straßenausbau in Südniedersachsen zum Zweck der besseren Erreichbarkeit des überörtlichen Fernstraßennetzes oder auch der überörtlichen Schienenverbindungen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich glaube, auch an dieser Stelle kann ich auf das Bezug nehmen, was ich eben gesagt habe. In der Tat hängt von den jetzt in den Regionen zu füh-

renden Diskussionen ab, wo die wesentlichen Entwicklungsbarrieren gesehen werden.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es!)

Generell ist die Frage der Mobilität gerade für schrumpfende Räume von erheblicher Bedeutung, damit niemand den Eindruck gewinnt, er sei abgehängt. Deswegen ist sicherlich auch das ein Thema, das dort mit zu behandeln sein wird.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau König stellt ihre zweite Zusatzfrage.

(Petra Tiemann [SPD]: Besser werden die Fragen auch nicht!)

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass der Südniedersachsenplan - um es noch einmal klar zu sagen; denn es ist eben ja etwas unterschiedlich dargelegt worden - gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gewährleisten will: Nehmen Sie auch in Kauf, dass die jetzt starken Regionen erst geschwächt werden müssen, um sie gleichwertig darzustellen? - Ich meine, wir haben in der Vergangenheit letztendlich auch den Harz sehr stark gefördert.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Was?)

Trotz alledem hat er sich nicht so entwickelt wie beispielsweise Westniedersachsen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Fragen!)

- Das ist schon die Frage gewesen, die ich eben noch erläutert habe.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Okay, Frau König, vielen Dank. Ihre Frage ist angekommen.

Gabriela König (FDP):

Ist sie angekommen? - Okay.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die Frage ist erkannt. Die Antwort wird wiederum nicht überraschend sein: Wir wollen die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen nicht dadurch erreichen, dass es manchen schlechter geht als vorher, sondern wir wollen gerne dazu beitragen, dass wir überall im Land so attraktive Lebensbe-

dingungen haben, dass jeder die Möglichkeit hat, dort zu wohnen und dort zu arbeiten, wo das nach seiner ganz persönlichen Entscheidung der Fall sein soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Försterling stellt die nächste Frage.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Ministerpräsident in seiner Antwort auf den demografischen Wandel eingegangen ist und der Finanzminister in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 14. Juni 2013 wie folgt zitiert wird: „Wenn der Bevölkerungsrückgang so stark bleibt, drohen manche Schulen wieder zu solch kleinen Dorfschulen zu werden. Ich habe Zweifel, ob diese dann den Anforderungen des 21. Jahrhunderts noch gerecht werden können“, frage ich die Landesregierung: Welche kleinen Dorfschulen möchten Sie in Südniedersachsen schließen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist eine spannende Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen auf diese Frage eine Antwort geben, die Sie nicht überraschen wird, weil Sie sie in den früheren Jahren auch gehört haben: Die Landesregierung schließt keine Schulen. Das ist Aufgabe von kommunalen Schulträgern, wenn sie es für richtig halten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE] - Detlef Tanke [SPD] - zu Björn Försterling [FDP] -: Das gehört zum Einmaleins der Bildungspolitik, Herr Kollege!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage wird von Frau von Below-Neufeldt von der FDP-Fraktion gestellt.

(Zuruf von Detlef Tanke [SPD])

- Meine Damen und Herren, die Frage wird hier gestellt. Die Antwort gibt der Ministerpräsident und

nicht der Kollege Tanke. Ich bitte um Zurückhaltung.

Frau von Below-Neufeldt, Sie haben das Wort.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich stelle mir folgende Frage:

(Lachen und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Darf ich Sie kurz unterbrechen? - Die Fragen in der Fragestunde richten sich an die Landesregierung!

(Clemens Große Macke [CDU]: Aber uns interessiert das auch!)

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Diese Frage stelle ich jetzt dem Herrn Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wer etwas verspricht, meine Damen und Herren, der hat eine Lösung im Gepäck. Ich höre hier heute Morgen nur weitere Probleme und frage mich,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

ob der Dialog oder die weiße Flagge nach Südniedersachsen gebracht wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich - es gab ja schon eine ganze Menge von regionalen Direktinvestitionen, und die Trends zum Wohnen in der Stadt und auch die Entwicklung, die regionale Verschiedenartigkeit sind ja unbestritten -: Welche konkreten Punkte definiert die Landesregierung, um Südniedersachsen in diesen beiden Bereichen nach vorne zu bringen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, ich wäre jetzt versucht, alles zu wiederholen, was ich heute Vormittag gesagt habe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber das möchte Ihnen und auch mir ersparen.

Frau Kollegin, deswegen noch einmal in der gebotenen Kürze: Diese Landesregierung hat nicht vor, ex cathedra zu sagen, welcher Schwerpunkt mit welchen Maßnahmen für welche Region der sinnstiftende ist, sondern wir haben vor, genau diese Antworten in einem gemeinsamen Diskussionsprozess mit den Regionen zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Jörg Bode. Das ist seine zweite Frage.

(Petra Tiemann [SPD]: Er hat doch schon zwei Fragen gestellt!)

Jörg Bode (FDP):

Das täuscht.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bleibe bei der offen gebliebenen Frage nach der Wahrheit.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist philosophisch!)

Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Sie seit April dieses Jahres im Plenum erklären, dass die Landesregierung 1 : 1 das beim Südniedersachsenplan umsetzt, was im Wahlkampf von der SPD versprochen worden ist, und vor dem Hintergrund, dass im Wahlprogramm der SPD zum Südniedersachsenplan bei den Fördergebieten des Südniedersachsenplans der Landkreis Gifhorn aufgeführt wird und Sie heute bei der Beantwortung der Anfrage erklärt haben, dass der Landkreis Gifhorn nicht mehr aus dem Südniedersachsenplan profitieren wird, und der Tatsache, dass Sie auch heute wieder gesagt haben, was Sie im April bereits erklärt haben - ich zitiere: „Wie ich“ - also Sie - „bereits ausgeführt habe, begeben wir uns mit der Kärrneraufgabe, regionale Förderkonzepte zu erarbeiten, auf neues Terrain: auf Terrain, das bis jetzt nicht bearbeitet worden ist“ -, und vor dem Hintergrund, dass Ihnen am 3. Mai die Abgeordneten Kortlang und Grascha mit der Schriftlichen Anfrage unter Bezugnahme auf Ihre eigene Homepage der Landesregierung belegt haben,

(Zurufe von der SPD: Frage!)

dass diese Aussage unwahr ist, und Sie bisher nicht die Antwort gegeben haben, frage ich die Landesregierung: Wann wird der Ministerpräsident seine Falschaussagen korrigieren, und wann wird er aufhören, die Unwahrheit zu sagen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD - Ronald Schminke [SPD]: Jetzt wird es aber langsam böseartig!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Es tut mir außerordentlich leid, Herr Kollege Bode, ich kann nach wie vor nicht erkennen, an welcher Stelle ich mich hier im Plenum unwahr geäußert hätte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Demzufolge bin ich auch außerstande, Ihnen die Frage zu beantworten, wann ich damit aufhöre.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Eine sehr interessante Einschränkung: „hier im Plenum“! - Petra Tiemann [SPD] - zu Jörg Bode [FDP] -: Zur Wahrheit würde ich Ihnen gerne mal das Wort „CEMAG“ rübereufen! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Wo ist denn da die Unwahrheit gesagt worden?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage wird vom Kollegen Heere, Bündnis 90/Die Grünen, gestellt.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass diese Debatte, die ja mehrfach geführt wurde, heute endgültig totgeritten wurde, ziehe ich meine Frage zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Clemens Große Macke [CDU]: Der Herr Ministerpräsident möchte antworten! - Christian Grascha [FDP]: Der Ministerpräsident müsste doch eigentlich dementieren, dass das Thema totgeritten wurde! Es ist doch aktueller denn je! - Jens Nacke [CDU]: Gibt es hier einen Preis für den Klassen-Clown?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage wird von dem Kollegen Dr. Marco Genthe, FDP, gestellt.

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass es offenbar seit dem Jahreswechsel schwer geworden ist, in diesem Haus eine konkrete Antwort zu erhalten,

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

frage ich Sie, ob die im Wahlkampf gemachten Aussagen - - -

(Detlef Tanke [SPD]: Wenn man Ihnen zuhört, kann ich das „schwer“ gut verstehen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren von der SPD, ich kann Ihre Aufregung ja angesichts der neuesten Umfrageergebnisse verstehen. Sie haben ja langsam das Projekt 18 - Sie nähern sich von oben!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber hören Sie mir doch noch einen Moment zu!

Vor diesem Hintergrund versuche ich, die Wahlkampfaußagen und den Südniedersachsenplan konkret zusammenzubringen, und frage konkret: Was wurde im Wahlkampf den acht Landkreisen, den zwei Teillandkreisen und der Stadt Salzgitter konkret zugesagt?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich bin ein bisschen in der Bredouille; denn als Landesregierung kann ich nicht gut sagen, was im Wahlkampf Parteien zugesagt.

(Christian Grascha [FDP]: Zumindest das, was Sie gesagt haben!)

Ich kann für die Landesregierung sagen: Den Regionen ist das zugesagt worden, was ich hier jetzt in der dritten Sitzung in aller Ausführlichkeit vorgebracht habe.

Wenn sich jetzt noch jemand für den Landesvorsitzenden interessiert: Der kann auf die entsprechenden Publikationen verweisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Das ist ja so etwas von billig! Unglaublich!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Grascha, FDP-Fraktion, stellt seine zweite Frage.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass wir im Rahmen des Südniedersachsenplans jetzt über ein Förderprogramm in einer Größenordnung von 100 Millionen Euro diskutieren, welches sich aus EU-Mitteln, kommunalen Mitteln und Landesmitteln zusammensetzt, frage ich die Landesregierung: Welche weiteren materiellen Maßnahmen wird es darüber hinaus jenseits der EU-Mittel geben, die entsprechend nach Südniedersachsen fließen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, ich hätte bereits aufgeführt, dass der Inhalt eines regionalen Entwicklungskonzepts für Südniedersachsen gemeinsam mit den Beteiligten zu erarbeiten sein wird und dass ich es deswegen nicht für klug halte, seitens der Landesregierung schon im Vorhinein Festlegungen zu treffen. - Das gilt auch bezogen auf Ihre Frage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Seine zweite Frage stellt Kollege Hermann Grupe von der FDP-Fraktion.

Hermann Grupe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Vor dem Hintergrund, dass wir hier, wie ich denke, Einigkeit erzielt haben, dass gerade für den südniedersächsischen ländlichen Raum die Verkehrsanbindung besonders wichtig ist, frage ich Sie: Ist es da nicht kontraproduktiv, wenn die Entflechtungsmittel von der

neuen Landesregierung zu 60 % in den ÖPNV geleitet werden, während bisher 60 % - etwa 74 Millionen Euro - in den Straßenbau geflossen sind und damit jetzt 25 Millionen Euro weniger in diese wichtige Infrastrukturmaßnahme fließen? Wenden Sie sich damit nicht den Städten mehr zu und vom ländlichen in Südniedersachsen ab?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das kann ich nicht bestätigen, weil die Mobilität gerade auch im ländlichen Raum für Menschen ein enormes Thema ist, die nicht über ein eigenes Auto verfügen. Auch das werden wir im Rahmen unserer Politik zu bedenken haben, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: So ist es!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Seine zweite Frage stellt Kollege Björn Försterling von der FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Ministerpräsident eben gesagt hat, wir sollen uns auf Publikationen konzentrieren, möchte ich noch mal aus dem Südniedersachsenplan der SPD zitieren:

„In den Landkreisen Goslar, Osterode, Göttingen, Northeim und Holzminden wird die Bevölkerung bis 2030 um 20 % oder mehr zurückgehen. Ähnlich ist die Situation in den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel, Hameln-Pyrmont, dem Südkreis Hildesheim, dem Nordkreis Gifhorn und der Stadt Salzgitter.“

Hier, in seiner ausführlichen Antwort, hat der Ministerpräsident ausgeführt, dass der Landkreis Gifhorn und der Nordkreis Gifhorn nicht mehr Bestandteil des Südniedersachsenplans seien.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Was?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sie müssen zur Frage kommen.

Björn Försterling (FDP):

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Sind der Ministerpräsident, der ehemalige SPD-Spitzenkandidat und der SPD-Landesvorsitzende ein und dieselbe Person, oder hat jemand von den dreien die Unwahrheit gesagt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident! - Die Frage könnte ich auch beantworten.

(Heiterkeit und starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manchmal braucht man Beistand von oben.

Vielleicht ist es tatsächlich so, Herr Försterling, dass die Frage - ob es so gemeint war, weiß ich nicht - zur Aufklärung eines Missverständnisses zwischen uns beiträgt. Dieser Satz in dieser zitierten Publikation dient dazu, zum Ausdruck zu bringen, dass sich die demografischen Probleme in Niedersachsen leider nicht auf Südniedersachsen beschränken. Deswegen werden wir, wie ich das ausgeführt habe, auch für andere Regionen - und da ist ganz bestimmt der Bereich des Ostens unseres Landes mit hervorzuheben - entsprechende regionale Konzepte mit zu erarbeiten haben. Sie werden mir aber vielleicht einräumen, dass das Zitat, das Sie gerade dankenswerterweise vorgelesen haben, nicht beinhaltet, dass Gifhorn Teil von Südniedersachsen wäre. Vielleicht hilft das jetzt, in der dritten Sitzung - und dann wäre es möglicherweise tatsächlich wirklich ein Fortschritt -, dieses Missverständnis zwischen den Beteiligten - wenn es denn entstehen konnte - aufzuklären.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das stimmt, Herr Ministerpräsident!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ihre zweite Frage stellt jetzt Kollegin Frau von Below-Neufeldt.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Herrn Ministerpräsidenten: Bis jetzt gab es ein Versprechen, aber keine Lösung. Jetzt sollen Lösungen in den nächsten Jahren erarbeitet werden. Welchen Personalkörper sieht der Minis-

terpräsident dafür vor? Welche Mittel sind nicht nur für die Stellen, die dafür geschaffen werden, veranschlagt, sondern auch für die Gutachten, die in dem Zusammenhang erstellt werden sollen?

Danke schön.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Hierzu, Frau Kollegin, würde ich Ihnen gern nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen innerhalb der Landesregierung nach der Sommerpause im Detail Auskunft geben, da das gerade Gegenstand der internen Beratungen ist.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen für Fragen liegen nicht vor.

Jetzt ist es 10.46 Uhr. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Fragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben.*

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 44:

Erste Beratung:

Planungssicherheit statt Stillstand bei Kommunalreformen „von unten“ - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/271

Den Antrag wird der Kollege Hiebing von der CDU-Fraktion einbringen. Sie haben das Wort, Herr Hiebing.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als Vertreter des niedersächsischen Parlaments wissen, dass Kommunen nicht alles sind, aber ohne unsere Kommunen ist alles nichts.

(Beifall bei der CDU)

* (Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 55 sowie 57 bis 60, die nicht in der 12. Sitzung des Landtages am 21.06.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/345 abgedruckt.)

Die Kommunen, meine Damen und Herren, sind in unserem föderativen System die maßgebliche Schnittstelle zu unseren Bürgerinnen und Bürgern, sie dienen der Sicherstellung der Daseinsvorsorge, sind das Herzstück unseres Staates und erbringen vielfältige, sachgerechte Leistungen, die vor Ort benötigt werden und in der Regel ausschließlich dort erbracht werden können.

Kommunen sind also der Staat vor Ort. Dort ist die öffentliche Hand dem Bürger am nächsten. Die Zahl der Aufgaben unserer Kommunen wächst kontinuierlich. Damit steigen allerdings auch Personalbedarf und Kosten.

Zwar hat sich, meine Damen und Herren, Niedersachsen in den vergangenen zehn Jahren dank einer, wie ich finde, klugen Politik hervorragend entwickelt, ist ein Land von Innovationen, verfügt über eine gesunde Wirtschaft, viele sichere Arbeitsplätze und auch eine hohe Lebensqualität. Auch wenn wir das Ganze insgesamt durchaus positiv sehen können, gestalten sich aber doch die Einnahmen und die finanziellen Situationen unserer Kommunen sehr vielfältig und auch sehr unterschiedlich. Während einige Gebietskörperschaften finanziell durchaus gesund und zukunftsfähig aufgestellt sind, gibt es auf der anderen Seite auch finanziell angeschlagene Kommunen, gerade im Osten und Süden, vereinzelt aber auch im Norden unseres Landes.

Viele von ihnen sind - man mag es kaum so sagen - finanzielle Pflegefälle mit düsteren Prognosen, also ohne Aussicht auf Genesung. Das Problem dieser Kommunen besteht nicht zwingend und ausschließlich in einem Missverhältnis von laufenden Ausgaben und Einnahmen, sondern auch in hohen Altlasten, die über Jahre angehäuft und nicht abgebaut werden konnten oder können.

Deshalb ist der klassische Finanzausgleich nur bedingt geeignet, den Kommunen zu helfen und ihre Altlasten zu beseitigen. Es müssen andere individuelle Regelungen gefunden werden. Unser Zukunftsvertrag, den die CDU-geführte Landesregierung 2009 mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen hat, ist ein solches Instrument.

(Zustimmung von Angelika Jahns [CDU] und Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Meine Damen und Herren, angesichts des demografischen Wandels, der als zentralen Faktor eine schrumpfende Bevölkerung mit sich bringt, muss man darüber nachdenken, die kommunale Ebene dort, wo notwendig, auch neu zu organisieren und

zu strukturieren. Wo aktuelle Strukturen überholt sind und die Kommunen nicht ohne zusätzliche Hilfen von außen überleben können, müssen auch - so bitter das ist - Einschnitte erfolgen. Wenn es im Hesse-Gutachten beispielsweise „Räume mit Stabilisierungsbedarf“ heißt, dann sind Strukturformen sehr wohl geeignet, nachhaltige Synergieeffekte zu erzeugen, die zu einer langfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung führen können. Darauf baut der Zukunftsvertrag auf.

(Zustimmung von Angelika Jahns
[CDU] und Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Im Bewusstsein, dass erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung leistungsfähige Kommunen voraussetzt, greift der Zukunftsvertrag den Kommunen mit Konsolidierungsbedarf bei der Entschuldung unter die Arme, allerdings nur - darauf lege ich großen Wert - gegen die Zusage konkreter Konsolidierungsmaßnahmen wie Zusammenschlüsse mit anderen Gebietskörperschaften, Umwandlung in Einheitsgemeinden oder andere Maßnahmen der Haushaltssanierung.

(Zustimmung von Angelika Jahns [CDU])

Ich glaube, wer Leistungen annimmt, muss dafür auch eine Gegenleistung erbringen. Dafür wurden dann auch bis zu 75 % der Liquiditätskredite per Zuschuss - jeweils hälftig aus Landesmitteln und Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs - erlassen.

Ich kann mich erinnern, meine Damen und Herren, dass Sie als ehemalige Opposition das häufig kritisiert haben. Sie haben häufig gesagt, dass die Kommunen diese Mittel gar nicht oder nur sehr zögerlich annähmen. Der Zukunftsvertrag sei für die Kommunen nicht attraktiv. Aber im Gegensatz zu dem, was Sie seinerzeit gesagt haben - Herr Minister Pistorius, auch Sie haben in den letzten Tagen einiges dazu gesagt -, dieser Vertrag sei grandios gescheitert, stelle ich fest: Der Vertrag ist nicht gescheitert. Die Kommunen haben das stärker nachgefragt und in Anspruch genommen, als Sie seinerzeit - als wir alle vielleicht - erwartet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist, denke ich, die Wahrheit. Die Kommunen haben dieses Mittel gerne angenommen - so gerne, dass die kalkulierten Summen bei Weitem nicht ausreichen. Wenn ich Ihre Reden in der Vergangenheit richtig verstanden habe, hätte das eigentlich nicht so weit kommen dürfen. Nicht wahr, Herr Krogmann?

Dieser Erfolg, meine Damen und Herren, muss fortgeschrieben werden, auch um anderen Kommunen mit Stabilisierungsbedarf zu helfen und Entschuldung anzubieten.

(Zustimmung von Angelika Jahns
[CDU] und Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Meine Damen und Herren, wir haben in fast allen Tagungsabschnitten der letzten Monate über viele kommunale Fusionen beschlossen. Das haben wir meistens ohne Aussprache gemacht. Das ging ganz schnell, weil man sich darüber einig war. Nur die damalige Opposition hat immer wieder gesagt, der Zukunftsvertrag sei sozusagen ein erfolgloses Modell. Wir stellen fest: Die Kommunen haben es sehr gerne nachgefragt, haben das Instrument angenommen und sind uns, glaube ich, auch dankbar dafür.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Angelika Jahns [CDU]: Auch die frühere
Opposition hat zugestimmt!)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, in jüngster Zeit sind Sie gefragt worden, was Sie selbst angesichts der Tatsache, dass immerhin 31 Kommunen Verträge mit uns abgeschlossen haben, 35 weitere noch Anträge gestellt haben und 66 Kommunen mit insgesamt 1,26 Milliarden Euro geholfen worden ist, dazu meinen. Sie haben dann gesagt: Das wird zu Ende gemacht, aber das ist schlecht. - Darauf verkürze ich das mal. Ich versuche, Folgendes festzustellen: So ganz passt das ja nicht zusammen. Auf der einen Seite sagen Sie, dass noch Anträge vorliegen. Den Medien konnten Sie ja keinerlei Namen nennen oder Liste geben. Ihnen ist auch die Frage gestellt worden, was Sie am Zukunftsvertrag stört. Man kann ja darüber nachdenken, was ist, wenn es auch Kommunen gibt, die nach dieser Hilfe möglicherweise immer noch keine Perspektiven haben oder diese immer noch schwierig sind. Ich sage Ihnen eines: Gar keine Idee zu haben, wie man den Kommunen in Zukunft hilft, ist für mich auch keine Perspektive.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich glaube, diese Instrumente sollten Sie weiterhin nutzen. Führen Sie den Zukunftsvertrag weiter, schaffen Sie die Grundlagen dazu auch im Haushalt, und verschaffen Sie damit den Kommunen Spielraum, damit sie in Zukunft ihre Entwicklung wieder selbst steuern können, wenn sie teils entschuldet sind!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir stellen uns doch auch angesichts dieser Debatten - darin schließe ich auch die vorangegangene Debatte mit ein - die Frage, wie es in Niedersachsen unter der neuen Landesregierung weitergehen soll. Wir erwarten Antworten. Wir erwarten Taten. Gerade auf der kommunalen Ebene besteht eine durchaus große Verunsicherung, wenn z. B. die Frage der Wiedereinführung der Stichwahl für Sie eine ganz entscheidende kommunalfreundliche Maßnahme ist. Da frage ich mich, was daran kommunalfreundlich ist. Das kostet auch noch zusätzliches Geld. Aber dieses Thema haben wir abgehakt.

Auch die Frage, Herr Minister, dass Sie die Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamten kürzen wollen - - - Ich hoffe, dass Sie die Stimmung beim Städte- und Gemeindebund richtig eingeschätzt haben. Wie ich es sehe, trifft das nicht gerade auf das Wohlwollen der kommunalen Spitzenverbände, zumindest nicht des Städte- und Gemeindebundes und auch nicht der anderen zwei.

(Angelika Jahns [CDU]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, wir sollten hier feststellen, dass es fahrlässig ist, wie ich finde, den Anschein eines Planes zu erwecken und damit wieder auf Zeit zu spielen, bis den einzelnen Kommunen - es sind ja noch viele da, denen es auch nicht gut geht - die Luft ausgeht. Deshalb beantragen wir, dass die Landesregierung angesichts der demografischen und haushalterischen Entwicklung auch weiterhin mit strukturschwachen Kommunen Zukunftsverträge abschließt, Gespräche - in den letzten Tagen ist ja häufig von Gesprächen die Rede gewesen - über interkommunale Zusammenarbeit moderiert und das Leitbild für kommunale Strukturen in Niedersachsen zeitgemäß überdenkt.

Meine Damen und Herren, aus Respekt vor den Leistungen unserer Kommunen, auch gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch aus Respekt vor den Menschen, die in den Kommunen leben, erwarten wir von Ihnen - da spreche ich den Innenminister ganz persönlich an -, endlich greifbare und effektive Vorschläge zu unterbreiten, wie Sie den einzelnen strukturschwachen Kommunen unseres Landes unter die Arme greifen wollen. Das beste Beispiel ist die erfolgreiche Fortsetzung des Zukunftsvertrages.

(Johanne Modder [SPD]: Nein! - Gegenruf von Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sagt doch, was ihr wollt!)

Wenn Sie das nicht wollen, verehrte Frau Modder, dann sagen Sie wenigstens, was Sie wollen. Bisher ist nicht erkennbar, was Sie wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Hiebing. - Zu Wort gemeldet hat sich nun der Kollege Jürgen Krogmann von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Krogmann.

Jürgen Krogmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Bernd-Carsten Hiebing, was Sie zur Bedeutung der Kommunen gesagt haben, kann ich natürlich alles unterschreiben. Aber was ich natürlich nicht unterschreiben kann und will, ist die Grundannahme, die Sie hier ausgebreitet haben, dass der Zukunftsvertrag ein gelungenes landespolitisches Instrument zur Sicherung und Stabilisierung der Kommunen gewesen sei. Diese Annahme ist falsch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Innenminister hat es in der Aktuellen Stunde am Mittwoch deutlich gesagt: Ihr Zukunftsvertrag ist am Ende, er ist gescheitert, er hat, gesehen auf das gesamte Land, die Probleme struktur- und finanzschwacher Kommunen nicht ansatzweise lösen können. Das heißt nicht, Frau Jahns, dass in Einzelfällen in Kommunen keine Verbesserungen erreicht wurden.

(Angelika Jahns [CDU]: Ach, man höre!)

Deshalb haben wir als SPD-Fraktion auch zugestimmt, wenn Gebietszusammenschlüsse von den betreffenden Kommunen vor Ort gewünscht und betrieben wurden. Aber eine Landesregierung, so finden wir, darf sich nicht allein darauf konzentrieren, in einigen Kommunen Verbesserungen zu erreichen, sondern sie muss ein landesweites Konzept haben,

(Beifall bei der SPD)

um die Probleme des demografischen Rückgangs und der mangelnden Finanzkraft sowie der fehlenden Leistungsfähigkeit von Kommunen zu begegnen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Was ist denn das wirksamere Konzept?)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wenn man Verträge abschließt, dann sollte man sie auch halten. Ein wesentliches Ziel des Zukunftsvertrages waren ja die Übertragung und Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene. Da haben Sie sehr große Erwartungen bei den kommunalen Spitzenverbänden geweckt, und dann kam der Frust. Entgegen den Absichtsbekundungen hat sich in den letzten Jahren da gar nichts getan. An der Stelle sind Sie schlicht wortbrüchig geworden.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich, meine Damen und Herren, sollte durch den Zukunftsvertrag die Entstehung leistungsfähiger Kommunalstrukturen befördert werden. Am Ende wollte aber die große Mehrheit der antragstellenden Kommunen nur eins, nämlich die Entschuldung der angehäuften Kassenkredite. Damit wir uns da nicht missverstehen: Wir reden über Kommunen, die über anderthalb Jahrzehnte Kassenkredite angehäuften haben und in einer sehr prekären Finanzlage sind, die quasi vom überzogenen Konto leben. Da greift man nach jedem Strohalm. Das ist verständlich.

Umso unverständlicher ist aus unserer Sicht, dass die Kommunen, denen es am schlimmsten geht, die am schlimmsten betroffen sind, die nicht einmal finanziell in der Lage waren, die Kriterien des Zukunftsvertrages zu erfüllen, überhaupt nicht die Möglichkeit hatten, hier teilzuhaben. Im wahrsten Sinne des Wortes haben Sie diese Kommunen im Regen stehen lassen. Nach dem Motto: Hast du nichts, kriegst du nichts. - So sah Kommunalfreundlichkeit bei Ihnen aus.

(Beifall bei der SPD)

Das Hauptproblem war aber die mangelhafte Finanzierung des Zukunftsvertrages. Sie haben Kommunen motiviert, Anträge zu stellen, die Sie auch entgegengenommen haben, obwohl Sie wissen mussten, dass der Finanzrahmen nicht reichen würde.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Wie soll man das denn wissen?)

Ihr Kommunalminister Schünemann ist quasi mit ungedeckten Schecks durch das Land gelaufen, obwohl er wissen musste, dass das Geld vorne und hinten nicht reichen würde, um alles zu finanzieren. Jetzt müssen wir, jetzt muss der Innenminister sehen, wie er mit diesen geweckten Erwartungen umgeht. Es war aus meiner Sicht ein politischer Scheckbetrug, den Sie dort veranstaltet ha-

ben. Das ist in dieser Form auch klar zu verurteilen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Gipfel der Scheinheiligkeit ist, wie Sie sich jetzt nach der Landtagswahl mit diesem Problem auseinandersetzen. In Ihrer Borkumer Erklärung schreiben Sie:

„Alle bisher auf den Weg gebrachten Anträge müssen zügig beschieden werden. Gegebenenfalls muss das Land hier mehr Geld für entschuldungs- und fusionswillige Kommunen zur Verfügung stellen.“

Das haben wir gerne: Erst das Haus anzünden, und dann am lautesten nach der Feuerwehr schreien. - Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist ein Problem, was Sie geschaffen haben, und wir müssen es jetzt lösen.

Meine Damen und Herren, eins ist aber auch klar: Wenn sich Kommunen bereits daran gemacht haben, diesen nicht einfachen Weg auf sich zu nehmen, und wenn sie auf Zusagen vertraut haben, dann kann man sie nicht im Stich lassen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Ich bin Innenminister Boris Pistorius außerordentlich dankbar, dass er gemeinsam mit dem Kabinett eine pragmatische Lösung gefunden hat. Das schafft Vertrauen bei den betroffenen Kommunen.

Trotzdem bleibt die Bewältigung der von Ihnen hinterlassenen Probleme eine der großen Baustellen, die wir als neue Landtagsmehrheit bzw. die neue Landesregierung vor sich hat. Das werden wir alleine nicht schaffen. Deshalb gilt auch: Wenn die kommunalfeindliche Steuer- und Finanzpolitik in Berlin nicht beendet wird,

(Zuruf von der CDU: Was?)

dann können wir hier Zukunftsverträge abschließen, bis der Arzt kommt, dann werden wir eine nachhaltige Konsolidierung der Kommunalfinanzen nicht erreichen, dann werden die Löcher immer wieder aufreißen. - Also kann man nur sagen: Helfen Sie endlich mit, dass der Staat mehr Einnahmen bekommt! Erst dann wird es uns gelingen, wirklich dauerhaft die Kommunen zu entlasten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]:
Richtig!)

Meine Damen und Herren, mit einem Antrag, der etwas mehr als eine DIN-A4-Seite ausmacht, und drei kurzen Beschlusspunkten, wie Sie sie hier vorgelegt haben, werden wir nicht aufarbeiten können, was CDU und FDP und deren Kommunalminister, Herr Schünemann, in zehn Jahren eingerichtet haben.

Ich kann Sie nur auffordern: Hören Sie auf, sich für die Flops Ihrer Regierungszeit hier noch zu feiern, und beteiligen Sie sich endlich an einer ehrlichen und konstruktiven Debatte

(Björn Thümler [CDU] lacht)

zur Zukunft unserer kommunalen Strukturen! In diesem Sinne freuen wir uns auf die Ausschussberatungen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Krogmann. - Ich schaue einmal nach links. Darf ich bitten, dass auf der Ministerbank nur diejenigen dort Platz nehmen, die dort auch hingehören?

(Zuruf von der SPD)

Das ist so eine alte Regel. Man kann Gespräche auch hinten in den Besprechungsräumen führen.

Meine Damen und Herren, es hat sich nun der Kollege Jan-Christoph Oetjen von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Land Niedersachsen regionale Disparitäten - das ist uns allen bekannt -, was die demografische Entwicklung angeht und damit auch die Aussicht auf die Zukunft. Wir haben auf der kommunalen Ebene unterschiedliche finanzielle Situationen. Es gibt Landkreise, aber auch Städte und Gemeinden, die finanziell so sehr in der Klemme stecken, dass sie allein und ohne fremde Hilfe kaum aus dieser schlechten Situation herauskommen.

Deswegen haben wir uns entschieden, mit dem Zukunftsvertrag diesen Städten und Gemeinden, diesen Kommunen eine Hilfe anzubieten, damit sie

aus dieser misslichen Lage herauskommen können, indem das Land 75 % der Kassenkredite übernimmt. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir legen schon sehr, sehr großen Wert darauf, dass zu der Hilfe auch die Anstrengungen vor Ort kommen. Denn es ist klar: Die, die in diese Situation gekommen sind, müssen auch einen eigenen Beitrag dazu leisten, dass sie aus der Situation wieder herauskommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass der Zukunftsvertrag und die damit verbundene Entschuldungshilfe ein erfolgreiches Modell ist, sieht man an der Zahl der Anträge, verehrte Kollegen und Kolleginnen. Es gab ja vor dem 31. März, also dem Stichtag, geradezu noch einmal einen Run darauf, und es wurden noch kurz vor Feierabend Anträge eingereicht. Deswegen, Herr Kollege Krogmann, ist es unredlich, wenn Sie hier in den Raum stellen, dass die Entschuldungshilfe, der Zukunftsvertrag unterfinanziert gewesen wäre. Denn es war ja überhaupt nicht abzusehen, dass wir noch einen so großen Schwung von neuen Anträgen bekommen würden. Das zeigt aber doch, wie erfolgreich und wie gut das Instrument gewesen ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und zeigt nicht, dass es gescheitert ist, wie Sie das hier behaupten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

Ich möchte an der Stelle deutlich machen: Die Regelung, die der Innenminister jetzt vorgeschlagen hat, die 35 Millionen Euro schlank ein paar Jahre zu verlängern - ich glaube, es sind zwölf Jahre, wenn ich das richtig im Kopf habe, oder bis zu zwölf Jahren -, ist, wie ich finde, die richtige Antwort darauf, wie diese Anträge für die Zukunft abgearbeitet werden können. Von daher unterstützen wir das.

Ich will aber auch sagen, dass die Kritik, die hier vonseiten der SPD und gerade auch noch einmal vom Kollegen Krogmann angebracht wurde, dass der Zukunftsvertrag ungesteuert, also ohne Gesamtsschau, im Land Niedersachsen agiert, so lange ins Leere läuft, Herr Kollege, wie Sie hier kein eigenes Konzept vorlegen.

(Zustimmung bei der FDP)

Ich sage das hier noch einmal sehr, sehr deutlich. Auch gerade haben Sie wieder lange geredet, aber wenig gesagt. Wir warten auf die klaren Positionen der Sozialdemokraten an dieser Stelle dazu, wie

es in der Zukunft weitergehen soll. Solange Sie keine eigenen Vorschläge machen, ist der Zukunftsvertrag das beste und das effektivste Mittel, das uns hier zur Verfügung steht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Gelddruckmaschine, oder was?)

Sie können natürlich, wie es die CDU vorschlägt, das Leitbild überarbeiten. Aber in den 70er-Jahren war diese Leitbildüberarbeitung die Vorbereitung auf eine neue Gebietsreform von oben.

Ich sage hier sehr klar für meine Fraktion: Die FDP lehnt eine Gebietsreform von oben ab. Die Bewegung muss von unten kommen, muss von den Gemeinden ausgehen. Denn nur wenn Bereitschaft vor Ort vorhanden ist, kann eine solche Gebietsveränderung erfolgreich sein, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie das nicht mit dem Instrument der Entschuldungshilfe machen wollen, ist die andere Alternative, dass Sie den kommunalen Finanzausgleich aufstocken. Darauf hätte ich dann gern die Antwort: Wollen Sie das? Wollen Sie den Kommunen einfach mehr Geld zur Verfügung stellen? - Das kann man machen. Aber dann sagen Sie hier ganz klar, dass Sie die Verbundquote erhöhen wollen. Jedoch auch dazu bislang keine Aussage!

Von daher werden wir uns mit dem Antrag der Unionsfraktion sehr konstruktiv auseinandersetzen. Der Antrag geht in die richtige Richtung. Klar ist: CDU und FDP haben zumindest eine Antwort. Die SPD stochert hier weiter im Nebel.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Oetjen. - Das Wort hat Herr Kollege Onay von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Ihr Antrag fängt zunächst ganz gut an. Denn wenn die CDU in ihrem Antrag davon spricht, dass es in den letzten

Jahren zu einer Aufgabenexpansion der kommunalen Dienste und Verwaltungen kam und gleichzeitig die dafür notwendigen Mittel vielen Kommunen nicht zur Verfügung stehen, dann hat sie insoweit recht. Aber ich glaube, man muss sich auch klarmachen, woran das liegt. Wenn man sich anschaut, wie das Abstimmungsverhalten von Schwarz-Gelb im Bundesrat bei sämtlichen Steuerensenkungen in den letzten Jahren war, dann kann man schnell erfahren, dass z. B. die Zustimmung zum schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetz Ende 2009 das Land und die Kommunen bisher 1,2 Milliarden Euro gekostet hat. Ich sage das nur, um einmal die Dimension deutlich zu machen.

Sie sprechen außerdem in der Überschrift zu Ihrem Antrag von „Stillstand“. Davon kann gar keine Rede sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn die Stichwahl - die hatten Sie auch schon erwähnt - ist bereits gekommen. Herr Boris Pistorius, der Innenminister, hatte es am ersten Tag bereits angekündigt. Modernisierung des Kommunalverfassungsrechts, Stärkung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - alles regional-spezifisch und mit den Akteuren vor Ort. Das wurde in den Koalitionsverhandlungen vereinbart und steht im Koalitionsvertrag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zum Zukunftsvertrag hat Herr Krogmann schon sehr ausführlich und sehr gut, wie ich finde, Stellung bezogen. Sie sprechen in dem Zusammenhang - oder Sie haben das erwähnt, Herr Hiebing - von Verantwortungslosigkeit. Das ist schon brisant, wenn man sich überlegt - Herr Oetjen hat auch das noch einmal angesprochen -, welcher Run zuletzt kam. Wenn man natürlich bei einem leeren Topf durchs Land zieht und die Werbetrommel für einen Topf schlägt, der nicht mehr voll ist, dann braucht man sich über einen solchen Run nicht mehr zu wundern.

(Christian Grascha [FDP]: Wer hat das denn gemacht?)

Und genau das ist verantwortungslos, meine sehr geehrten Damen und Herren. Insofern möchte ich mich auch beim Innenminister Boris Pistorius dafür bedanken, dass er sehr verantwortungsvoll eine Lösung vorgelegt hat, die die Kommunen nicht im Regen stehen lässt. Wir müssen jetzt leider die Suppe auslöffeln. Aber dabei geht Herr Boris Pistorius sehr verantwortungsvoll vor, wie ich finde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Als Letztes gehen Sie auf moderierte Gespräche ein. - Ja, das ist im Grunde auch in unserem Sinne. Aber auch dazu hat heute früh der Ministerpräsident Stephan Weil im Rahmen der Regionalentwicklung deutlich gemacht, wohin die rot-grüne Landesregierung möchte, nämlich zu Vor-Ort-Dialoge. Es sind bereits Regionalkonferenzen für den Herbst angekündigt. Daraus sollen Konzepte entwickelt werden. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch unser Leitfaden. Wir werden im Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort - nicht von oben! - die notwendigen Reformen und Lösungen finden.

Insofern freue ich mich auf die Debatte im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Wie sehen die Lösungen denn aus?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Kollege Onay. - Das Wort hat jetzt der Innenminister Boris Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU/FDP-Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben im Jahr 2009 eine gemeinsame Erklärung zur Zukunftsfähigkeit - so hieß es - der niedersächsischen Kommunen unterzeichnet, den sogenannten Zukunftsvertrag. Die hierauf basierenden Zukunftsverträge sind über einen Zeitraum von zehn Jahren abgeschlossen worden. Darauf will ich heute Morgen noch einmal hinweisen, meine Damen und Herren.

Insoweit ist nämlich eine abschließende Bewertung des Erfolgs dieser Verträge erst dann möglich, wenn sich die Haushalte der Vertragskommunen tatsächlich dauerhaft erholen und stabilisieren. So weit sind wir aber noch lange nicht, meine Damen und Herren.

Mit dem vorliegenden Antrag erfolgt somit so etwas Ähnliches wie eine durchaus übereilte, vorschnelle Bewertung des Zukunftsvertrages, bei der mehr der Wunsch der Vater des Gedankens ist.

In manchen Fällen erinnern mich die Zukunftsverträge an den Wasserschaden im Keller nach einem Starkregenereignis: Man legt den Keller trocken und vergisst dann, das Kellerfenster zu schließen. - Das ist nicht immer die beste Lösung, um zu verhindern, dass der Keller wieder vollläuft.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Dafür gibt es ja Vereinbarungen!)

- Ja, auf die Vereinbarungen komme ich zu sprechen, Herr Oetjen.

Es bleibt also abzuwarten, ob mit den abgeschlossenen Verträgen, insbesondere mit den Verträgen ohne Strukturveränderungen, wirklich nachhaltige Veränderungen erzielt werden konnten und können.

Ich will das einmal an zwei Zahlen deutlich machen, meine Damen und Herren:

Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode Zukunftsverträge mit einem Volumen von rund 950 Millionen Euro abgeschlossen. Wenn ich Sie jetzt fragen würde, was Sie glauben, wie das Verhältnis der Zukunftsverträge, die eine Fusion, die eine Strukturveränderung und anderes zum Gegenstand hatten, zu denjenigen ist, die nur Eigenentschuldung zum Gegenstand hatten, was würden Sie dann wohl antworten? - Ich wäre nicht überrascht, wenn Sie dabei von völlig falschen Zahlen ausgingen - ohne böse Absicht, versteht sich.

Tatsächlich stellt sich das Verhältnis wie folgt dar, meine Damen und Herren: Rund 220 Millionen Euro von den 950 Millionen Euro entfallen auf Beiträge, die für Zukunftsverträge im Kontext mit Fusionen - übrigens überwiegend von Einheitsgemeinden, Samtgemeinden, Teilgemeinden und dergleichen mehr - zustande gekommen sind. Der ganz überwiegende Teil, nämlich rund 720 Millionen Euro, sind in reine Eigenentschuldungen geflossen. Die Fusion der Landkreise Osterode und Göttingen ist dabei noch nicht einmal eingerechnet.

Also, meine Damen und Herren, wird deutlich: Der hehre Anspruch, den der Zukunftsvertrag hatte, ist nicht erfüllt. Deshalb habe ich Zweifel, ob in zehn Jahren die Bilanz wirklich so gut aussieht, wie Sie sich das wünschen. Auch ich würde es mir ja wünschen.

Aus meiner Sicht können die Zukunftsverträge nur ein erster kleiner Schritt sein. Die im Zukunftsvertrag übrigens richtigerweise verankerte Initiative

zur intensiveren Strukturförderung hat die frühere Landesregierung trotz vieler Absichtserklärungen nicht im Ansatz verwirklichen können, meine Damen und Herren. Sie haben sich bei den Kommunen auf das Sparen beschränkt, ohne ihnen Luft für eine Entwicklung zu lassen.

Herr Oetjen, Sie haben ja recht: Natürlich freuen sich - das habe ich auch nie bestritten - viele Kommunen, die in den Genuss eines Zukunftsvertrages zur reinen Eigenentschuldung gekommen sind, über die Entlastung - selbstverständlich. Aber festzuhalten ist doch, welcher Preis dafür zum Teil bezahlt wird. Wenn die freiwilligen Leistungen, die zum Teil mitentscheidend dafür sind, wie attraktiv eine Region, eine Kommune ist, auf 2 % oder Ähnliches gedeckelt werden, jede Entwicklungsperspektive quasi beschnitten wird, was ist dann die Perspektive, die Zukunft der Kommune, wenn sich gleichzeitig strukturell nichts ändert?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Antrag werden zu Recht auf Niedersachsen zukommende Herausforderungen beschrieben. CDU und FDP hatten allerdings - das muss erwähnt bleiben - zehn Jahre Zeit, das alles anzupacken. Nichts davon ist passiert. Wir haben keine veränderten Strukturen in nennenswertem Umfang, sondern stehen vor einem Stückwerk, das Sie hinterlassen haben.

Sie haben auf der einen Seite ein Modell entwickelt, das daran krankt, dass viele Kommunen die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen. Diesen Kommunen geht es nämlich finanziell entweder noch nicht schlecht genug, oder es geht ihnen zu schlecht, sodass sie selbst mithilfe des Landes nicht wieder auf die Beine kommen.

Auf der anderen Seite haben Sie ein Instrument entwickelt, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Ich wiederhole meine Ausführungen dazu: Der Finanzminister hat ohne Not einen zeitlichen und damit einen finanziellen Deckel auf diesen Zukunftsvertrag gelegt. Das bedeutet, dass wir jetzt das Problem haben, diesen Zukunftsvertrag zu Ende finanzieren zu müssen. Ich wiederhole: Wir machen ihn uns nicht zu eigen. Ich wiederhole: Wir werden ihn nicht verlängern. Ich wiederhole: Diese Beträge belasten das Land Niedersachsen möglicherweise bis ins Jahr 2041.

Ich sage aber auch: Es ist trotzdem richtig - nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil es um Vertrauensschutz für die Kommunen im Lande Niedersachsen geht. Sie haben auf Ihre Zusagen

vertraut und können nicht dafür haftbar gemacht, dass Sie die Finanzierung vernachlässigt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, es liegt eine Bitte um Zulassung einer Zwischenfrage vor, vom Kollegen Hillmer.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr gerne.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, können Sie bestätigen, dass die Verhandlungen mit den Kommunen im Rahmen des Zukunftsvertrages insofern angenehmer durchzuführen sind als im Bedarfszuweisungsverfahren, als im Bedarfszuweisungsverfahren eine sehr starre Grenze von 3 % für die freiwilligen Aufgaben gesetzt wurde und im Gegensatz dazu die Kommunen im Zukunftsvertragsverhandlungsverfahren durchaus Möglichkeiten hatten, auch in anderen - nicht freiwilligen - Bereichen Einsparungen anzubieten und zu generieren, um sich damit mehr als 3 % freiwillige Ausgaben zu erhalten?

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Der erste wesentliche Unterschied, Herr Hillmer, ist der, dass bei den Bedarfszuweisungen jede Kommune - auch diejenigen, die für den Zukunftsvertrag zu arm waren - zum Zuge kommen konnte. Das ist schon einmal ein ganz wesentlicher, struktureller Unterschied.

Was die Verhandlungssituation angeht: Bei den Bedarfszuweisungen geht es in der Regel um wesentlich kleinere Beträge als bei den Zukunftsverträgen, jedenfalls in den kleinen Gemeinden. Deswegen verbietet sich der Vergleich. Natürlich ist jede Verhandlung darüber, Geld zu bekommen und dafür Gegenleistungen zu erbringen, für die betroffenen Kommunen wenig erfreulich.

Um aber darauf zurückzukommen, worum es in Zukunft gehen muss: Es muss darum gehen, die Kommunen gar nicht erst wieder in die Situation kommen zu lassen, dass sie auf solche Hilfen angewiesen sind. Sie haben doch in den vergangenen zehn Jahren die Kommunen im Grunde genommen verhungern lassen, um sie dann mit dem

Zukunftsvertrag an den Tropf zu hängen. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kommunen haben einen Anspruch darauf, in ihrer Selbstverwaltung gestärkt zu werden. Dazu gehören dann eben Maßnahmen wie das kommunale Wirtschaftsrecht. Herr Oetjen, ich freue mich über Ihre kommunalfreundliche Grundeinstellung. Aber gerade die FDP ist es doch in der Vergangenheit immer wieder gewesen, die den Kommunen ihre bescheidenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung beschnitten hat. Es muss doch darum gehen, den Kommunen in dem Kontext, in dem sie heute wirtschaftlich tätig sind, die notwendigen Freiräume zu lassen, damit sie sich in der Zukunft behaupten können.

Wir jedenfalls sind zum Dialog bereit. Wir haben im Koalitionsvertrag einiges dazu ausgeführt. Die Regierungsvertretungen werden eingebunden. Wir werden jede Initiative unterstützen, die sich mit Fusionen beschäftigt. Wir werden mit jedem einen moderierten, unterstützenden Prozess führen, der das wünscht. Wir werden Anregungen dazu geben. Aber anders als Sie werden wir die Kommunen definitiv nicht im Regen stehen lassen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Jan-Christoph Oetjen, anderthalb Minuten!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, erstens glaube ich nicht, dass leichte Änderungen im Kommunalwirtschaftsrecht irgendwelche Grundprobleme von Kommunen lösen, die strukturell überschuldet sind.

(Zustimmung bei der FDP - Minister Boris Pistorius: Das glaube auch ich nicht!)

Zweitens. Ich bedaure, dass Sie hier im Wesentlichen retrospektiv gesprochen und keinen Blick in die Zukunft gewagt haben. Wir sind darüber einig, dass wir Kommunen am besten gar nicht erst in eine solche Lage kommen lassen sollten. Aber wir

haben Kommunen, die schon in einer solchen Lage sind, und andere drohen wieder in eine solche Lage zu kommen.

Deswegen frage ich hier ganz konkret: Möchten Sie die Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich erhöhen, damit die kommunale Ebene insgesamt mehr Geld zur Verfügung hat?

(Petra Tiemann [SPD]: Es ist keine Fragestunde mehr!)

Wie stehen Sie zum Vorschlag der Union, das Leitbild zu überarbeiten? Wollen Sie im Anschluss an eine Leitbildüberarbeitung - regional oder aufs ganze Land bezogen - eine Gebietsreform anschieben?

Ich möchte hier einfach einmal Antworten der Landesregierung auf die Frage haben, was konkret ihre Pläne sind. Es genügt mir nicht, wenn Sie retrospektiv arbeiten und nicht sagen, was Sie in Zukunft vorhaben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Auch die CDU-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich gewähre zwei Minuten. Der Herr Minister wird dann eventuell noch antworten. Aber erst einmal hat Frau Jahns das Wort.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, wir haben Ihre Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen und freuen uns darauf, dass Sie Vorschläge machen werden und den Kommunen im Dialog anbieten, strukturelle Veränderungen - hoffentlich auch finanziell - positiv in die Wege zu leiten.

Aber ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen, dass wir in den vergangenen Wochen oft über dieses Thema gesprochen haben, dass viele Kommunen die Frage gestellt haben, was denn eigentlich aus dem Zukunftsvertrag wird, und dass Sie sich mit der Antwort lange Zeit gelassen haben, obwohl Sie im Koalitionsvertrag hierzu Ausführungen gemacht haben. Aber am Dienstag haben Sie dann aufgrund der Beratung unseres Antrages im Plenum eine Pressekonferenz veranstaltet und dort schon einmal darauf hingewiesen, dass Sie aktiv werden wollen. Ich denke, das haben wir mit unserem Antrag gut gemacht.

(Johanne Modder [SPD]: Ja, wir warten immer auf eure Anträge! Angelika, das glaubst du doch selber nicht!)

Wir werden natürlich positiv in die Zukunft blicken, wenn Sie letztendlich auch uns begleiten und in die Verhandlungen einbeziehen. Ich glaube, dass wir mit den guten Erfahrungen, die wir mit dem Zukunftsvertrag gemacht haben, dazu beitragen können, dieses Land zu unterstützen und positiv zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Ihr habt keine Probleme gelöst!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Auch die SPD-Fraktion bekommt zwei Minuten Redezeit. Herr Kollege Krogmann!

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Er hat auch nichts dazu gesagt, wie Sie in der Zukunft vorgehen wollen!)

Jürgen Krogmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die Ausschussberatungen nicht vorwegnehmen und will hier nicht inhaltlich argumentieren. Ich brauche auch keine zwei Minuten. Aber eines geht mir, ehrlich gesagt, doch ein wenig auf die Nerven: Wir haben gerade in der Debatte ganz klar gehört, dass Sie hier ein großes Problem erzeugt haben. Sie haben nämlich eine Menge von Erwartungen geweckt und null Lösungsmöglichkeiten in der Finanzierung geboten, die über das Bestehende hinausgehen. Genau das ist das Problem, vor dem wir jetzt zunächst einmal stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Es ist doch wirklich so: Wenn Sie ein Grundstück übernehmen, auf dem eine Bruchbude steht, und Sie ein neues Haus bauen wollen, dann kommen Sie nicht umhin, erst einmal die Bruchbude zu beseitigen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wie reden Sie denn über die Kommunen? Das sind doch keine Bruchbuden!)

Ihr Zukunftsvertrag ist, wenn man es hart betrachtet und an den Ansprüchen misst, die Sie selber am Anfang formuliert haben, eine Bruchbude. Das muss ich leider ganz deutlich sagen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Welche Kommunen meinen Sie denn?)

Dass Sie hier schon jetzt - nach acht, neun oder zehn Wochen unserer Regierung - fertige Konzepte erwarten, ist so etwas von scheinheilig! Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das sollten wir an dieser Stelle noch einmal ganz klar festhalten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Janssen-Kucz vom Bündnis 90/Die Grünen bekommt anderthalb Minuten Redezeit. Herr Minister, danach haben Sie das Wort.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Noch einmal zu Ihrem Antrag: Was steht darin? - Darin steht, dass wir den Zukunftsvertrag fortsetzen sollen.

Wir finanzieren gerade mit großen Mühen bis 2041 die Anträge aus, deren Bewilligung Sie noch überall versprochen haben, ohne dass es strukturelle Veränderungen gegeben hat.

Was Sie fordern, heißt, dass wir den nächsten Generationen über 2041 hinaus weitere Schulden aufbürden sollen. Wollen Sie das wirklich? Seien Sie doch einmal ehrlich!

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Die Schulden sind doch schon da, auf der kommunalen Ebene!)

Zu der Zukunftsperspektive: Lieber Kollege von der FDP, heute Morgen hat der Ministerpräsident anderthalb Stunden auf Ihre Fragen geantwortet

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: De eenen seggt so, de annern seggt so!)

und diese Perspektive skizziert. Wir werden die Zukunftsperspektive zusammen mit den Kommunen im Dialog entwickeln - ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Leitbild - und nicht nur Löcher stopfen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ich will hier nicht anfangen, in Sachen Zukunftsvertrag in Richtung Cuxhaven zu schauen. Wie wurden manche Kommunen von Ihnen - von Herrn

Schünemann - geknebelt - keine freiwillige Ausgaben mehr -, während Sie Ihre Hände über andere Kommunen - Beispiel Cuxhaven - gehalten und sie laufen lassen haben! Sie haben die doch in den Ruin getrieben!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Eine Sekunde! Wollen Sie noch - - - Sie ist schon weg. Eine Zwischenfrage ist nicht mehr möglich.

Jetzt hat der Innenminister das Wort. Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Erfolg, liebe Frau Jahns, hat bekanntlich viele Väter und Mütter, der Misserfolg ist ein Waisenkind. Bei dem Misserfolg des Zukunftsvertrages ist es ein bisschen anders - er hat Väter und Mütter. Der Erfolg des Zukunftsvertrages, die Fragen, wie wir ihn zu Ende finanzieren und ob und wann wir das verkünden, hat natürlich viele Väter. Sie gehören sicher nicht dazu; denn wir hatten dieses Vorhaben bereits geklärt. Wir wollten es nur nicht in der Landtagswoche untergehen lassen. Deswegen war die Absicht, es danach zu machen; gewissermaßen als Geschenk für die Kommunen, die sich in die Sommerpause verabschieden.

Dann kam Ihr Antrag, und dann haben wir gesagt: Wir ziehen es vor und erklären der Öffentlichkeit, wie schnell und sorgfältig wir gearbeitet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch hinzufügen: Sie haben immer darauf gepocht, dass mit dem Zukunftsvertrag Tolles geleistet worden ist. Was dabei aber immer gerne verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass Sie es nicht alleine finanziert haben; ebenso wenig wie wir es jetzt alleine finanzieren. Sie beteiligen die Kommunen daran zur Hälfte mit. Das heißt, das ist ein Vorab aus dem Finanzausgleich, der den Kommunen dann leider weiterhin fehlen wird, weil wir uns in der Pflicht sehen, diesen Vertrag zu Ende zu finanzieren.

Herr Oetjen hat vorhin davon gesprochen, es müsse schon deshalb ein Erfolgsmodell sein, weil die Kommunen so fleißig Anträge gestellt haben.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Die hatten Angst, dass ihr ihn abschafft!)

Ich will einmal so viel sagen: In anderen Lebenszusammenhängen gibt es ein Phänomen, das man Torschlusspanik nennt. Das war hier die Situation. Der 31. März droht, also stellen wir noch einmal einen Antrag. Es ist besser, ein paar Millionen Euro Eigenentschuldung als gar nichts zu bekommen. Mal gucken, wie wir aus den Verhandlungen herauskommen, und ob wir noch Geld bekommen. - Das war die Reaktion, und keineswegs aus Begeisterung über den Zukunftsvertrag.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung, Herr Oetjen: Sie haben nach der Diskussion „Gebietsreform von oben“ gefragt. Dazu gibt es klare Äußerungen sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von mir und, wenn ich mich recht entsinne, im Koalitionsvertrag. Es wird keine Gebietsveränderung von oben geben. Deswegen erübrigt sich auch eine tiefgehende Diskussion über Leitbilder. Man kann über Leitbildkriterien diskutieren, aber nicht am grünen Tisch, sondern mit den kommunalen Spitzenverbänden: Was stellen wir uns denn darunter vor? Was empfehlen wir den Kommunen, wenn sie über Fusion und Strukturveränderung reden?

Aber dass wir wirklich eine umfassende Leitbilddiskussion brauchen, davon bin ich nicht mehr überzeugt, weil sie nämlich genau zu dem Missverständnis führt, das Sie gerade beschrieben haben. Wer eine Leitbilddiskussion tiefgehend führt, wird am Ende vor die Frage gestellt werden, was er denn dann damit macht. Und wir wollen keine Gebietsreform von oben. So wie Sie sie zehn Jahre nicht gemacht haben, lehnen wir sie auch ab. Was wir wollen, sind freiwillige, moderierte, strukturierte und sinnvolle Gebietsveränderungen, die von unten initiiert werden und die wir begleiten und unterstützen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer das möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist die Ausschussüberweisung so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 46:

Erste Beratung:

Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/274

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Gabriela König gemeldet. Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Gabriela König (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich entschlossen, die Mittel für den Verkehr umzuschichten. Sie nennt das eine grundlegende verkehrspolitische Umorientierung. Für mich ist das eher eine Umerziehung.

Die Bedeutung für unser Land ist gravierend. Wer in der Stadt wohnt und dort arbeitet, ist fein raus. Aber was geschieht denn eigentlich in der Fläche? Wir sind ja schließlich ein Flächenland. Was ist mit all den Menschen, die jeden Tag zu ihrem Arbeitsplatz pendeln?

Nun könnte man meinen, die können doch ebenso gut mit dem ÖPNV bzw. dem SPNV, den Rot-Grün ja bevorzugt, fahren. Nicht umsonst sprechen Sie immer von einem „Reaktivieren von Bahnstrecken“, auch wenn dies in vielen Fällen keinerlei Wirtschaftlichkeit aufweist und tagsüber häufig genug ausschließlich heiße Luft transportiert wird. Fragen Sie mal die Landesnahverkehrsgesellschaft, die kann Ihnen eine Menge Strecken nennen, bei denen das so läuft.

Sie wollen also den Verlust von 30 % der Mittel für unseren kommunalen Straßenbau nicht kompensieren. Den Kommunen werden damit rund 25 Millionen Euro verwehrt, und der Bau von Orts-

durchfahrten, Kreis- und Gemeindestraßen, Brückenbauwerken, Geh- und Radwegen wird nicht mehr finanziert.

Wer eine Verschiebung der Mittel in einem Verhältnis von 60 : 40 gegen die Straße vornimmt, der muss wissen, dass er damit die Familien und besonders die arbeitende Bevölkerung belastet. Meine Damen und Herren, ich mache das an einem Beispiel fest: Wenn eine Mutter von zwei kleinen Kindern morgens zur Arbeit fährt, dann bringt sie in der Regel vorher die Kinder in die Krippe, in den Kindergarten oder in die Grundschule.

(Zuruf von den GRÜNEN: Manchmal macht das auch der Vater!)

In den seltensten Fällen liegen diese Institutionen direkt nebeneinander. Und die Öffnungszeiten dieser Einrichtungen sind selten genug so nacheinander gelegt, dass man alle zwischen 7 und 8 Uhr abfahren kann. Wenn dann auch noch der Arbeitsbeginn der Mutter in dieses Zeitfenster fällt, wird es schon sehr hektisch. Versuchen Sie einmal, dies mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen, auf dem Rückweg eventuell auch noch mit der Option, einzukaufen.

(Zustimmung bei der CDU)

Solche Strecken mit dem Pkw abzufahren, ist unerschwer schaffbar, aber mit dem ÖPNV und erst recht mit dem SPNV ist das absolut nicht zu schaffen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie stehlen darüber hinaus diesen engagierten Familien einen riesigen Teil ihrer Freizeit.

In einem Flächenland wie Niedersachsen brauchen wir die Landes- und Kreisstraßen daher mehr als die Straßen in den Großstädten. Flexibilität ist eine der größten Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das kann Ihre Ideologie nicht leisten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Fahren Sie beispielsweise einmal von Hambühren, Wietze oder Winsen nach Hannover. Mit dem Auto werden Sie im Allgemeinen eine gute halbe Stunde unterwegs sein. Das bedeutet eine Stunde Fahrzeit am Tag. Und dann fahren Sie einmal mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich garantiere Ihnen: Sie brauchen mehr als die doppelte Zeit. Und Kinder irgendwo abzuliefern, schaffen Sie auf

dieser Tour überhaupt nicht. Wie wollen Sie das denn auch noch bewerkstelligen?

(Zustimmung bei der CDU)

Kindergärten und Schulen liegen nicht an der Bahnstrecke. Wenn Kinder dorthin gebracht werden müssen, kann das also überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Unsere bis zu 75 % vom Land geförderten verkehrswichtigen Projekte, die auch optimale wirtschaftliche Entwicklungen nach sich zogen, unterliegen einer essenziellen Bedrohung. Unser Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wirbt auf seiner Internetseite noch mit dem Slogan:

„In einem Flächenland wie Niedersachsen sind die Landesstraßen zusammen mit den Bundesfernstraßen Garant und Rückgrat für die Mobilität der Menschen und den Transport von Gütern bis in den kleinsten Winkel des Landes.“

Diesen Slogan sollten Sie besser schnell entfernen und durch folgenden Slogan ersetzen: Der ÖPNV ist uns lieb und teuer. Passen Sie sich an! Ziehen Sie an den nächstgelegenen Bahnhof oder gleich in die Stadt!

(Zustimmung bei der CDU)

Auch die IHK hat längst begriffen, wo die Gefahr für unsere Unternehmen lauert. Ich zitiere:

„Auch wenn die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen, müsse die Hauptlast im Verkehr auch zukünftig die Straße tragen, dieser Meinung seien über 80 % der Befragten. ‚Rein politisch motivierte Verkehrsverlagerungen von der Straße auf Schiene oder Wasserstraße drohen am Bedarf der Wirtschaft vorbeizugehen‘, warnt Jahn.“

Dem kann ich nur beipflichten. Niedersachsen ist ein bedeutender Logistikstandort und muss es auch weiterhin bleiben. Das sind wir allein den Häfen schuldig.

Sie schimpfen über schlechte Straßen und rätseln über das Aussterben der Dorfzentren. Tun Sie etwas dagegen, und verlassen Sie den Irrweg! Bauen Sie Ortsumgehungen, Kreisel und Radwege! Ihre Ideologie schadet dem Wirtschaftsstandort genauso wie den Menschen in unserem Flächenland. Stellen Sie sich den Bedürfnissen der überwiegenden Anzahl der Menschen, und machen Sie

keine Politik auf dem Rücken der Familien. Die haben genug Probleme damit, Familie und Beruf zu vereinbaren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Investieren Sie die 212 Millionen Euro, die wir jährlich bis 2019 vom Bund bekommen - sie wurden gerade zugesagt -, in die richtige Infrastruktur, so, wie es alle Verbände fordern und für das Wohl der arbeitenden Menschen und unserer Wirtschaft hier in Niedersachsen. Heiße Luft zu befördern, kann nicht nur teuer werden, sondern auch lähmen, während heißer Asphalt schnell erkalte, hart wird und damit die immens wachsenden Verkehre sicher trägt - egal ob Güterverkehre, Personenverkehre oder Radverkehre.

Das ist die richtige Investition in die Zukunft. Das trägt auch. Das wird unseren Wirtschaftsstandort stärken und die Familien vernünftig berücksichtigen. Tun Sie etwas! Die Ideologie, die Sie im Moment vertreten, bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Will das Wort.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau König, Sie haben hier den ÖPNV skizziert und niedergemacht. Dazu kann ich nur sagen: Es waren Sie, die ihn in diesem Land so hinterlassen haben. Sie tragen die Verantwortung dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben einen Popanz aufgebaut, dass ländliche Räume vernachlässigt würden. Das heißt, Sie haben heute Morgen bei der Rede des Ministerpräsidenten nicht zugehört. Denn er hat ausführlich über die ländlichen Räume gesprochen, über Mobilitätssicherung für die ländlichen Räume und über die Bedeutung der demografischen Entwicklung.

(Gabriela König [FDP]: Darüber hat er gar nicht gesprochen! - Zuruf von Karl-Heinz Bley [CDU])

Das alles haben Sie anscheinend nicht zur Kenntnis genommen. Aber wir merken es schon seit Monaten, Herr Bley: Die Infrastrukturanträge der Opposition geistern derzeit nur noch im Bereich

Straße herum. Gleich zu Anfang ging es um die A 20 und die A 39. Gestern war die Straße auch wieder Thema einer Dringlichen Anfrage. Und jetzt kommt der Hinweis, dass die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz in erster Linie für den Bau von Straßen einzusetzen seien.

(Zuruf von Karl-Heinz Bley [CDU])

- Herr Bley, Sie können nur Straße, Sie können nur Beton. Aber wer sich die Landesstraßen im eigenen Aufgabenbereich einmal anschaut, der stellt fest, dass sie in einem katastrophalen Zustand sind. Das ist alles unter Bedarf; Sie haben keine ausreichende Vorsorge z. B. für die Auswirkungen starker Winter getroffen. Die haben Sie gar nicht zur Kenntnis genommen! Sie haben keine Vorsorge dafür getroffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Gabriela König [FDP]: Und Sie wollen das noch weiter zurückfahren! - Ulf Thiele [CDU]: Deswegen streichen Sie die Mittel! Das ist interessant!)

Meine Damen und Herren, von einer integrierten Verkehrspolitik sind Sie noch meilenweit entfernt.

Wie sieht nun die Realität um die GVFG-Mittel eigentlich aus? - Sie haben einen völlig maßlosen Mitteleinsatz für die Straße organisiert und binden damit erhebliche Mittel auch für die nächsten Haushaltsjahre. Zu Beginn des Jahres wurden Maßnahmen freigegeben, die derzeit über 205 Millionen Euro allein für den Straßenbau laufende und noch abzurechnende Vorhaben rechtlich binden. Gut drei Jahrestanchen der für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung stehenden Mittel würden rechnerisch benötigt, um die Vorbelastungen für den kommunalen Straßenbau insgesamt zu finanzieren.

(Heinz Rolfes [CDU]: Die habt ihr ja sicher beantragt!)

Damit ist noch keine einzige neue Baumaßnahme bewilligt. Sie haben weit über den Haushaltsansatz wieder einmal Mittel aus zukünftigen Haushalten verfrühstückt. 2013 standen Gesamtmittel in Höhe von 123 Millionen Euro zur Verfügung. Das wollen wir 2014 wiederholen. Davon gehen nach der derzeitigen Mittelaufteilung in diesem Jahr 75 Millionen Euro in den Straßenbau und lediglich 50 Millionen Euro in den ÖPNV. Von Mittelknappheit kann also überhaupt nicht die Rede sein.

(Gabriela König [FDP]: 75 Millionen! Das ist eine ganze schöne Unterfinanzierung!)

Im nächsten Jahr werden nach unseren Planungen immer noch Mittel in Höhe von 68 Millionen Euro in den Straßenbau gehen. Der ÖPNV soll dann allerdings 55,5 Millionen Euro erhalten. Das heißt, die Umschichtung der Mittel von bisher 60 % für den kommunalen Straßenbau und 40 % für den ÖPNV hin zu einer Quote von 40 : 60 erfolgt schrittweise. Insofern kommt es für den kommunalen Straßenbau zu einem Anpassungsprozess über mehrere Jahre. Die Kommunen und Bewilligungsbehörden haben damit ausreichend Zeit, die Planungen ihrer Bauvorhaben bzw. die Förderung auch neuer Schwerpunkte im ÖPNV in Ruhe den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

(Jens Nacke [CDU] lacht)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Will, ich darf Sie fragen, ob der Kollege Miesner Ihnen eine Zwischenfrage stellen darf.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Nein. Ich möchte jetzt ausführen. - Eine seit 2005 bestehende Ungleichbehandlung und Schlechterstellung des ÖPNV wird durch die schrittweise Umschichtung endlich aufgehoben. Die Botschaft aber lautet: Den Regionen in Niedersachsen wird kein Landesgeld beim GVFG vorenthalten. Allerdings werden die Fördermöglichkeiten im Rahmen des ÖPNV erweitert. Ihr „Weiter so!“ hilft angesichts der demografischen Entwicklungen und Herausforderungen und Herausforderungen einer modernen Verkehrspolitik, die wirklich Mobilität sichernd ist und alle Regionen Niedersachsens mitnimmt, eben nicht weiter.

(Gabriela König [FDP]: Sie ist eben nicht Mobilität fördernd!)

Ihr Antrag ist einseitig auf Straße ausgerichtet und in vielerlei Hinsicht zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Axel Miesner [CDU]: Wo bleiben die Radwege, Herr Will?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Will. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Ernst-Ingolf Angermann, dem ich das Wort erteile.

Ernst-Ingolf Angermann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rot-grüne Landesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vorgenommen, die Mittelanteile aus dem Entflechtungsgesetz zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs zu verschieben. Was bedeutet das? - Bereits seit 1967 werden von den Ländern und vonseiten des Bundes Mittel für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Diese können sodann diese Zuschüsse entsprechend aufteilen. Bisher standen dafür 123 Millionen Euro zur Verfügung. Ich bin froh, dass wir weiterhin das Signal bekommen haben, dass diese Gelder auch bis 2019 weiter zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit 2003 werden diese Mittel zu 60 % für den kommunalen Straßenbau und zu 40 % für den öffentlichen Personennahverkehr bereitgestellt. Nun hat sich die neue rot-grüne Landesregierung eine verkehrspolitische Umorientierung vorgenommen. Der Verteilungsschlüssel soll geändert werden. Eine solche Verschiebung der Anteile, wie jetzt geplant, würde im Bereich des kommunalen Straßenausbaus zu Minderungen von 30 % und somit also von 25 Millionen Euro führen. Das ist so, in der Form, nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem Flächenland wie Niedersachsen sind moderne und bedarfsgerecht ausgebaute Verkehrsnetze von entscheidender Bedeutung. Herr Minister Lies, Ihr verkehrspolitisches Streichkonzert ist eine Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Unternehmen benötigen optimale Rahmenbedingungen und ein funktionierendes Straßennetz für eine starke Wirtschaft - und die benötigen wir weiterhin. Auch der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag sieht mit den Vorhaben der rot-grünen Regierung den Verfall von Infrastruktur in der Fläche beschleunigt. Eine Mittelverschiebung ist schon allein deswegen nicht sinnvoll, weil jede Maßnahme zur Förderung der Infrastruktur weitere Investitionen nach sich zieht und somit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Ankurbelung zur Wirtschaft beiträgt, und das besonders im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Daher hat auch die christlich-liberale Koalition im Dezember vergangenen Jahres das Jahresbauprogramm für kommunale Straßeninfrastruktur verabschiedet. Damit unterstützt sie 2013 60 neue kommunale Vorhaben mit einem Gesamtfördervolumen von 74 Millionen Euro. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau der K 218 in der Ortsdurchfahrt Steinbrück im Landkreis Hildesheim für 1,2 Millionen, der Ausbau der Kreisstraße zwischen Wietze und Wieckenberg im Landkreis Celle für 1,4 Millionen, der Ausbau eines Geh- und Radweges im Zuge der K 57 in Heinbockel und Hagenah im Landkreis Stade für 528 000 und der Neubau der Löwenbrücke in Hannoversch Münden für 1,9 Millionen Euro, ebenfalls der Umbau des Bahnübergangs Bahnhofsstraße in der Stadt Disen für 128 000 Euro. - Sie sehen also, wie wichtig diese Fördermittel sind - in allen Bereichen, die ich bisher benannt habe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Anstatt diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen, haben Sie, Herr Minister Lies, sogar angekündigt, die Anmelde- und Genehmigungsliste für den Bundesverkehrswegeplan zusammenzustreichen. Damit handelt die Regierung gegen die Interessen des Landes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ihrer Unterrichtung im Wirtschaftsausschuss haben Sie, Herr Minister, über den zunehmenden Unterhaltungsbedarf der Landesstraßen berichtet und

(Minister Olaf Lies: Ja, korrekt!)

zusätzlich gestern wieder auf die zunehmenden Mängel an Brückenbauten hingewiesen, die zur Reduzierung der Traglasten führen - und damit auch auf zusätzliche Benachteiligungen der Unternehmen in der Fläche. Ein gleicher und wenn nicht sogar höherer Unterhaltungsaufwand besteht genauso auf den Straßen und Wegen und besonders auf den Brücken unserer Kommunen.

Die Streichung von 25 Millionen Euro Fördermittel für den kommunalen Straßenbau führt dazu, dass die Kreise und Gemeinden diese Mittel selber aufbringen müssen, wenn sie ihre Straßen unterhalten wollen - und das - das ist uns allen bekannt - bei zunehmend schlechten Haushalten.

(Thomas Adasch [CDU]: Das ist die neue Kommunalfreundlichkeit!)

Wie soll das also für die weitere Zukunft gehen?
Wie müssen wir uns unsere Wege und Straßen im ländlichen Raum vorstellen?

(Zurufe von der CDU: Sehr kommunalfreundlich!)

Herr Ministerpräsident - ich hätte ihn gerne gefragt. Vor der Wahl hat gerade er vollmundig verkündet, die kommunale Ebene muss entlastet und gestärkt werden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie wird jetzt zusätzlich belastet.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum einen, indem Sie 25 Millionen Euro aus dem Entflechtungsgesetz verschieben, und zum anderen - und das ist mindestens genauso schlimm - planen Ihre politischen Freunde im Kreise der Regierungsfractionen, noch zusätzlich 60 Millionen Euro 45-a-Mittel, die bisher zur Förderung der Busunternehmen und damit auch der Schülerverkehre dienen, zu verschieben - Mittel, mit denen bisher u. a. Einrichtungen für Bushaltestellen, die Beschaffung von Bürgerbussen und Tarifkooperationen gefördert wurden.

(Karsten Heineking [CDU]: Unerhört!)

Diese Förderung muss weiterhin bestehen bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister Lies, Ihr Vorhaben ist ein Angriff auf den ländlichen Raum und auf die Attraktivität und Lebensqualität in der Fläche.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, sind durch Entfernung zu den Versorgungszentren bereits genügend gebeutelt. Eine weitere Benachteiligung im ÖPNV ist in keiner Weise hinzunehmen. Im Gegenteil! Gerade dort sollten die Busverkehre zusätzlich gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, bei allem Verständnis für Neuerungen, die manchmal auch notwendig sind, sollte man nicht den Blick fürs Ganze verlieren.

Ich fordere Sie daher auf, Ihre verkehrspolitische Umorientierung zulasten des kommunalen Straßenbaus und die Umschichtung der 45-a-Mittel nochmals zu überdenken und besonders den ideologischen Ansinnen der Grünen zu widerstehen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Wissen um den zunehmenden Güter- und Personenverkehr brauchen wir weiterhin eine starke Infrastruktur, funktionierende Straßennetze und besonders Spatenstiche da, wo sie richtig und notwendig sind.

Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Angermann, auch Ihnen dürfen der Sitzungsvorstand und das ganze Haus zu Ihrer ersten Rede vor dem Landtag gratulieren. Vielen Dank.

(Beifall)

Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, erteile ich dem Kollegen Bode von der FDP das Wort **zur Geschäftsordnung**. Sie haben das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Mündlichen Anfrage heute Morgen hat es eine ungeheuerliche Missachtung des Parlaments durch den Ministerpräsidenten gegeben.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Es hat mehrere Fragen von Abgeordneten zu regionalen Teilbudgets gegeben, und der Ministerpräsident hat ausweichend geantwortet, die Landesregierung sei sich noch nicht im Klaren, man müsse prüfen, man sei im Gespräch.

Im Anschluss an die Mündliche Anfrage hat uns die Pressemitteilung des Niedersächsischen Landkreistages erreicht. Gestern hat es eine Konferenz der Landräte mit der Landesregierung - anwesend für die Landesregierung war Frau Honé - gegeben. Ich zitiere:

„Wir befürchten daher, dass angesichts dramatischer Mittelrückgänge und der geplanten neuen Förderstrukturen des Landes den Landkreisen und der Region Hannover künftig das wirksamste Instrument der Wirtschaftsförderung der laufenden Förderperiode genommen wird.“

- Gemeint sind die RTBs. - Weiter heißt es:

„Wir greifen gerne die Anregung von Staatssekretärin Honé auf zu prüfen, wie wir im Ri-

sikokapitalbereich beispielsweise mit Beteiligungsfonds kleine und mittlere Unternehmen vor Ort unterstützen können. Nach unserer Auffassung handelt es sich dabei aber um ein ergänzendes, nicht ein alternatives Instrument.“

Es hat also alternative Vorschläge der Landesregierung zu den RTBs gegeben. Man hat also die Absicht, sie eventuell zu ersetzen. - Es gibt Vorschläge an Dritte, die dem Parlament vorenthalten worden sind. Das ist nicht hinnehmbar, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beantragen, den Ministerpräsidenten sofort ins Parlament zu zitieren, im Anschluss an diese Debatte eine Unterrichtung über die gemachten Vorschläge von gestern hier im Parlament durchzuführen und danach die Debatte zu eröffnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Gemäß Geschäftsordnung des Landtags habe ich jetzt pflichtgemäß die Besprechung über diesen Geschäftsordnungsantrag zu eröffnen. Wird dazu um das Wort gebeten? - Der Kollege Tonne hat das Wort.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bode, wir erleben hier jetzt die nahtlose Fortsetzung dessen, was Sie heute Morgen versucht haben, nämlich parlamentarische Rechte zum Klamauk umzuinterpretieren. Das machen wir nicht mit, Herr Bode!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns vor diesem Hintergrund noch einmal ganz genau an, was heute Morgen stattgefunden hat: Die FDP hat eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung gestellt. Ich stelle fest: Diese Mündliche Anfrage wurde hier detailliert Punkt für Punkt zum wiederholten Male beantwortet. Nichts anderes hat stattgefunden!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Eben nicht! Er hat die

Unwahrheit gesagt! - Reinhold Hilbers [CDU]: Aber nicht wahrheitsgemäß!)

Sehr geehrter Herr Kollege Bode, vor dem Hintergrund, dass das hier ausführlich beantwortet worden ist, spricht es wirklich Bände, dass Sie danach davon gesprochen haben, man hätte das für eine Regierungserklärung missbraucht. Sie kommen immer wieder hier vorne hin und sagen: Wir möchten klare, detaillierte und inhaltsreiche Antworten. Dann bekommen Sie die, und dann ist Ihnen das auch nicht recht. Das kann doch nicht wahr sein!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Die Art und Weise, mit der Sie hier auftreten - sowohl was Qualität als auch Stil angeht -, sind eine Zumutung. Es ist eine Zumutung, was wir hier in diesem hohen Hause erleben. Das machen wir nicht mit!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren! Mir liegt eine zweite Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Zunächst stelle ich aber fest, dass der Kollege Bode zwei Anträge zum Verfahren gestellt hat. Einer davon, Herr Kollege Bode, dürfte gegenstandslos sein. Der Ministerpräsident muss nicht ins Parlament zitiert werden, wenn er anwesend ist. Er ist anwesend, das stelle ich fest.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihren zweiten Antrag verstehe ich so, dass Sie die Wiederaufnahme des Tagesordnungspunktes beantragt haben; denn Sie wollen ja eine Stellungnahme erreichen. Das können Sie im Rahmen der Geschäftsordnung machen. Im Moment steht dieser Antrag.

Jetzt erteile ich in der Geschäftsordnungsdebatte zunächst Herrn Limburg für die Grünen das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Bode, auch Ihren zweiten Geschäftsordnungsantrag werden wir selbstverständlich ablehnen. Ich will Ihnen gegenüber auch begründen, warum.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen zu Recht darauf hingewiesen, dass er mittlerweile in

drei Plenarabschnitten hintereinander zu diesem Thema jeweils ausführlichst Stellung genommen hat.

(Björn Thümler [CDU]: Trotzdem muss er die Wahrheit sagen!)

Dazu kommen noch die Unterrichtungen im Fachausschuss. Ich kann nicht erkennen, wo der Bedarf für eine Wiedereröffnung der Fragestunde zu diesem Zeitpunkt liegen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Weil er die Wahrheit sagen muss!)

Im Übrigen, Herr Kollege Bode, zu Ihrer unverschämten Unterstellung, der Herr Ministerpräsident hätte in diesem Landtag eine Frage wahrheitswidrig beantwortet: Sie kennen, was diesen Vorwurf anbelangt, das übliche Verfahren. Es geht nämlich in diesem Fall eindeutig in Richtung Staatsgerichtshof Bückeburg. Das sollte insbesondere Ihnen, Herr Bode, noch sehr gut bekannt sein; denn im Herbst letzten Jahres wurde eine Landesregierung, der Sie als Minister angehört haben, von eben diesem Staatsgerichtshof verurteilt, weil Sie in der Tat in der letzten Wahlperiode Anfragen in diesem Haus wahrheitswidrig beantwortet haben. Herr Bode, behelligen Sie uns nicht mit solchen überflüssigen Geschäftsordnungsanträgen!

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vom Kollegen Nacke von der CDU-Fraktion liegt ebenfalls eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Sie haben das Wort.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere aus unserer Verfassung Artikel 24 Abs. 1:

„Anfragen von Mitgliedern des Landtages hat die Landesregierung im Landtag ... nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten.“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben sich heute Morgen nicht an diesen Artikel der Verfassung gehalten. Sie haben gegen ihn verstoßen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Ihre Staatssekretärin hat es heute Morgen - wir wissen den Grund dafür nicht - vorgezogen, der Debatte nicht beizuwohnen. Das bedauern wir sehr, da sie für den Bereich zuständig ist.

Gestern aber hat sie offensichtlich - so kann man das jedenfalls einer Pressemitteilung des Niedersächsischen Landkreistages entnehmen - Vorschläge zu genau der Fragestellung gemacht, die wir heute Morgen hier zum Thema gemacht haben.

Ich sage Ihnen einmal etwas, Herr Ministerpräsident: Den Dialog - auch mit den Kommungen -, den Sie hier immer anführen, wollen Sie in Wirklichkeit dazu missbrauchen, die Öffentlichkeit und insbesondere diesen Landtag über Ihre Regierungsvorhaben nicht korrekt zu unterrichten. Das ist nach unserer Verfassung nicht zulässig. Sie können das an dieser Stelle so nicht ausführen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das ist ein Sammelsurium von Behauptungen!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich heute mehrfach in einem - ich sage das einmal so - aus unserer Sicht etwas überraschend weinerlichen Ton

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

beklagt, dass Sie diesem Parlament Rede und Antwort zur Frage des Südniedersachsenplans stehen müssen. Dieser Südniedersachsenplan war die größte Wählertäuschung, die dieses Land seit langer Zeit erlebt hat.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Nacke, Sie laufen jetzt Gefahr, einen Sachbeitrag zu leisten. Äußern Sie sich bitte zur Geschäftsordnung.

Jens Nacke (CDU):

Das ist der Grund, warum dieses Thema in diesem Hause schon mehrfach aufgerufen worden ist und Sie dazu befragt werden. Sie müssen Farbe bekennen. Dann müssen Sie es auch tun. Sie haben Konzepte. Das hat Frau Honé gestern - wahrscheinlich gegen Ihren Willen - beim Landkreistag ausgeplaudert, weil sie schwer unter Druck geraten ist.

Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit! Lassen Sie uns den Tagesordnungspunkt wieder aufnehmen! Nehmen Sie zu dem Stellung, was Frau Honé

gestern beim Landkreistag gesagt hat. Das ist Ihre Verpflichtung.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns das ganz unaufgeregt abarbeiten. Das waren Meinungsbeiträge zur Interpretation von Geschäftsordnung und Verfassung. Ein Antrag ist vorhin ansatzweise vom Kollegen Bode formuliert worden. Nach dem Verständnis des Sitzungsvorstands hat dieser Antrag neben dem Zitieren des Ministerpräsidenten - inzwischen erledigt - sozusagen eine Wiederaufnahme der Fragestunde beinhaltet; denn das war Teil der Fragestunde. Herr Bode wird jetzt klarstellen, ob über diesen oder einen anderen Antrag abgestimmt werden soll. Bitte, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat: Der Antrag, den Ministerpräsidenten zu zitieren, ist erledigt, da der Ministerpräsident das Parlament inzwischen aufgesucht hat. Damit sind wir sehr zufrieden.

Der zweite Teil meines Antrags ist aber durchaus noch offen. Dieser Teil lautete nicht, die Fragestunde wieder zu eröffnen. Weil in der Fragestunde auf die Frage nach den regionalen Teilbudgets durch die Landesregierung nicht umfassend geantwortet worden ist und wir es nach der Fragestunde durch eine Pressemitteilung des Niedersächsischen Landkreistages erfahren haben, beantragen wir, dass wir im Anschluss an den gerade zur Beratung anstehenden Tagesordnungspunkt einen neuen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen, nämlich eine Unterrichtung durch die Landesregierung über das, was den Landräten gestern vorgestellt und vorgeschlagen worden ist, und darüber auch die Debatte im Parlament zu eröffnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Das ist so albern!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank für die Klarstellung, Herr Bode. Vorhin war es unklar. Es hätte ja auch sein können, dass Sie die Fragestunde fortsetzen und den Ministerpräsidenten veranlassen wollen, diese Fragen zu beantworten.

Jetzt liegt ein konkreter Antrag vor, die Tagesordnung zu erweitern und nach diesem Tagesordnungspunkt, den wir zunächst abschließen müssen, den eben von Herrn Bode beschriebenen Tagesordnungspunkt aufzunehmen und die Landesregierung aufzufordern, in dem Sinne, wie beantragt, zu unterrichten.

Gibt es zu diesem Antrag noch Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diesen Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenstimmen. - Nach Feststellung des Sitzungsvorstands war das die Mehrheit.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine Missachtung des Parlaments! - Widerspruch bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aus der Wortmeldung des Kollegen Limburg - ich muss sie nicht wiederholen - sind Ihre parlamentarischen Rechte ersichtlich geworden, die für das ganze Haus gelten. Sie meinen, dass die hier erfolgten Unterrichtungen und die hier gegebenen Antworten nicht ordnungsgemäß waren. - Jedenfalls hat das Parlament mit Mehrheit beschlossen, dass die Tagesordnung nicht erweitert wird. Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte abgeschlossen.

Wir setzen die durch die GO-Anträge unterbrochene Beratung des Tagesordnungspunktes 46 fort. Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Menge das Wort.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich komme zurück zu heißem Asphalt und aufplatzenden Autobahnen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, die Kollegin Menge hat das Recht, uns jetzt ihren Debattenbeitrag für ihre Fraktion darzubieten. Ich bitte Sie, auch wenn Sie jetzt über irgendwelche Dinge vielleicht ungehalten sein sollten, nicht im Plenarsaal darüber zu diskutieren, sondern die Debatte zu Tagesordnungspunkt 46 zu ermöglichen. - Das scheint jetzt weitestgehend der Fall zu sein. Frau Menge, bitte schön!

Susanne Menge (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident.

Zwei kanadische Verkehrsökonominnen, Durant und Turner, haben den Zusammenhang zwischen Straßenbau und Verkehrsaufkommen am Beispiel der USA über einen Zeitraum von 20 Jahren empirisch untersucht. Das umfangreiche und regional aufgeschlüsselte Material dieser Studie belegt übrigens, Frau König, dass ein Ausbau des Straßennetzes um 1 % in einer Region dazu führt, dass der Autoverkehr dort um 1 % zunimmt, und zwar in weniger als zehn Jahren. Eine Verdoppelung der Straßen verdoppelt also den Verkehr.

Dieses Ergebnis ist umso interessanter, je stärker man sich mit den Faktoren wie Demografie und Ökonomie auseinandersetzt. Die Entwicklung des motorisierten Verkehrs nimmt zu, völlig unabhängig vom Bevölkerungswachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, unabhängig auch davon, wie gut und dicht das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ist.

Der Verkehr nimmt also zu, sobald es mehr Straßen gibt. Menschen fahren mehr Auto, wenn das Straßennetz ausgebaut wird. Und genau das ist Ihre Philosophie. Auf umwelt- und damit zukunftsorientierte Verkehrspolitik verzichten Sie nach dem Motto: Hinschauen, nichts dazulernen, Geld verknappen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Sie haben bereits die GVFG-Mittel in Höhe von 205 Millionen Euro nur für den Straßenbau für die kommenden drei Jahre verbraten!

(Unruhe)

- Herr Präsident, das ist mir hier zu laut.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wenn die Kollegin Menge selbst feststellt - und das ist ihr gutes Recht -, dass sie sich nicht ausreichend Gehör verschaffen kann, dann greife ich das gerne auf. Bitte ermöglichen Sie ihr, ihren Debattenbeitrag hier in Ruhe zu leisten.

Susanne Menge (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident.

Wohl wissend, dass sich hier gleich wieder Interpretationen ergeben wie „die Grünen wollen alle Straßen abschaffen“ oder „wollen Güter mit Pferd und Wagen durch die Republik rollen“, möchte ich drei Punkte hervorheben:

Erstens. Wie auch die Dringliche Anfrage am gestrigen Tag wiederholt zeigte, haben wir ein massiv vernachlässigtes Verkehrsnetz und damit einen Sanierungsstau, der sich nur mit Disziplin über einen langen Zeitraum mit einer verantwortungsvollen Verkehrspolitik abbauen lässt. Wir brauchen jährlich allein für die Bundesfernstraßen in Niedersachsen zusammen mit den Ingenieursbauwerken 250 Millionen Euro, um deren Bestand zu erhalten. Quelle: Straßenbaubehörde.

Zweitens. Auf Bundesebene bestätigen die Ergebnisse der Daehre-Kommission, dass es äußerst schlecht um unsere Verkehrswege bestellt ist. Eine Politik der Überzeichnung bei Neubauten hat den Erhalt unseres Verkehrsnetzes in Vergessenheit geraten lassen. Das Ergebnis dieses blinden Aktionismus: 20 % der Autobahnen, 40 % der Bundesfernstraßen und fast die Hälfte der Brücken an Bundesfernstraßen befinden sich in einem bedenklichen Zustand.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Menge, der Kollege Miesner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Susanne Menge (GRÜNE):

Nein, jetzt bitte nicht.

In den nächsten Jahren sind jährlich zusätzlich 7,2 Milliarden Euro nötig, um unsere Verkehrswege so zu erhalten, dass die Bürger dieses Landes und die Wirtschaft sie auch nutzen können, sagt die Daehre-Kommission.

Drittens. In Niedersachsen sind außerdem 550 Millionen Euro vom Haushaltsjahr 2014 an gebunden, um bereits im Bau befindliche Projekte fertigzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das sind Fakten, denen wir uns als Verantwortungsträger zu stellen haben. Der Sanierungsaufwand und die Zahlen werden nicht besser, wenn wir sie immer und immer wieder hier am Pult und im Ausschuss wiederkauen.

(Glocke des Präsidenten)

Rot-Grün ist angetreten, eine moderne und nachhaltige Verkehrspolitik einzuleiten und diese Politik in den kommenden Jahren auch umzusetzen.

Es kann eigentlich nicht wahr sein, dass ausgerechnet Sie von CDU und FDP, die Sie in den letzten zehn Jahren verantwortlich für den Zerfall unseres bestehenden Netzes waren, sich weiterhin in

Ihrer Stimme überschlagen und Neubauten fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist geradezu so, als wenn es in Ihr Haus hineinregnet, sich an den Wänden Schimmel breit macht und im Schlafzimmer der Putz von den Wänden bröckelt, Sie aber trotzig den Bau eines schicken Wintergartens einfordern.

(Ulf Thiele [CDU]: In welchem Land leben Sie eigentlich?)

Erst den Bestand sanieren und dann über Neues nachdenken: So herum gelingt ein verantwortungsvoller Umgang mit dem uns anvertrauten Netz.

Die Mittel, die Niedersachsen bislang durch das Entflechtungsgesetz in Höhe von jährlich rund 123 Millionen Euro zur Verfügung stehen, sind Mittel, die für den Neubau und den Ausbau der Verkehrsträger Straße *und* Schiene zu verwenden sind. Diese Mittel werden wir in den kommenden Jahren vernünftig einsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Für einen fließenden Verkehr, für die Anbindung der Menschen auch auf dem Land und für eine starke Wirtschaft in Niedersachsen brauchen wir weit mehr als eine ideenlose graue Betonpolitik. Das ist schon lange nicht mehr zeitgemäß.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Susanne Menge (GRÜNE):

Rot-Grün wird mit diesen wichtigen Parametern eine zukunftsfähige Verkehrspolitik entwickeln, die mehr als nur eine einzige Strategie bereithält. Wir räumen dem Erhalt und dem Bestand unserer Verkehrswege Priorität vor dem Neubau ein, und wir werden Verkehrsträger, deren ökologische Kosten geringer ausfallen als andere, stärker fördern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Zu dem Beitrag der Kollegin Menge liegen zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen vor. Ich erteile zunächst dem Kollegen Miesner von der CDU das Wort.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Menge, Sie haben überwiegend überhaupt nicht zum Thema gesprochen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben den Tagesordnungspunkt genutzt, um hier eine rein ideologische Rede grundsätzlich gegen den Straßenbau in Niedersachsen zu halten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben die totale Gegenrede zu den Worten von Herrn Minister Lies vorgestern zum Thema Bundesfernstraßenbau gehalten.

(Thomas Adasch [CDU]: Genau so ist es!)

Sie haben sich ganz eindeutig gegen die Bundesautobahnprojekte A 20 und A 39 ausgesprochen. Sie haben das mit Betonpolitik erklärt. Das alles lässt sich im Protokoll nachlesen.

Ich komme jetzt zu dem Thema, über das wir gerade sprechen. Es geht darum, Mittel für den kommunalen Straßenbau und auch für den kommunalen Radwegebau bereitzustellen. Wir stellen fest, dass bis 2017 die Mittel in diesen Bereichen durch Ihre Politik um ein Drittel gekürzt werden sollen.

Jetzt können Sie einmal dazu Stellung nehmen, wie viele Radwege zukünftig in den Kommunen, in den Gemeinden und Landkreisen, in Niedersachsen nicht mehr gebaut werden sollen. Diese Frage möchte ich gerne beantwortet wissen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat die Kollegin König von der FDP das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Frau Menge, ich kann meinem Vorredner nur beipflichten: Sie sind völlig vom Thema abgewichen.

Niedersachsen ist ein Flächenland mit sehr vielen großen Industrie- und Logistikbereichen. Wir haben in den einzelnen Bereichen in den Städten und Kommunen Wachstum, was Gewerbegebiete angeht. Wir wollen im Prinzip die Dorfzentren wieder vernünftig darstellen, indem wir den Verkehr,

vor allen Dingen den Schwerlastverkehr, dort her-
ausholen. Wir wollen also den Unternehmen nicht
nur einen Anreiz bieten, sich weiterhin in Nieder-
sachsen zu betätigen und sich niederzulassen,
sondern wir wollen auch die Dörfer von ihrer jetzi-
gen Struktur in eine verbesserte hineinführen. Das
haben wir in der Vergangenheit phantastisch ge-
währleistet, und die Dörfer haben sich grundsätz-
lich besser entwickelt.

All dies wollen Sie jetzt im Prinzip überhaupt nicht
mehr finanzieren. Sie wollen das nicht nur infrage
stellen, sondern Sie wollen es auch verbieten. Was
tun Sie eigentlich unserem Land, unserer Wirt-
schaft und unseren Kommunen damit an? Sind Sie
sich eigentlich über die Konsequenzen dessen im
Klaren?

(Zustimmung bei der FDP und bei der
CDU - Filiz Polat [GRÜNE]: „Wünsch
dir was“ gibt es in Niedersachsen
nicht mehr!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Menge hat die Möglichkeit zur Erwi-
derung und möchte davon Gebrauch machen.
Bitte, Sie haben das Wort.

Susanne Menge (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich
habe mit keinem Wort erwähnt, dass wir Straßen
verbieten wollen. Ich habe ja in meine Rede ein-
gebaut, dass Sie wahrscheinlich genau das gleich
sagen werden.

Es geht darum, dass wir Mittel umschichten wollen.
Das heißt, wir wollen vor allen Dingen den Güter-
verkehr stärken. Dazu ist auch die Schiene not-
wendig.

Unsere Idee ist es nicht, die Sie „Ideologie“ nen-
nen, dass wir immer mehr Straßen ausbauen müs-
sen, um Lkw darauf fahren zu lassen, die immer
mehr Güter über diese Straßen transportieren. Das
kann Ihre FDP-Philosophie, das kann Ihre CDU-
Philosophie sein. Aber das ist nicht unsere Maß-
gabe, und das ist auch nicht das, was z. B. Unter-
nehmen einfordern.

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Lies, schreiten
Sie ein!)

Dann müsste ja das Unternehmen VW in Wolfs-
burg sagen: Wir fordern den Ausbau der Straßen,
wir brauchen noch mehr Straßennetze, um unsere
Güter von A nach B zu transportieren. - Was sagt
Wolfsburg, und was sagt VW? - Wir brauchen eine

vernünftige Güteranbindung, damit unsere 7 000
Leute vernünftig zum Werk kommen! - Das sagen
sie.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von
der CDU: Dafür braucht man eine Gü-
teranbindung? Das bezweifle ich!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest,
dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen und
ich damit die Aussprache in erster Beratung been-
den kann. Die Debatte geht im Ausschuss weiter.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und
mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Fi-
nanzen mit diesem Antrag zu beauftragen. Wer
dem entsprechen möchte, den bitte ich um das
Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Die Aus-
schussüberweisung ist ausreichend vom Parla-
ment unterstützt.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 47:

Erste Beratung:

**Die Energiewende nicht ausbremsen - Strom-
preisanstieg wirksam dämpfen** - Antrag der
Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 17/276

Die Einbringung dieses Antrags übernimmt der
Kollege Volker Bajus von der Fraktion der Grünen,
dem ich das Wort erteile.

Volker Bajus (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und
Herren! Kommen wir zu einem erfreulicherem
Thema! Die Energiewende ist die aktuell größte
politische und ökonomische Herausforderung un-
serer Gesellschaft und unserer Zeit. Die große
Mehrheit der Bevölkerung will den Atomausstieg
und einen effektiven Klimaschutz. Eigentlich be-
steht auch unter allen Parteien darüber Einigkeit.

An der Ernsthaftigkeit allerdings, mit der einige
politisch Verantwortliche mit diesem Ziel umgehen,
gibt es zunehmende Zweifel. Ich will Ihnen ein paar
Beispiele nennen.

Erstens. Herr Altmaier, der Bundesumweltminister,
bezieht die Kosten der Energiewende in der Ma-

nier eines Milchmädchens auf 1 Billion Euro und redet damit ihr Scheitern herbei.

Zweitens. Rösler und Altmaier wollten gesetzlich gesicherte Vergütungen rückwirkend wieder einkassieren und ruinieren damit das Vertrauen der Investoren.

Drittes Beispiel: Das Bundeswirtschaftsministerium sorgt für eine wachsende Anzahl von Ausnahmen von der EEG-Umlage und unterläuft damit zweifelsohne das Vertrauen in eine gerechte Lastenverteilung; denn um die internationale Wettbewerbsfähigkeit geht es hier schon lange nicht mehr.

Viertens ein Beispiel von vor drei Tagen: Der Spitzenkandidat der FDP, Rainer Brüderle, fordert in der *Rheinischen Post* den sofortigen Ausbaustopp von Windkraft- und Solarenergie und gefährdet damit zukunftsweisende Arbeitsplätze in unserem Land.

Und schließlich: Die Bundesregierung, die in diesen Tagen wiederum die Strompreisentwicklung einseitig dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu-rechnet, verspielt damit endgültig die öffentliche Akzeptanz für die Energiewende.

Damit, meine Damen und Herren, muss endlich Schluss sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Bislang erschien wohl so manchem die Energiewende wie ein Selbstläufer. Kein Wunder; denn das Erneuerbare-Energien-Gesetz von der Regierung Schröder/Trittin ist in der Tat eine weltweit kopierte Erfolgsgeschichte.

Nun, nach zehn Jahren kräftigen Wachstums im Ökostromsektor, zeigt sich natürlich Anpassungsbedarf: Wir brauchen eine neue Struktur der Vergütung, die Vermaisung der Landschaft ist ein Ärgernis, und natürlich müssen wir die Strompreisentwicklung dämpfen.

Aber anstatt nun die Herausforderung anzunehmen und endlich nachzusteuern, drückt sich Schwarz-Gelb, weil man offensichtlich überfordert ist. Statt die Probleme zu lösen, wird die Energiewende lieber kaputtgeredet. Meine Damen und Herren, so geht das nicht!

Mit unserem Antrag zeigen wir: Wir wollen die Dynamik erhalten, die die Energiewende bisher entfaltet hat, und gleichzeitig die sozialen Belas-

tungen dämpfen. Wer, wenn nicht wir, Rot und Grün, soll genau das leisten?

Wir wissen: Energiewende und Klimawandel sind auch soziale Fragen. Fossile Energieträger werden immer knapper und Heizöl, Benzin und Gas zweifelsohne immer teurer. Die konventionelle Energieerzeugung verursacht erhebliche volkswirtschaftliche Kosten, die von der Allgemeinheit, auch von den sozial Schwächeren, getragen werden müssen. Die Folgen - klimabedingte Extremwetterereignisse - treffen sozial Schwächere stets proportional stärker. Was das bedeuten kann, haben wir in Niedersachsen gerade wieder erlebt.

Und: Die notwendigen Investitionen in Zukunftstechnologien müssen wir jetzt realisieren; denn sonst bürden wir die Lasten in viel höherem Maße unseren Kindern und Enkelkindern, nachfolgenden Generationen auf.

Es ist daher unsere ökologische *und* unsere soziale Verantwortung, die Dynamik der Energiewende weiterhin zu befördern. Wir nehmen diese Herausforderung an.

Weil die Energiewende nicht nur Daseinsvorsorge, sondern ausdrücklich auch eine soziale Frage ist, zielen unsere Vorschläge genau darauf: eine zweckmäßige Reform des EEG auch und gerade im Interesse der Wirtschaft unseres Landes, eine sofortige wirksame Absenkung der Strompreise um rund 2 Cent pro Kilowattstunde durch Stromsteuerensenkung und Reduzierung der Befreiung auf die Unternehmen, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen, und schließlich eine aktive Unterstützung der einkommensschwachen Haushalte bei der Bewältigung der vorübergehenden Strompreisanstiege. Was wir brauchen, ist eine Energieversorgung, die klima- und umweltverträglich ist, die eine langfristige Versorgungssicherheit bietet und die für alle bezahlbar ist - und zwar heute und morgen.

Meine Damen und Herren, auch Sie können heute unserem Beispiel folgen und Ihren Beitrag dazu leisten. Zeigen wir denen in Berlin, dass wir es hier in Niedersachsen besser können - gerne auch gemeinsam!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bajus, vielen Dank für die Einbringungsrede. - Das Wort hat jetzt im Rahmen der

Aussprache der Kollege Miesner für die CDU-Fraktion.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja bereits am 18. April dieses Jahres auf der Grundlage eines Antrages der FDP-Fraktion über das gleiche Thema debattiert. Ich habe mir in Vorbereitung dieser heutigen Sitzung noch einmal das Protokoll angesehen und durchgelesen. Man kann eigentlich feststellen: Damals haben Sie überhaupt nichts zur Lösung beigetragen. Sie haben auch keine Lösung vorgeschlagen. Sie haben Anträge der Oppositionsfraktionen letztlich in Bausch und Bogen verdammt.

Aber schließlich gab es eine Unterrichtung im zuständigen Ausschuss, und da muss wohl auch Ihnen aufgefallen sein, dass noch nicht alles so rund läuft, wie Sie sich das vorstellen. Von daher der heutige Antrag.

Schauen wir einfach mal in die Zeitschriften, die wir zu diesem Thema bekommen, in die Maiausgabe der *Neuen Energie*! Umweltminister Stefan Wenzel gibt unter dem Stichwort „Was sagt die Politik?“ auf zwei Seiten Hinweise zur Energiewende. Konkrete Lösungsvorschläge können auch in diesem Artikel nicht erkannt werden. Im Gegenteil: Auch hier werden wieder Vorschläge der Bundesregierung in Bausch und Bogen verdammt.

Die Forschungsgruppe Wahlen stellte vor Kurzem fest, dass rund 90 % der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor hinter der Energiewende stehen. Verspielen wir also nicht dadurch die Akzeptanz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass die Energie- und damit auch die Strompreise immer weiter und kräftig steigen!

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Am vergangenen Sonntag beispielsweise hatten wir einen Spitzentag der erneuerbaren Energien. Zu diesem Zeitpunkt konnten über 60 % des Strombedarfs durch Solar- und Windkraftanlagen gedeckt werden. Das ist letztendlich richtig, das ist auch das, was wir alle wollen. Auf der anderen Seite aber schnellst der Strompreis unvermindert nach oben.

Der Strompreis für Privathaushalte hat seit 1998, also innerhalb der letzten 15 Jahre, um 68 % zugenommen, der Anteil der Abgaben und Steuern allein um 100 %. *Die Welt* schreibt am 11. Juni dieses Jahres dazu: „Nie war der Strom für Privat-

haushalte teurer.“ In der *Zeitung für kommunale Wirtschaft* konnten wir in der Maiausgabe dieses Jahres sogar lesen - die Überschrift lautete „Soziale Verwerfungen“ -, dass Wohlhabende an der Energiewende verdienen, sozial Schwächere hingegen den Großteil schultern müssen. Auch das müsste eigentlich ein Thema für die SPD und für die Grünen sein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das zeigt doch letztendlich, dass das EEG in der jetzigen Form so nicht weiter bestehen bleiben kann und verändert werden muss.

Das neue Strommarktdesign braucht langfristige und stabile Rahmenbedingungen. Die erneuerbaren Energien müssen ebenso integriert werden wie die konventionellen Kraftwerke, die wir dann benötigen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, also als sogenannte Schattenkraftwerke. Selbstverständlich müssen auch die nötigen Speicher und die Dienstleistungen berücksichtigt werden, die der Systemstabilität und der Versorgungssicherheit dienen.

Ebenso bedarf es einer Integration in den europäischen Strommarkt. Es kann nicht sein, dass wir als die größte Volkswirtschaft mitten in Europa unsere Energieversorgung wie auf einer einsamen Insel als isoliertes nationales Projekt begreifen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

SPD und Grüne verkünden bei jeder Diskussion über die Strompreise im Allgemeinen und die EEG-Vergütungssätze im Besonderen immer wieder den Untergang des Abendlandes. - Das konnte man gerade bei den Diskussionen in der vorigen Wahlperiode immer wieder herausholen. - Das Gegenteil ist der Fall: Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht unvermindert weiter, was wir alle im Grunde genommen auch wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Na, dann machen Sie es doch!)

Aber trotzdem geht es auch darum, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

In der aktuellen Ausgabe der Verbandszeitschrift des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes *Die Niedersächsische Gemeinde* lesen wir auch hierzu wieder die Meinung unseres Umweltministers Stefan Wenzel. Es heißt dort:

„Bei der Energiewende und beim Klimaschutz hat sich die Landesregierung viel vorgenommen.“

Die Überschrift zu diesem Absatz lautet: „Unser Weg“. - Na dann, Herr Wenzel, packen Sie's an!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Miesner. - Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Karsten Becker für die SPD-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Becker.

Karsten Becker (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Wer nicht weiß, wohin er will, der darf sich nicht wundern, wenn er ganz woanders ankommt. - Ein Aphorismus von Mark Twain.

Das ist ein kurzer Satz, der, meine ich, das Agieren der Bundesregierung, insbesondere des Bundesumweltministers Altmaier und des Bundeswirtschaftsministers Rösler, sehr zutreffend kennzeichnet, aber durchaus auch auf den Beitrag zutrifft, den wir gerade vom Kollegen Miesner gehört haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich gestehe zu: Es ist nicht ganz so einfach. Immerhin geht es darum, zwei Ziele gleichzeitig zu verfolgen. Erstens muss die Produktion regenerativer Energien über Effektivitätsfortschritte in der Erzeugung und Speicherung wirtschaftlich gemacht werden. Zweitens müssen die mit den Anreizsystemen verbundenen Kosten begrenzt werden. Dazu kann man auf der Suche nach Lösungsansätzen natürlich auf verschiedene Ideen kommen.

Erstens. Man kann sagen: Weiter so, egal, was es kostet.

Zweitens. Man kann die Anreizsysteme über Bord werfen und es den Investoren, Finanzierern und Herstellern überlassen, ob sie weiterhin in die Erzeugung erneuerbarer Energien sowie in Forschung und Entwicklung investieren wollen oder eben nicht. In diese Richtung, Herr Kollege Miesner, habe ich Ihren Beitrag eben gerade verstanden.

Drittens kann man versuchen, einen ausgewogenen Kurs zwischen einem forcierten Ausbau der regenerativen Energien und einem moderaten Preisanstieg hinzubekommen. Das, meine Damen

und Herren, halten wir in der Tat für den richtigen Weg.

Welchen Weg die FDP hier im Haus bevorzugt, hat sie mit ihrem Entschließungsantrag zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz bereits hinreichend dokumentiert. Gemessen am Inhalt, kann man zu der Überschrift „EEG reformieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen“ - so lautete der Titel des FDP-Antrags - eigentlich nur feststellen: purer Euphorismus!

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Euphemismus?)

Damit wird nichts zum Erfolg geführt. Das von Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP, mit diesem Antrag vorgeschlagene Quotenmodell hat in jenen Ländern, in denen es angewandt wurde, jedenfalls dazu geführt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Wie wir im Ausschuss gehört haben, sind Quotenmodelle nach fachlicher Auskunft des Umweltministeriums auch noch teurer als Modelle mit Einspeisevergütung.

Ihr Vorschlag, den Einspeisevorrang regional befristet auszusetzen, ist nicht weniger als ein Anschlag auf die Planungs- und Investitionssicherheit für Investoren und Finanzierer.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der aktuellen Strompreisdebatte sehen wir doch, dass die von den Bundesministern Rösler und Altmaier vorgetragenen Absichten zur Kostenbegrenzung im Bereich der Vergütungsansprüche zu erheblichen Verunsicherungen geführt haben. Es ist doch völlig klar, dass der weitere Ausbau sofort zusammenbricht, wenn sich Investoren nicht mehr darauf verlassen können, dass der von ihnen produzierte Strom auch vergütet bzw. eine Entschädigung gezahlt wird. Darum kommen wir mit Ihrem Antrag auch nicht weiter, und darum legen wir hier einen eigenen Antrag vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, die kostentreibenden Ursachen liegen nämlich ganz woanders. Diese Stellen zeigen wir mit unserem Antrag ganz konkret auf.

Natürlich muss das EEG reformiert werden, Herr Dr. Hocker. Es ist auch unstrittig, dass Überförderungen abgebaut werden müssen. Nach den Gesprächen, die wir führen, besteht in dieser Hinsicht großes Einvernehmen, gerade auch mit den Verbänden der Windenergieerzeuger.

Ein weiterer, tatsächlich wirksamer Schritt zur Strompreissenkung ist die Beschränkung der Ausnahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf Unternehmen, die *tatsächlich* im internationalen Wettbewerb stehen. Natürlich darf die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Produktion nicht unter den Kosten der Energieversorgung leiden. Dafür sind uns die Arbeitsplätze in Deutschland viel zu wichtig. Darum müssen wir selbstverständlich auch darauf achten, dass die Energiekosten energieintensiver Wirtschaftsunternehmen nicht über denen ihrer ausländischen Hauptkonkurrenten liegen, wenn ihre Produkte tatsächlich in einem intensiven internationalen Wettbewerb stehen.

Aber es darf doch nicht wahr sein, dass Versicherungskonzerne, Lebensmitteldiscounter oder Schnellrestaurantketten von der EEG-Umlage befreit werden! Meine Damen und Herren, wie definiert die CDU/FDP-Bundesregierung denn eigentlich „internationalen Wettbewerb“? - Der Preis für eine Kilowattstunde Strom könnte um 1,4 Cent sinken, wenn die Befreiung auf tatsächlich begründete Ausnahmen zurückgeführt würde.

Ja, meine Damen und Herren, wir werden auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformieren müssen. Aber die zentralen Erfolgsfaktoren dieses Gesetzes, nämlich die feste Einspeisevergütung und der Vorrang der Einspeisung erneuerbarer Energien, müssen erhalten bleiben, wenn wir die Ausbauziele erreichen und die Energiewende tatsächlich zum Erfolg führen wollen.

Und wir müssen noch etwas tun, meine Damen und Herren, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen vor steigenden Energiepreisen schützen wollen: Wir müssen den Anstieg der Energiekosten auch dadurch begrenzen, dass wir private Haushalte und die Wirtschaft darin unterstützen, bei gleichen Leistungen und Ergebnissen deutlich weniger Energie zu verbrauchen. Dazu brauchen wir gute Beratungsmöglichkeiten, mit denen die Menschen über wirtschaftlich und ökologisch vernünftige Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieverbrauchs informiert werden können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das, meine Damen und Herren, gilt längst nicht nur für die Stromkosten. Im Gegenteil: Der Preisanstieg beim Strom liegt deutlich unter den Preisanstiegen anderer - fossiler - Energieträger. Wenn wir uns hier aber ausschließlich mit der Steigerung der Stromkosten auseinandersetzen, so hängt das zuallererst damit zusammen, dass das EEG überaus transparent ist. Das ist eine überaus exklusive

Eigenschaft des EEG. Kohle- und Atomstrom legen ihre Neben- und Folgekosten jedenfalls nicht offen dar. Bei diesen Erzeugungsformen werden uns die Folgekosten erst in der Zukunft präsentiert, nämlich dann, wenn der Atommüll irgendwann einmal - außerhalb Niedersachsens - endgelagert wird, wenn die Atomkraftwerke abgebaut werden müssen und wenn die Umweltkosten der Braunkohleverbrennung beglichen werden müssen - übrigens nicht mehr von uns, sondern eher von unseren Kindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer nicht weiß, wohin er will, der darf sich nicht wundern, wenn er ganz woanders ankommt. - Wir jedenfalls wissen, wohin wir wollen: Wir wollen mit der Ausbauförderung des EEG dafür sorgen, dass die Atomkraftwerke bis 2022 und die fossilen Kraftwerke bis 2050 abgeschaltet werden können. Und genau da werden wir auch ankommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Becker. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Hocker das Wort, dem ich das Wort erteile.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es erfreulich, dass es jetzt ganz offensichtlich auch die Grünen als erforderlich erachten, einen Antrag zum Thema Strompreisentwicklung vorzulegen. Es scheint so zu sein, dass dieses gesellschaftliche Problem so langsam auch bei Ihnen ankommt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das war bis vor einigen Tagen noch anders, das war sogar bis vor einigen Minuten noch anders. Wenn Sie einmal die Probe aufs Exempel machen, indem Sie die Worte „Strompreisentwicklung“ und „Wenzel“ mit Ihren Smartphones googeln, dann finden Sie keinen einzigen Eintrag. Das ist schon erstaunlich, war Herr Wenzel doch viele Jahre Vorsitzender seiner Fraktion in diesem Hause und ist jetzt Umweltminister. Und da gibt es nicht eine einzige Veröffentlichung zu diesem Themenkomplex im Internet!

Wenn Sie darüber hinaus die Probe aufs Exempel - - -

Ich glaube, da soll eine Frage gestellt werden.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Wer wollte eine Zwischenfrage stellen? - Herr Kollege Bode, bitte!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Jörg Bode (FDP):

Ich hatte den Kollegen Wenzel übersehen. Deshalb ziehe ich meine Zwischenfrage zurück.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Man muss immer genau hingucken, Herr Kollege Bode.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Noch eine Ergänzung: Es geht nicht nur darum, ob der Name „Wenzel“ oft genug in Verbindung mit dem Thema „Strompreisentwicklung“ im Internet erscheint. Werfen Sie einmal einen Blick in das grüne Landtagswahlprogramm! An keiner einzigen Stelle ist die Rede von „Strompreisen“ oder „Energiepreisen“. Beide Worte tauchen nicht ein einziges Mal im grünen Landtagswahlprogramm auf.

Das zeigt eines: Die grüne Partei hat kein Konzept, um die Strompreise wirklich begrenzen zu können. Sie sind bei diesem Thema, Herr Wenzel, programmatisch völlig blank, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber Sie haben sich wenigstens entscheiden können - ganz offensichtlich -, diesen Antrag mitzuunterschreiben. So haben Sie wenigstens ein Papier im bevorstehenden Bundestagswahlkampf, das Sie hochhalten können, sodass Sie nicht komplett nackt dastehen. Aber dabei bleibt es dann auch.

Ich stelle mir nur einmal vor, dass die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen bei einer Podiumsdiskussion vielleicht eines Sozialverbandes oder der Gewerkschaften auf dieses Papier und auf Ihre Forderung nach „kostenlosen Beratungsangeboten zur Energieeinsparung für einkommensschwache Haushalte“ verweisen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, viel Spaß bei diesen Podiumsdiskussionen! Da wird Ihnen einiges zufliegen, aber das werden nicht die Herzen der Zuhörer sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Menschen in Deutschland brauchen keine Berater, die wie die Zeugen Jehovas von Tür zu Tür gehen und sie bekehren wollen, dass sie vielleicht öfter mal einen neuen Kühlschrank kaufen

oder dass vielleicht in irgendeiner anderen Art und Weise Strom gespart werden kann: mit Stoßlüften oder Ähnlichem. Nein, die Menschen in Deutschland verlangen von uns Politikern, dass wir ein Konzept auflegen, wie wir systematisch erreichen können, dass die Strompreise nicht durch die Decke gehen. Und da haben Sie leider überhaupt nichts in der Schublade, meine Damen und Herren von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von Anja Piel [GRÜNE])

Ihr Lieblingsthema, Frau Kollegin Piel, ist ja die Einschränkung der Befreiung der energieintensiven Unternehmen von der Ökostromumlage. Darüber können wir gerne diskutieren. Dabei geht es nicht um den berühmten Schnellimbiss, Herr Kollege Becker, oder den Golfplatz; die müssen ausdrücklich nicht von dieser Umlage befreit sein. Aber das ist doch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, damit werden Sie doch dem Problem überhaupt nicht gerecht.

Ich sage Ihnen: Ich stehe ganz ausdrücklich dazu, dass z. B. die Dow in Stade, die täglich 1 % des bundesweit erforderlichen Strombedarfs benötigt, und dass auch andere energieintensive Unternehmen wie Continental oder die Molkerei Ammerland auch in Zukunft von der Ökostromumlage befreit sind. Deutschland ist Industrieland Nummer eins. Deutschland ist Exportweltmeister. Wir sind kein grüner Bauernhof. Und das wollen wir auch nicht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie doktern an den Symptomen herum, aber Sie bekämpfen nicht die Ursachen. Wir brauchen einen Systemwechsel weg von starren Einspeisevergütungen über 20 Jahre hin zu mehr Markt und mehr Wettbewerb. Ich behaupte, dass die Politik völlig damit überfordert ist, für die Jahre 2013, 2019 oder 2022 Preise für die Kilowattstunde Strom festzulegen, der aus Sonne oder Wind erzeugt wird. Das können weder die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag noch kann das irgendein anderer Abgeordneter leisten, auch wir in diesem Hohen Hause nicht. Wir können nicht sagen, ob 5, 7 oder 9 Cent der richtige Betrag sind, weil sich bis dahin Lernkurveneffekte ergeben, weil es bis dahin Kosteneffizienzen gibt. Deswegen ist Politik hier völlig überfordert. Und nicht zuletzt hinkt Politik auch immer den Entwicklungen hinterher.

Da gibt es eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich habe mich hier gerade mit Ihrer Redezeit befasst, die nämlich abgelaufen ist, Herr Dr. Hocker. - Ich lasse die Zwischenfrage von Herrn Bajus noch zu, aber dann müssen Sie wirklich zum Schluss kommen.

(Björn Thümmler [CDU]: Aber beantworten darf er sie noch! - Norbert Böhlke [CDU]: Keine Kritik am Präsidenten!)

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Hocker, dass Sie zwei Aufgaben gleichzeitig erledigen können und so aufmerksam waren, mir das Wort zu geben.

Unser Antrag zielt ja darauf ab, die Energiewende und die Strompreise miteinander in Verbindung zu bringen. Da Sie unser Engagement explizit angesprochen haben - aber nicht ohne dabei Ihr eigenes Engagement in den Vordergrund zu stellen -, frage ich Sie: Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Vorschläge Ihres Spitzenkandidaten Rainer Brüderle zum sofortigen Ausbaustopp für Wind- und Solaranlagen? Welche Auswirkungen hätte das Ihrer Meinung nach auf die Energiewende?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Von Herrn Böhlke kam gerade der Zwischenruf „Keine Kritik am Präsidenten!“. Wir sehen Unterstützung von Abgeordneten nicht als Kritik an. Es ist halt so, dass ich festgestellt habe, dass die Redezeit von Herrn Dr. Hocker abgelaufen ist, und das wollte ich ihm gerade kundtun. Deswegen konnte ich nicht sehen, dass sich Herr Bajus zu einer Zwischenfrage gemeldet hat.

Herr Dr. Hocker, Sie haben die Zwischenfrage zugelassen und dürfen diese jetzt auch noch beantworten; denn das wird nicht auf die Redezeit angerechnet. Aber Sie dürfen jetzt keinen weiteren Sachbeitrag mehr leisten.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Verehrter Herr Präsident, herzlichen Dank. Erlauben Sie mir nur den Hinweis, dass meine Antwort auf die Zwischenfrage des Kollegen Bode auf meine Redezeit angerechnet wurde, was, glaube ich, nicht ganz korrekt war.

Ich beantworte die Zwischenfrage des Kollegen Bajus sehr gerne. Unser Spitzenkandidat hat einen Vorschlag gemacht, der richtig ist. Er hat gesagt, wir müssen bei der Förderung der erneuerbaren

Energien endlich einen Systemwechsel hinbekommen. Damit greift er die Befürchtungen und Bedenken vieler, vieler Menschen in Deutschland auf, die einfach Angst davor haben, welche Stromrechnungen sie in 10 oder in 15 Jahren bekommen.

Meine Damen und Herren, eine warme Wohnung darf auch in Zukunft kein Luxusgut werden. Deswegen wird Ihr Antrag dazu keinen Beitrag leisten, dass wir die Energiewende so in den Griff bekommen, dass Energie auch in Zukunft noch erschwinglich ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Wenzel zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Energiewende ist eines der größten Umbauprojekte, dem sich diese Industriegesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten gestellt hat.

Ich will an dieser Stelle Folgendes sagen, auch wegen der zugespitzten Debatte, die wir hier nicht zum ersten Mal führen. Meines Erachtens ist es in erster Linie eine gesellschaftspolitische, eine mentale und eine soziale Herausforderung, die Energieversorgung in einem hochindustrialisierten Land zu verändern. Das erfordert den Willen vieler beteiligter Akteure, nicht nur in den Parlamenten, sondern vor allen Dingen auch in der Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft, in der am Ende ja die Umsetzung stattfinden muss.

Deshalb ist es bedauerlich, dass wir, nachdem wir den Konflikt um die Nutzung der Atomenergie überwunden und uns gemeinsam entschlossen haben, als Gesellschaft einen anderen Weg zu gehen, immer wieder solche Debatten führen: mit immer den gleichen Stichworten, aber mit wenig Entwicklung in der Praxis..

Wir sind als Industrienation deshalb stark geworden, weil wir Handwerk und Mittelstand entwickelt haben, weil wir Technologie, Forschung und Entwicklung vorangebracht haben, weil wir es geschafft haben, in beispielhafter Weise kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern, die im-

mer wieder Produkte entwickelt haben, die auch auf den Exportmärkten höchst erfolgreich waren.

Das Gleiche ist uns auch bei der Energiewende gelungen. Wir sind nämlich das Land, das bei sehr vielen Produkten und Verfahren auf diesem Gebiet weltweit führend ist, weil hier ganz viele Tüftler, ganz viele Menschen angefangen haben, etwas zu entwickeln, was früher belächelt wurde und was heute am Weltmarkt eine ganz bedeutende Rolle spielt - Windkraft beispielsweise, Solarthermie oder Photovoltaik.

Heute erleben wir, dass Großmächte um die Technologieführerschaft auf diesem Gebiet kämpfen, dass es darum geht, wer hier bei Forschung und Entwicklung vorn bleibt. Die Dumpingpreisdiskussion mit China ist ein Beispiel dafür. Aber auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass ein Bundeswirtschaftsminister und ein Bundesumweltminister gerade diese Branchen schlechttreden, gerade diesen Branchen Knüppel zwischen die Beine werfen und nicht die technologischen Möglichkeiten nutzen, die wir hier geschaffen haben und die es jetzt zu verteidigen und weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Diskussion ist immer noch geprägt von den Antagonismen zwischen dem alten und dem neuen Markt, zwischen der alten und der neuen Entwicklung, zwischen dem alten und dem neuen Weg. Und deshalb ist es falsch, immer wieder auf das alte Geschäftsmodell, auf fossile bzw. atomare Großkraftwerke zu setzen und darauf zu hoffen, dass die alte Welt zurückkommt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es steht zwar nicht im Vordergrund, aber ist im Hintergrund immer noch Teil der Auseinandersetzung, dass hier sozusagen alte Geschäftsmodelle wegbrechen.

Die Preisentwicklung im Griff zu behalten, ist natürlich eine zentrale und permanente Herausforderung. Wir wollen, dass es für jeden Haushalt auch in Zukunft möglich ist, sich mit Strom und Gas zu günstigen Preisen zu versorgen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber wir wollen auch, dass Industriebetriebe, Chemiewerke und Stahlwerke hier in Niedersachsen und in Deutschland eine Chance haben, wirtschaftlich produzieren zu können. Deshalb hat der Bundesumweltminister von der Ministerpräsidenten-

tenkonferenz auch den Auftrag erhalten, alle Preisbestandteile zu prüfen und dafür Reformvorschläge zu unterbreiten. Stattdessen aber hat er sich nur mit einem einzigen Segment auseinandergesetzt - und das hat er am Ende dann auch noch so in Grund und Boden geredet, dass viele Investoren verunsichert waren und ihre Tätigkeit erst einmal eingestellt haben.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Es gibt hier, insbesondere im hinteren Bereich auf der rechten Seite, laute Gesprächsrunden. Jeder meiner Versuche, selbst der mit der Glocke, wird nicht gehört, und deswegen greife ich jetzt ein. Das Murmeln ist wirklich so laut, dass es die anderen Kolleginnen und Kollegen beeinträchtigt, dem Redner zuzuhören.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht, und deswegen sehen wir den Antrag als eine gute Stärkung, als Rückendeckung für die Politik der Landesregierung.

Wir werden die Ideen und Vorschläge sehr gerne aufnehmen. Wir bringen sie in den Dialog um das künftige Energiekonzept der Landesregierung mit ein und werden dazu Konzepte entwickeln. Ich freue mich auf eine interessante Diskussion im Ausschuss, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Klimawandel *die* zentrale Herausforderung der kommenden Jahre ist.

Die Extremwetterereignisse der letzten Wochen haben uns gezeigt, welche wirtschaftlichen, welche ökonomische Folgen entstehen können, wenn wir dieses Thema nicht angehen. Alle Prognosen, die im Moment auf dem Tisch liegen, sind weit gruseliger als die, die wir noch vor fünf Jahren für möglich gehalten haben. Von daher hoffe ich, dass hier im Hause in Zukunft immer öfter die Gelegenheit besteht, an einem Strang zu ziehen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die Aussprache kann ich damit abschließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung des vorliegenden Entschließungsantrags.

Federführend soll der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe als letzten Punkt dieses Tagungsabschnitts den gestern zurückgestellten Tagesordnungspunkt auf, also

Tagesordnungspunkt 36:

Abschließende Beratung:

Das Standortauswahlgesetz ist gut und notwendig für Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/177 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/258 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/347 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/348

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Dabei möchte ich folgende Hinweise geben:

Der zunächst in der Drucksache 17/333 vorgelegte gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde mit der Drucksache 17/346 zurückgezogen.

Nunmehr stehen zum einen der gemeinsame und eben an Sie verteilte Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/347 und zum anderen der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/348 zur Abstimmung und jetzt natürlich auch zur Beratung.

Beide eben verteilten Anträge zielen auf eine Annahme des Antrags in jeweils einer anderweit geänderten Fassung.

Zu Wort gemeldet hat sich zunächst der Kollege Markus Bosse von der SPD-Fraktion.

Marcus Bosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Standortauswahlgesetz hat immense Bedeutung für Niedersachsen. Ich bedauere, dass es uns offenbar nicht gelingt, zu einem gemeinsam getra-

genen Beschluss zu kommen. Das Ganze scheitert offenbar an einem einzigen Satz in dem Antrag von CDU und FDP, der da lautet: Der Landtag begrüßt den Entwurf des Standortauswahlgesetzes in seinen Grundzügen. - Ich sage Ihnen: Dieser Satz kann schon deshalb nicht aufgenommen werden, weil man in Berlin bereits viel weiter ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsen trägt die Hauptlast bei der atomaren Entsorgung in der Bundesrepublik Deutschland, und Niedersachsen hat seine Erfahrungen damit gemacht, was passiert, wenn man atomaren Müll unsachgemäß und dilettantisch endlagert. Das waren besonders schlechte Erfahrungen. Deshalb ist es uns seinerzeit auch gelungen, einen gemeinsamen Antrag hinzubekommen, sogar mit der Fraktion DIE LINKE. Ich bedauere, dass uns das heute bei dieser so wichtigen Frage nicht glückt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte einmal ein paar Punkte nennen, bei denen wir, wie ich glaube, gar nicht auseinander sind:

Wir alle wollen doch einen transparenten Neustart in der Endlagersuche. Die Endlagersuche ist eine Last, die seit fast 40 Jahren auf der Bundesrepublik ruht. Und nun endlich ist man auf einem richtigen Weg. Das, meine Damen und Herren, sollte uns doch einen, gerade uns als Niedersachsen.

Als Zweites wollen wir sicherlich auch alle, dass keine Castoren mehr nach Gorleben kommen. Denn sonst wäre das Standortauswahlgesetz doch nicht das Papier wert, auf dem es steht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass es gelingt, ins Gesetz zu schreiben, dass keine Castoren mehr nach Gorleben, sondern stattdessen in Zwischenlager von Atomkraftwerken kommen, ist ein eindeutiger Verdienst dieser Landesregierung. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Wenzel, dafür von dieser Stelle aus einen herzlichen Dank. Davon geht ein Signal aus, das von Vernunft geprägt ist und für Vertrauen sorgt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Drittens eint uns doch auch, dass wir keine Castoren nach Unterweser, Grohnde oder Lingen bekommen wollen. Ich sage ganz deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Jetzt sind auch einmal andere dran!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Verdienst ist natürlich das, ich sage einmal, Veto- bzw. Minderheitenrecht, dass also in dem Gesetz festgeschrieben werden soll, dass nicht andere Länder einem Bundesland per Mehrheitsentscheidung etwas überstülpen können. Das hat die Runde der Ministerpräsidenten so beschlossen. Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin mittlerweile sehr zuversichtlich, dass es ohne zeitlichen Druck gelingen wird, die noch verbleibenden Castoren in anderen Bundesländern zwischenzulagern. Passieren muss natürlich noch einiges, wie wir seit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig wissen. So muss das Sicherheitskonzept für Zwischenlager vom Bundesumweltminister überarbeitet werden. Aber das darf nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag dauern, sondern muss schon bald passieren. Diese Erwartungshaltung dürfen die Bundesländer und darf insbesondere Niedersachsen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch wenn Brunsbüttel nun draußen ist, gilt es den Bundesländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein Dank zu sagen, dass sie sich gleich bereit erklärt haben, Castoren zu übernehmen. Wir wären mit Sicherheit viel weiter, wenn die anderen Bundesländer - beispielsweise Hessen und Bayern - einen ähnlichen Weg beschritten hätten.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Wir wissen aber auch: Dort stehen Wahlen vor der Tür, und da will sich an der Stelle wohl auch niemand die Finger schmutzig machen.

Außerdem möchte ich auch darauf hinweisen, dass offene Fragen, die durch das Symposium entstanden sind, kritisch geprüft und dementsprechend auch noch in dieses Gesetz eingebaut werden müssen. Es geht hier um Solidarität, und es geht um Lastenverteilung - bei einer *nationalen* Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren! Es geht um nichts anderes als darum, den wohl gefährlichsten Stoff auf dieser Welt sicher und in transparenten Verfahren über 1 Million Jahre lang zwischenzulagern.

Wir wären sehr froh, wenn wir das alles hier und heute mit einem gemeinsamen Beschluss befördern könnten. Das erfordert natürlich Einigkeit, das erfordert ein einheitliches Signal. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es handelt sich doch nur um einen Satz! Ich bin überzeugt, dass viele andere Bundesländer auf Niedersachsen schauen: wie wir damit umgehen und ob wir uns hier einig sind. Ich bitte, das nicht zu unterschätzen.

(Johanne Modder [SPD]: Tja! - Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Noch tragen wir die Hauptlast. Aber was wir wollen, ist eine Lastenverteilung. Wir wollen Einigkeit und ein einheitliches Signal.

Ich darf daran erinnern, dass die großen Fortschritte, die ich erwähnt habe, von dieser Landesregierung erzielt worden sind. Und ich sage Ihnen auch: Die alte Landesregierung müsste sich im Grunde genommen schämen. Da es ja gerade Zeugnisse gibt, möchte ich sagen: In der Frage der Lagerung von Castoren wäre der alten Landesregierung mit Sicherheit eine Sechsis ins Zeugnis geschrieben worden, nämlich wegen Passivität und Nichtstun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie müssen doch einmal realisieren, meine Damen und Herren, dass es insbesondere dem Ministerpräsidenten, aber auch dem stellvertretenden Ministerpräsidenten innerhalb weniger Wochen gelungen ist, einen echten Erfolg für Niedersachsen zu erzielen. Darum müssen wir im Interesse des Landes hier doch einen einheitlichen Beschluss hinbekommen. Das kann doch nicht an einem lapidaren Satz scheitern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD] - Björn Thümler [CDU]: Dann machen Sie das doch!)

Nach 36 Jahren Gorleben scheint das Problem gelöst.

(Björn Thümler [CDU]: Dann machen Sie es doch! - Gabriela König [FDP]: Nein!)

Und Sie wollen anscheinend wieder blockieren. - Bitte tun Sie es nicht, und zwar im Interesse des

Landes! Laufen Sie nicht ständig Frau Merkel hinterher!

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Bosse. - Das Wort hat jetzt für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bosse, die entscheidende Frage haben Sie nicht beantwortet: Warum können Sie diesen acht Worten, die wir ergänzt haben, nicht zustimmen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will nur einmal daran erinnern: Sie haben gerade gesagt, der Ministerpräsident und diese Landesregierung hätten ganz viel erreicht.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Ja, genau das war der Anlass. Wir haben die Ministerpräsidentenerklärung vom April zum Anlass genommen, hier einen eigenen Entschließungsantrag einzubringen, in dem wir genau das beschrieben haben, in dem wir die Landesregierung für ihre Bemühungen gelobt haben. Sie haben sich dann im Plenum einer sofortigen Abstimmung entzogen und im Ausschuss einer Zustimmung verweigert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Bosse, jetzt versuchen, in eine Konfrontation zurückzufallen, die an sich überwunden war, so ist das sehr bedauerlich.

Wir haben, wie gesagt, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im April zum Anlass genommen, einen eigenen Entschließungsantrag einzubringen. Herr Ministerpräsident, Sie haben mit dieser Einigung in Berlin - das darf man nicht vergessen - ein zentrales Wahlversprechen gebrochen, indem nämlich Gorleben in der Betrachtung bleibt. Sie haben in dieser Erklärung auch das Standortauswahlgesetz in seinen Grundzügen begrüßt und sich dafür feiern lassen, dass es so gekommen ist.

(Johanne Modder [SPD]: Wir sind schon ein bisschen weiter!)

Genau das haben wir eben aufgegriffen, um Sie hier unterstützen, um die Basis zu schaffen für ein gemeinsames, starkes Signal aus Niedersachsen in diesem für unser Land so wichtigen Prozess. Und Sie verweigern sich diesem Beschluss!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieses Angebot der Opposition - Sie fordern sonst immer Angebote der Opposition ein; Sie legen sonst immer so viel Wert auf die gemeinsame Basis, die wir in dieser wichtigen Frage wirklich hätten herstellen können - ist dann im Ausschuss durch einen doch sehr politisch formulierten Entschließungsantrag der Ausschussmehrheit ersetzt worden, in dem, wie Sie genau wissen, Punkte enthalten waren, die für CDU und FDP überhaupt nicht akzeptabel sein können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben dieses Angebot durch Ihren eigenen Ersetzungsantrag ausgeschlagen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der SPD-Fraktion und bei Frau Modder, dass sie wieder auf uns zugekommen ist und am vergangenen Wochenende einen Entschließungstext vorgelegt hat, in dem sich viele Gemeinsamkeiten finden, auf dessen Grundlage wir gemeinsam vorgehen könnten, dem wir in wesentlichen Punkten zustimmen könnten. Zu 90 % des Textes habe ich beim ersten Lesen gesagt: Das kann man so machen.

Seit drei Tagen haben wir in diesem Hause am Rande der Plenarsitzungen darüber diskutiert, ob es gelingen kann, auf dieser Basis eine Einigung zu erzielen. Es sind immer zwei Punkte gewesen, die wir diskutiert haben.

Erstens erwarten wir, dass das, was der Ministerpräsident hier abgefeiert hat, auch tatsächlich begrüßt wird. Wir erwarten also ein Bekenntnis zu dem Standortauswahlgesetz in seinen Grundzügen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens war für uns - die wir im Kontakt mit unseren Kollegen in Berlin stehen - ganz wesentlich, dass Niedersachsen in der Diskussion über das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung nicht unnötigerweise die eine oder die andere Position bezieht. Deshalb haben wir gesagt: Lasst uns doch diesen Satz heraushalten! Wir sollten hier keinen Anlass schaffen, zu keinem gemeinsamen Beschluss zu kommen.

Wir haben im Ergebnis auf diesen letzten Punkt - auf den Wunsch zur Streichung dieses Satzes - verzichtet und sind damit wieder einen entschei-

denden Schritt auf Rot-Grün zugegangen. Trotzdem wird verhindert und verweigert, dass wir hier zu einer gemeinsamen Entschließung kommen können.

Lassen Sie mich noch einmal etwas zu diesen acht Worten sagen! Da steht nichts anderes, als dass der Niedersächsische Landtag das Gesetz in seinen Grundzügen begrüßt.

(Johanne Modder [SPD]: In seinen Grundzügen!)

- Ja, was sind die Grundzüge? Frau Modder, da empfehle ich Ihnen die Lektüre der Rede des Ministerpräsidenten vom April, in der er genau dargelegt hat, was die Grundzüge sind.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will das gerne zitieren:

„Was ist der Kern dieser Übereinkunft? - ... Der Gesetzgeber wird darauf verzichten, Entscheidungen zu treffen, ohne zuvor eine breite gesellschaftliche Diskussion möglich zu machen. ... Stattdessen wird ... eine ... Bund-Länder-Kommission eingerichtet“.

Das setzt sich im Weiteren fort:

„Erstens: Der Gesetzentwurf legt einen Erkundungsstopp gesetzlich fest.

Zweitens: Die Einrichtung eines Salzlagers in Gorleben wird ausgeschlossen.

Drittens - und vor allem, meine sehr verehrten Damen und Herren -: Es wird keine weiteren Castortransporte nach Gorleben geben.“

Meine Damen und Herren, das war der wesentliche Punkt der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Der Gesetzentwurf, der dann von den Koalitionsfraktionen mit SPD- und Grünen-Unterstützung in Berlin eingebracht wurde, ist doch der Ausfluss genau dieser Einigung, die Sie hier gelobt haben. Nichts anderes stellen wir hier heute zur Abstimmung: dass dieser Landtag genau diese Positionierung begrüßt.

Da frage ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum sich die Regierungsfaktionen nicht in der Lage sehen, ihrem Ministerpräsidenten hier noch einmal ein deutliches Signal mitzugeben, auch für Verhandlungen in Berlin, auch für die Positionierung, die da stattfindet.

Ich frage mich, warum sie nicht sagen: Jawohl, wir unterstützen den Ministerpräsidenten in dem, was er gesagt hat, und wir geben gemeinsam das starke Signal aus Niedersachsen.

Dass Sie es am Ende von diesem Punkt abhängig machen, zeigt mir, dass Sie an einer Einigung und an einem Signal aus Niedersachsen nicht interessiert sind.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Als Nächster hat im Rahmen der Aussprache der Kollege Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das könnte heute ein historischer Tag werden.

(Zuruf von der CDU: Könnte!)

Wenn Einzelne hier im Saal in der Lage wären, über ihren ideologischen Schatten zu springen, dann könnte es gelingen, dass dieser Landtag heute ein starkes Signal nach Berlin sendet.

Aber ob das heute ein historischer Tag wird, das hängt von der linken Seite dieses Hauses ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Eben nicht!)

Bei der Asse haben wir das geschafft. Geprägt von dem Willen, in dieser für das Land Niedersachsen wichtigen Sache Übereinstimmung zu erzielen, haben wir hier im Juli 2012 im Landtag einstimmig eine Grundposition zur Asse und ihrer Zukunft beschlossen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das müsste doch auch bei der Endlagerung möglich sein!

Jahrzehntelang war unser aller Denken und Handeln von einer Uneinigkeit in dieser Frage geprägt. Doch inzwischen gibt es eine neue Generation von Politikern, die nicht mehr die Grabenkämpfe der Vergangenheit führen will. Diese Generation ist davon überzeugt, dass es keinen Sinn macht, vor Verantwortung wegzulaufen,

(Johanne Modder [SPD]: Das sagen gerade Sie!)

sondern dass es Sinn macht, die Frage der Endlagerung hoch radioaktiven Mülls zu lösen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin allen sehr dankbar, die partei- und fraktionsübergreifend an dieser Frage mitgearbeitet haben. Das gilt ganz besonders für David McAllister.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Unserem früheren Ministerpräsidenten David McAllister ist es nicht vergönnt, das zu ernten, was er gemeinsam mit Winfried Kretschmann ausgesät hat.

(Johanne Modder [SPD]: Das wäre alles nach Gorleben gegangen! Alles!)

Aber wenn wir heute über diese Frage diskutieren und wenn Bundestag und Bundesrat in wenigen Tagen das Standortauswahlgesetz beschließen werden, dann geht das auch auf unseren früheren Ministerpräsidenten David McAllister zurück.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das, was jetzt vorliegt, hat eine sehr bewegte Geschichte.

Mein Kollege Dr. Birkner hat es vorhin gesagt. Ausgehend von einem FDP-Antrag, den wir hier im Mai 2013 emotional diskutiert haben, wurde uns im Umweltausschuss von rot-grüner Seite ein Änderungsvorschlag als Tischvorlage präsentiert, der von grünen Kampfbegriffen nur so strotzte. Diesem Vorschlag - da verrate ich kein Geheimnis - konnten wir und wohl auch die Mehrheit der Mitglieder von Rot-Grün nicht zustimmen. Ansonsten wären Sie nicht mit einem weiteren Änderungsvorschlag auf uns zugekommen, der dann ganz eindeutig die Handschrift des Ministerpräsidenten getragen hat.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Die Entwicklung ist eben weitergegangen!)

Über diesen Antrag haben wir - auch davon war vorhin die Rede - in den vergangenen drei Tagen sehr intensiv verhandelt. Auch wenn Minister Wenzel bei diesen Verhandlungen stets freundschaftlich signalisiert hat, man könnte sich einigen, hat er sich in der Kernfrage leider überhaupt nicht bewegt. Statt mit uns weiter zu verhandeln, wie das mündlich zugesagt worden war, hat man gestern Morgen die Drucksache 17/333 durch die Saaldierner verteilen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sieht rot-grüne Dialogbereitschaft aus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Antrag wäre auch wohl fast beschlossen worden. Aber ich gehe einmal davon aus, dass der Ministerpräsident von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und gesagt hat: Liebe Freunde, so geht das nicht. - Deshalb haben wir gestern die Beratung auf heute Mittag verschoben. Auch gestern Abend und heute Morgen ist intensiv gesprochen worden. Das Ringen um eine Einigung war deutlich spürbar. Aber anscheinend war sie, Frau Staudte, nicht von allen gewollt.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Jetzt gibt es zwei Anträge. Wir als CDU und FDP haben einen Riesenschritt auf SPD und Grüne zu gemacht. Uns trennt heute nur noch ein Satz, der vorhin schon vom Kollegen Bosse, aber auch vom Kollegen Dr. Birkner zitiert worden war. Ich wiederhole ihn gerne: Der Landtag begrüßt den Entwurf des Standortauswahlgesetzes in seinen Grundzügen. Alles andere, was Sie lesen können, entspricht deckungsgleich dem, was SPD und Grüne vorgelegt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das drängt doch zu der Frage: Welches Problem, Herr Bosse und Frau Staudte, haben Sie mit diesem Satz?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wie kommen Sie zu den Kollegen? Wir sind doch zwei Fraktionen!)

Sie haben doch hier im Landtag die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 17. April gefeiert. Sie haben doch das gefeiert, was Ministerpräsident Weil und Minister Stefan Wenzel vorgelegt haben.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das Protokoll - ich habe es mir sehr intensiv angeschaut - vermerkt 19 Mal Beifall zur Rede des Ministerpräsidenten. Am Ende heißt es im Protokoll: Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den Grünen. - Wollen Sie uns hier im Hause, den anwesenden Zuhörern und den Menschen im Lande ernsthaft erklären, dass Sie das Standortauswahlgesetz in seinen Grundzügen nicht begrüßt haben?

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Grundzüge dieses Gesetzes? Mein Kollege Dr. Birkner hat vorhin schon einige genannt. Ich nenne einen weiteren. Der diskutierte Gesetzentwurf sieht ein vierstufiges Verfahren für die Standortsuche vor. Erstens. Es soll eine Bund-Länder-Kommission geben, die das Auswahlverfahren vorbereiten und dem Gesetzgeber Vorschläge machen wird. Darf man das begrüßen? - Ich meine: Ja.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Zweitens. Es wird darauf aufbauen, dass Regionen und Standorte ermittelt werden. Vom Bundestag und vom Bundesrat wird festgelegt werden, wo gesucht werden kann.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist ein bisschen selektiv!)

Darf man das begrüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren? - Ich meine: Ja.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. Auf der Basis einer genauen Prüfung der oberirdischen Standorte werden Standorte zur unterirdischen Erkundung ausgewählt. Diese Entscheidung ist gerichtlich überprüfbar. Diese Standorte werden ebenfalls von Bundestag und Bundesrat festgelegt. Ich frage: Darf man das begrüßen? - Ich meine: Ja, das darf man begrüßen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viertens. Nach Auswertung der unterirdischen Erkundung und der darin gewonnenen Erkenntnisse wird dem Bundestag ein Standort für ein atomares Endlager zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Bundestag beschließt dann per Gesetz den Standort unter Einbeziehung der Länder. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf man das hier in Hannover begrüßen? - Ich meine: Ja.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Ja!)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es mehr als traurig, dass es allem Anschein nach nicht möglich sein wird, sich auf diesen Halbsatz zu verständigen. Wo aber ist das Problem? Wo ist das Misstrauen, Frau Modder? Traut die SPD hier in Hannover den roten Brüdern und Schwestern in Berlin nicht? Trauen die Grünen hier in Hannover den Grünen in Berlin nicht? Oder

trauen sich vielleicht SPD und Grüne hier in Hannover nicht?

(Zuruf von Johanne Modder [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann da, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur spekulieren. Aber es ist schon bemerkenswert

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

- darüber trägt auch Ihre Schreierei nicht hinweg, Frau Modder -, welche historische Chance Sie heute vergeben wollen.

(Johanne Modder [SPD]: Nein, Sie! - Petra Tiemann [SPD]: CDU und FDP!)

Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, wackelt der Schwanz mit dem Hund.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn es ist doch mehr als schade, wenn nicht einmal Ministerpräsident Weil, der im Landtag ja Stimmrecht hat, das begrüßen darf, was er selber mit Umweltminister Peter Altmaier verhandelt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Das ist ein Ding!)

Ich will es vielleicht noch ein wenig weiter zuspitzen: Hat der Ministerpräsident die Richtlinienkompetenz für die Politik in Niedersachsen, oder hat sie vielleicht Frau Staudte?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Es wird Ihnen nicht gelingen, Herr Bäumer!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier heute um eine historische Chance.

(Johanne Modder [SPD]: Sie hätten die Chance gehabt! - Petra Tiemann [SPD]: Sie haben diese Chance vertan! - Glocke des Präsidenten)

Wir haben die große Chance, heute einen historischen Beschluss zu fassen. Und Sie haben die große Chance, statt einen historischen Beschluss zu fassen, eine Lachnummer zu machen. Überlegen Sie sich sehr genau, was Sie tun!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich am Schluss den Ministerpräsidenten ganz direkt ansprechen: Herr Ministerpräsident Weil, Sie haben gestern Abend im Fernsehen gesagt, dass Sie heute bei der Abstimmung Teil einer Mehrheit sein werden. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

(Starker Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bäumer, Sie müssen wirklich zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit von insgesamt zehn Minuten schon um eine Minute überzogen.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident, ich komme gerne zum Schluss. Ich möchte aber noch zwei Sätze vortragen.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Glaubwürdigkeit behalten wollen, dann werden Sie nach meiner festen Überzeugung das Richtige tun. Erweisen Sie sich heute hier Ihrer besonderen Verantwortung als würdig.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Miriam Staudte.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Reinhold Hilbers [CDU]: Das kriegen Sie nicht wieder eingefangen, Frau Staudte!)

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, es gibt kein Thema, über das wir schon so lange und so kontrovers diskutieren wie über die Endlagerfrage. Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass sich das leider auch noch etwas fortsetzen wird.

Ich möchte Sie aber zunächst einmal aufklären:

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wir sind aufgeklärt!)

Herr Bäumer, der Antrag, der Ihnen hier heute vorliegt, ist kein Antrag von mir alleine, sondern ein Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, und die haben 69 Stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Und alle wissen, dass das nicht stimmt!)

Ich glaube, wir sollten wirklich etwas mehr über die Inhalte reden und hier nicht diese parteipolitischen Spiele betreiben.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Björn Thümler [CDU]: Vorsichtig!)

Darauf habe ich in der vergangenen Debatte auch schon hingewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem Thema der Endlagerung tragen wir für 35 000 Generationen Verantwortung. Wir müssen dabei wirklich sorgfältig arbeiten, weil sich Fehler fatal auswirken können.

Ich finde, wenn man an dieser Stelle über die Endlagerfrage diskutiert, dann müssten wir alle zusammen - das würde ich mir von Ihnen eigentlich auch wünschen - doch einmal bekräftigen, dass der Einstieg in die Atomkraft ein Riesenfehler war, nicht nur wegen Tschernobyl und Fukushima, sondern weil wir durch die Produktion des Atom Mülls vor nahezu unlösbaren Problemen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte nun auf das eingehen, was gerade zu den Grundzügen des Standortwahlgesetzes vorgetragen wurde. Ich glaube, dass wir in der jetzigen Situation, in der noch Verhandlungen in Berlin geführt werden, unserer Landesregierung den Rücken stärken müssen, indem wir ihr mitgeben, was wir uns noch von den kommenden Gesprächen erhoffen.

(Zurufe von der CDU: Das steht doch in dem Antrag drin!)

- Ja, das steht in unserem Antrag, und ich lade Sie herzlich ein, wenn Ihr Antrag abgelehnt worden ist, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber dann können wir doch nicht gleichzeitig sagen, dass wir uns wünschen, dass die Diskussion über die Einrichtung eines Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung noch einmal aufgerollt und noch einmal insgesamt geführt wird. Das ist doch ein ganz zentraler Punkt dieses Gesetzes.

(Christian Grascha [FDP]: Das steht doch in unserem Antrag auch gar nicht drin!)

Das ist natürlich ein Grundzug des Gesetzes; insofern ist Ihr Antrag in sich widersprüchlich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Ganz falsch!)

- Das ist richtig.

(Björn Thümler [CDU]: Ihnen fehlt doch der Mut! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aber wenn man in der Gesamtschau einmal berücksichtigt, unter welchen Bedingungen wir überhaupt über dieses Thema diskutieren, dann muss ich wirklich sagen: Es stimmt, ich habe Zweifel an der Ernsthaftigkeit auf Ihrer Seite, was eine ergebnisoffene Endlagersuche angeht.

(Björn Thümler [CDU]: Unfassbar!)

Ich möchte an den Abschlussbericht des Gorleben-Untersuchungsausschusses von CDU und FDP erinnern, der erst wenige Wochen alt ist.

(Heiner Schönecke [CDU]: Der steht doch gar nicht zur Abstimmung!)

Darin wird ganz klar gesagt: Die Auswahl Gorlebens war nicht nur nach dem damaligem Stand der Wissenschaft und Technik vorbildhaft, sondern sie wäre auch heute noch beispielhaft - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Staudte, ich suchte immer nach einer Möglichkeit, Sie zu fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen. Das ist manchmal sehr schwer.

Miriam Staudte (GRÜNE):

Nein, bitte nicht. Wir können ja danach noch in die Diskussion gehen.

Dieser PUA-Bericht ist einfach kein gutes Signal in Richtung Ergebnisoffenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Jörg Hillmer [CDU]: Was haben Sie gegen Herrn Weil?)

Ich möchte noch auf die aktuellen Entwicklungen eingehen. Wir haben die Beratung über diesen Antrag auf heute verschoben, weil vorgestern das Oberverwaltungsgericht Schleswig zur Frage der Zwischenlagerung in Brunsbüttel entschieden hat. Es hat nach einem fast zehn Jahre langen Streit

entschieden, dass dem Zwischenlager Brunsbüttel die atomrechtliche Genehmigung entzogen wird, weil der Terrorschutz, weil die Folgen eines Absturzes eines A 380 bzw. eines Angriff mit neuen panzerbrechenden Waffen nicht berücksichtigt wurden. Das ist ein wirklich gewichtiger Punkt. Ich glaube, dass wir aus diesem Urteil vor allem eines mitnehmen sollten, nämlich dass Sorgfalt und Sicherheit im Umgang mit Atommüll immer allererste Priorität haben sollten

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

und dass sich Fehler und Nachlässigkeiten sehr schnell rächen können.

Deswegen bin ich froh, dass wir als rot-grüne Koalition schon vor dieser Gerichtsentscheidung in unserem Koalitionsvertrag festgehalten haben, dass wir eine Sicherheitsüberprüfung aller Atomanlagen in Niedersachsen anstreben. Wir haben den heute vorliegenden Antrag auch dahin gehend angepasst, dass wir noch einmal die Wichtigkeit der Bund-Länder-Kommission betonen, dass natürlich die gesamte Sicherheitsphilosophie der Zwischenlagerung auch Thema in dieser Kommission sein muss. Ich glaube, es ist sehr richtig, dass wir das hier aufgenommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch ein anderer Hinweis! Die Zwischenlager sind ja der Entsorgungsvorsorgenachweis für den Betrieb der Atomkraftwerke, also ist der Betrieb genehmigt, weil es die genehmigten Zwischenlager gibt. Ich glaube, dass das, da wir mit den Energieversorgern ohnehin noch einmal ins Gespräch kommen müssen, was den Gesamtprozess der Endlagersuche angeht, ein wichtiger Punkt ist, den wir da diskutieren müssen.

Das, was wir klipp und klar sagen und wobei ich mir wirklich ein einheitliches Signal des gesamten Landtags wünschen würde, ist: Wir wollen ausschließen, dass zukünftig weitere Castoren aus der Wiederaufarbeitung nach Niedersachsen kommen. - Das gilt nicht nur für Gorleben - die CDU hatte in der vergangenen Debatte plötzlich wieder das Thema aufgemacht und gesagt „wir wollen die doch nach Gorleben bringen“ -, sondern es gilt selbstverständlich auch für Unterweser und für alle anderen niedersächsischen Standorte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dafür sollten wir ein einheitliches niedersächsisches Zeichen setzen. Ich glaube, Herr Thümler - Sie wohnen in der Nähe von Unterweser; das ist mir im vergangenen Monat erst nach der Debatte bewusst geworden -, dass Solidarität an dieser Stelle - und nicht einfach wieder mit dem Finger auf Gorleben zeigen - das erfolgversprechendere Mittel wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Hat das je jemand bestritten?)

Das, was wir in unserem Antrag - ich glaube, es ist Punkt 5, wenn es durch die neue Nummerierung nicht verrutscht ist - noch an Erwartungen für das Standortauswahlgesetz formulieren, sind vor allem zwei zentrale Punkte, zum einen das Bundesamt und zum anderen die Frage der Arbeit der Kommission, deren Zusammensetzung, aber vor allem auch die Unabhängigkeit der Kommission. Wir wollen ja die starke Einbindung der Bürgergesellschaft. Verbände und Initiativen müssen mit ihrem Erfahrungswissen sehr viel stärker berücksichtigt werden, als es bisher vorgesehen ist. Ich fand es sehr schade, dass gestern der Vortrag von Herrn Lammert ausgefallen ist. Er hat ja einen sehr diskussionswürdigen Vorschlag in die Debatte eingebracht, bei dem es darum geht: Politik mit Rede-recht, aber das Stimmrecht eventuell infrage stellen.

Wichtig ist aber auch, dass wir wirklich sicherstellen, dass die Geschäftsstelle dieser Kommission unabhängig arbeiten kann und dass nicht über diesen Trick das Bundesamt - das war ja im April anders abgemacht - jetzt schon mit der Arbeit anfangen kann. Es ist im Gesetz so konstruiert,

(Glocke des Präsidenten)

dass dieses Bundesamt mit 245 Stellen angesiedelt ist zwischen Öffentlichkeit und Bundestag, zwischen Kommission und Öffentlichkeit, zwischen BfS und Bundesumweltministerium. Es hat also überall quasi Filterfunktion. Es darf Unterlagen bewerten und selektieren, es entscheidet, was an maßgeblichen Unterlagen weitergegeben wird und was nicht.

Ich glaube, durch die Geschichte von Gorleben und durch das, was der Untersuchungsschuss zutage gefördert hat, müsste uns allen eigentlich klar sein, dass eine solche Filterfunktion sehr, sehr kritisch zu beurteilen ist. Deswegen ist es uns so wichtig - Sie hatten ja immer dafür plädiert, dass dieser Satz gänzlich rauskommt -, dass dieser

Hinweis auf Überprüfung des Bundesamtes und der Notwendigkeit hier im Antrag erhalten bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe mich wirklich sehr gefreut, dass auch Sie gesagt haben, Sie würden hier Sätze und Formulierungen unterstützen

(Glocke des Präsidenten)

- ein Satz bitte noch! -, in denen appelliert wird, dass die Kritikpunkte aus dem Symposium und aus der Anhörung des Umweltausschusses im Bundestag noch berücksichtigt werden. Es ist ja immer die Frage „Rahmengesetz“. Ich glaube, wenn das Bundesamt erst einmal herausgenommen wird, wenn wir die Kommission anders zusammensetzen, dann haben wir im Prinzip das, was ein Rahmengesetz darstellen würde. Dann könnten wir auch endlich die Zusammenarbeit mit den Verbänden wirklich verbessern. Die Politik kann vielleicht ein Gesetz beschließen. Aber einen wirklich akzeptierten Endlagerstandort zu finden, das werden wir nur insgesamt als Gesellschaft erreichen können.

Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bei aller Ernsthaftigkeit der Debatte: Der Sitzungsvorstand muss immer wieder mit Staunen feststellen, wie lang ein einzelner Satz sein kann, Frau Kollegin Staudte. - Herr Dr. Birkner hat das Wort zu einer Kurzintervention auf Ihre Rede. Bitte schön!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staudte, im Wesentlichen sind Sie an den Punkten vorbeigegangen, auf die es hier ankommt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die entscheidende Frage ist: Steht die linke Seite dieses Hauses eigentlich hinter dem, was der Ministerpräsident hier in seiner Regierungserklärung gesagt hat?

(Johanne Modder [SPD]: Da machen Sie sich mal keine Sorgen, Herr Birkner! Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Da, meine Damen und Herren, zeigen Sie, indem Sie diese acht Worte ablehnen, die wir hier zusätzlich einfügen wollen, deutlich, dass Sie nicht dahinter stehen. Das muss hier mal deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das nehmen Sie zum Anlass, um dieses gemeinsame Signal aus Hannover am Ende zu verweigern. Zu den inhaltlichen Punkten gibt es gar keinen Dissens.

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: Dann könnt ihr doch zustimmen!)

Wir haben uns darauf eingelassen. Gucken Sie sich doch einmal den Antrag von CDU und FDP genau an!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Alle Ausführungen zum BfE könnten wir, würden wir sagen, unter Zurückstellung eigener Bedenken mittragen. Wir sind Ihnen so weit entgegengekommen, dass das auch durchaus Rechtfertigungsbedarf gegenüber unseren Berliner Kollegen auslöst. Aber Sie gehen diesen entscheidenden Schritt am Ende nicht mit, weil Sie eine Einigung nicht wollen,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

was mich umso mehr verwundert, sehr geehrte Frau Kollegin Piel, wenn ich noch einen Twittereintrag von Ihnen vom 14. Juni sehe - ich zitiere -: Gesetz zur Endlagersuche kommt, auch wenn noch einzelne Fragen offen sind. Der Weg für eine bundesweite Suche ist damit frei.

Da frage ich mich natürlich: Warum sind Sie dann nicht in der Lage, hier und heute zu sagen: Wir begrüßen dieses Gesetz in seinen Grundzügen. - Da sind Sie inkonsequent. Da täuschen Sie die Öffentlichkeit über Ihre wahren Vorstellungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Staudte möchte erwidern. Sie haben das Wort.

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, wenn man noch einmal zurückguckt, wie Ihr ursprünglicher Antrag, den Sie hier eingebracht haben, aussah

(Ulf Thiele [CDU]: Um den geht es doch hier gar nicht! Das sind doch Nebelkerzen!)

- wie bitte? -, dann kann man nur feststellen:

(Christian Grascha [FDP]: Bemühen Sie sich doch einmal, zu unserem Antrag zu kommen!)

Das, was Sie damals abliefern wollten, war ein reiner Blankoscheck. Das hätten wir nie im Leben akzeptiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Lassen Sie doch einmal den Nebel weg!)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie könnten unserem Antrag nicht zustimmen, weil ein Satz fehlt,

(Björn Thümler [CDU]: Albern! Das ist falsch!)

dann habe ich den Eindruck, Sie suchen einen Grund, aus dem Sie unseren wichtigen Forderungen nicht zustimmen können.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das ist Geschichtsklitterung!)

Sie wollen nämlich in Wirklichkeit nicht, dass noch einmal grundsätzlich über diese Frage des neuen Bundesamtes diskutiert wird.

(Björn Thümler [CDU] - schüttelt den Kopf -: Das ist falsch!)

- Wenn Sie den Kopf schütteln, dann stimmen Sie doch bitte gleich zu, wenn es Ihnen um Überzeugungen geht, und nicht, wie Sie gesagt haben: Bitte keine Konflikte mit Berlin!

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Sie wollen vielleicht nicht, dass noch einmal ernsthaft über die Vorschläge aus dem Symposium diskutiert wird.

(Ulf Thiele [CDU]: Das haben wir da doch drin!)

Ich habe den Eindruck, Sie wollen hier einfach einen Keil in die Koalition treiben. Das gelingt Ihnen nicht.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Sie werfen hier doch Nebelkerzen, Frau Staudte! - Heiner Schönecke [CDU]:

Das war ja nichts! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Für die Landesregierung hat Herr Minister Wenzel das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Minister, wenn ich so jemanden in meiner Partei hätte, dann hätte ich auch Probleme! Zerstritten wie nur was! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Meine Güte! Herr Nacke, Ihre schlaunen Zwischenrufe! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Hanne, du hast doch wohl alles mitbekommen! - Gegenruf von der SPD: Herr Nacke, Sie sind Sympathieträger in Ihrer Partei, ehrlich!)

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Birkner, wenn Sie die Gnade haben, auch einmal zuzuhören, nachdem Sie gesprochen haben!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie sagen, es bestand die Chance, eine gemeinsame Basis herzustellen. Ich glaube, wir haben Ihnen ungefähr fünf-, sechsmal in Gesprächen Angebote gemacht und Formulierungen übernommen, den Antrag neu formuliert.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Nein, Herr Wenzel! - Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch!)

Wir haben bis zuletzt - auch gestern Abend - Änderungen übernommen, die Sie vorgeschlagen haben.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

- Das ist so. Ich kann Ihnen im Detail zeigen, welche das alles waren. Es gab auch Personen aus Ihrem Kreis, die schon einmal alles - bis auf einen Satz - akzeptiert haben. Das war aber ein anderer als dieser, der - - -

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, ich weiß.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, Herr Dr. Birkner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Nein, das will ich nicht.

(Zurufe von der FDP - Unruhe)

Wie sehr es Ihnen um die Sache geht, zeigt auch Ihre Presseerklärung von gestern, Herr Birkner. Bedauerlich ist, dass es am Ende in dieser Debatte nur um Hölzchen und Stöckchen geht. Dabei haben wir es eigentlich mit einer zentralen Herausforderung für die Zukunft zu tun, und wir haben die Chance, Gräben aus 50 Jahren zu überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber: Noch ist das Ziel nicht erreicht. Deshalb wird in diesen Tagen in Berlin sehr intensiv um die Frage gerungen: Wie sieht am Ende das Verhältnis von Bundesamt und Kommission aus? - Ich hätte nicht gedacht, dass Herr Altmaier einige Dinge, über die Herr Weil und ich sich schon einmal mit ihm geeinigt haben, am Ende wieder gegen seine eigenen Leute verteidigen muss.

Das Urteil von Schleswig zeigt, wie notwendig die Kommission ist, die die Landesregierung vorgeschlagen hat. Es ist doch eine Hybris zu denken, dass wir als Menschen alles können und alles wissen. Das genau ist die Hybris, die uns am Ende in diesen Irrweg Atomkraft hineingetrieben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt ist es an der Zeit, dass die Kommission diese Fragen einmal aufarbeitet. Wie bitter notwendig das ist, zeigt dieses Urteil aus Schleswig.

In der kommenden Woche wird sich zeigen, ob es gelingt, hier tatsächlich Kompromisse bei den noch offenen Fragen zu finden. Ich halte das für möglich. Da ist nichts unüberwindbar.

Herr Bäumer, wenn man hier aber jede Stunde gleich zur historischen Stunde ausruft, ist das meines Erachtens falsch.

(Björn Thümler [CDU]: Hat der Ministerpräsident gemacht! Regierungserklärung!)

- Das bezog sich auf den 9. April. Ich glaube aber nicht, dass man den Tag heute mit dem 9. April vergleichen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt gilt es, das am 9. April Verabredete zu einem Gesetzestext zu machen. Wenn sich dann Bundestag und Bundesrat in dieser Frage tatsächlich einig sind und wenn man es schafft, die Zivilgesellschaft für dieses Projekt und für die Mitarbeit daran zu gewinnen, meine Damen und Herren und lieber Herr Bäumer, habe ich den Verdacht, dass wir dann von einem historischen Tag sprechen können.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann die Aussprache abschließen, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir treten in das Abstimmungsverfahren ein.

Es lässt sich im vorliegenden Fall nicht zweifelsfrei feststellen, ob sich die Beschlussempfehlung des Ausschusses oder die vorliegenden Änderungsanträge inhaltlich weiter vom Ursprungsantrag entfernen.

Ich halte aber das Haus für damit einverstanden ist, dass wir zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, und zwar zunächst über den etwas eher eingegangenen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/347, und im Falle seiner Ablehnung anschließend über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/348. Nur falls dieser ebenfalls abgelehnt werden würde, würden wir dann noch über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen.

Wer dem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und FDP in der Drucksache 17/347 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Dem Änderungsantrag wurde also nicht gefolgt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/348. Wer diesem Änderungs-

antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag beschlossen, und damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses sozusagen obsolet.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bitte Sie, noch einen kleinen Moment Geduld für die notwendigen Bemerkungen zum Schluss zu haben.

Der nächste, der 6. Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 28. bis zum 30. August vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Bevor ich die Sitzung schließe - obwohl sich viele von uns am Montag in Berlin noch einmal sehen werden -, wünsche ich Ihnen schöne Sommerferien und gute Erholung. Kommen Sie gesund und munter im August zurück!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13.36 Uhr.